

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlob 2,- Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2,- Mark ohne Beistagszeitung. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206 — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 geplatzt. Kolonialzeile 35 Pf., bei Plakatvorlese 40 Pf.
Stellenangebote 10 Gepl., Kolonialzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatien
die 10 Gepl., Kolonialzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.
die 10 Gepl., Kolonialzeile 40 Pf., bei Plakatvorlese, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigneschäfte und alle Postanstalten entgegen

Hilferding über den Reichshaushaltplan.

Kritik des neuen Finanzprogramms.

Berlin, 11. Februar.

In einem unterscheidet sich die jetzige Haushaltplanberatung von denen der letzten Jahre, sie wird konkreter, einheitlicher, die Redner sagen nicht einfach ihr parteipolitisches Sprüchlein her, unbefüllt darum, was die Redner vor ihnen gesagt, oder was den Staat im besonderen auszeichnet; sie sind gezwungen, konkret zu ihrer Stellung zu nehmnen. Darin drückt sich der Fortschritt aus, der seither gemacht wurde ist. Ein großer Unterschied zwischen den Etatreden von heute und denen der Vorkriegszeit besteht allerdings, und er füllt ganz augenscheinlich der früheren aus. Damals wurde die Außen- und Innenpolitik knapp und doch scharf zusammengefaßt, und die Parteien hielten einander die politischen Sünden mit einer Deutlichkeit vor, daß kein Zweifel aufkommen konnte. Jetzt dreht es sich um einige ganz begrenzte Gebiete: die Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik. Die heutige Aussprache wurde vom deutschnationalen Führer Hergt mit einer temperamentvollen Rede eröffnet, es war aber nicht etwa eine Anklagerede. So lebhaft es durch Zwischenrufe und starke Heiterkeit zuweilen zuging, die Auseinandersetzungen trugen trotzdem den Charakter der Gemütlichkeit. Die Rede Hergts brachte allerdings dadurch eine Enttäuschung für die, die sich auf eine starke Kampfrede gefaßt hatten, wie man sie nach den Ankündigungen des Grafen Westarp erwartete musste. Die große deutschationale Oppositionspartei sucht offenbar auf friedlichen Wege zu ihrem Ziele zu kommen. Der Ton der Rede Hergts strotzte von anerkannten Worten für den neuen Finanzminister und es wurde sogar mehrmals die Mitarbeit der deutschnationalen Partei angezeigt; man hatte den Eindruck, als solle die Bahn für die große Koalition nach rechts freigemacht werden. Daneben bemühte sich Hergt ernsthaft um den Nachweis, daß der derzeitige günstige Finanzstand des Reiches der fürsorglichen deutschnationalen Politik zuzuschreiben sei. Herr Reichenhold hätte keine solchen Steuerermäßigungen und sonstige Erleichterungen in Aussicht stellen können, wenn sein Vorgänger kein so fürsorglicher Haushalter gewesen wäre.

Dieses schön zurechtgemachte Märchen zerstörte Genosse Hilferding gründlich, der gleich nach Hergt zu Wort kam. Unter wachsender Zustimmung und Heiterkeit des Hauses besorgte es Hilferding so gründlich, daß die Betroffenen fest weiteren und gestiften. Zahlnmäßig und durch vieles andere Beweismaterial unterstellt, wies er nach, wie die Deutschnationalen Thesaurierungspolitik getrieben haben, natürlich nur zum eigenen Vorteil; wobei die Deutschnationalen dreist die anderen Parteien, besonders die unfrische, noch fortwährend als Schuldige hinstellten. Wie sie erst jede Sanierung zu hindern suchten und dann mit 48 Stimmen beim Dawesplan sich drei Ministerposten erlaufen, nagelte Genosse Hilferding gründlich an. Diese Kennzeichnung war umso nötiger, als in unserer schnellebenden Zeit es den Deutschen mit ihrer neuen verlogenen Legendenpolitik sonst gelingt, die Dissenstabilität irregulären und ihre Taten vergessen zu machen. Ein anderes Geständnis Hergts ist für alle Zukunft allerdings festzuhalten, daß wir nämlich bedacht sein müßten, daß das Vertrauen des Auslands zu gewinnen. Eine Lachsalve war die Antwort auf diese neueste deutschationale Schwenkung. Wäre sie ehrlich gemeint und könnte man erwarten, daß die Deutschnationalen längere Zeit danach handelten, man könnte sich im Interesse Deutschlands nur darüber freuen. Aber das Echo aus dem Saale zeigt nur zu deutlich, daß daran nicht geglaubt wird.

Nach der Abfertigung der Deutschnationalen und ihrer unwahrschaftigen Politik wandte sich unser Redner dem Programm des neuen Finanzministers zu. Neben einer sachlichen Kritik über dessen Mängel legte Hilferding positiv den sozialdemokratischen Standpunkt dar. Es kommt nicht nur darauf an, einige Verbesserungen im Steuerwesen durchzuführen, unzureichende, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft schwer belastende Gläubiger bestreiten zu wollen, sondern es muß vielmehr durch gründliche Verwaltungsreform und Einführung demokratischer Kontrolle die Garantie zur Durchführung geschaffen werden. Hausgutssteuer und Umsatzsteuer dienen als gute Werkzeuge. Das kommt es auch nicht nur auf eine Steuer- und Verwaltungsreform, um kommt es auf den Verwendungszweck der Einnahmen an. Die unverträgliche Notlage der arbeitenden Bevölkerung muß durch eine umfassende soziale Sozialpolitik abgeholt werden. Dieses Programm wird immer mehr Gemeingut der Arbeiterschaft werden, ihren Kampfesmut stärken und sie in den Stand setzen, ihr Ziel zu erreichen.

Dass es sich diesmal nicht nur um das Steuerprogramm, sondern um die Sozialpolitik mit handelt, das zeigt die Wahl des Zentrumsredners. Nach all den schweren Enttäuschungen, die die christlichen Arbeiter erlitten haben, muß ihnen doch auch wieder etwas geboten werden. Ob der Gewerkschafts-

sekretär Erßing dies fertig brachte, wollen wir nicht entscheiden. Schließlich kommt es auch nicht allein auf Worte, sondern vornehmlich sogar auf Taten an.

Gegen sieben Uhr wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Freitag vertagt.

Die Sitzung wird um 2% Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der 1. Beratung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1926.

Abg. Hergt (Dtl.) beginnt mit der Begründung, daß eine vorläufige Finanzpolitik getrieben werden müsse. (Beifall rechts und heitere Jurur links.) Damit steht aber der Plan des neuen Finanzministers in Widerspruch. Die versprochenen Steuerermäßigungen würden ihm allerdings Popularität verschaffen, aber bei dem bisherigen System, das auch für die Zukunft jürgt, habe man doch Sicherheit gelebt. Der Minister habe zwar einige schöne Grundsätze aufgestellt, aber es scheine doch, als wenn sie nicht ganz seiner Überzeugung entsprächen. Der Gedanke, den Steuerzahler zu helfen, sei ganz richtig, aber er sei in der jetzt vorgebrachten Form mit zu wenigen Rauten umgeben. Wenn von einer unzulässigen Höhung der Steuerkapitalien gesprochen werde, so dürfe sich dieser Vorwurf nicht gegen den bisherigen Finanzminister, sondern gegen die Regierung von 1924 (Heiterkeit bei den Regierungsparteien) richten. Die jetzige Regierung von 1925 habe nur die Verteilung der Steuerüberschüsse vorgenommen und dann sei doch auch die Erhöhung des Umsatz- und der Lohnsteuer erfolgt. Große Heiterkeit erzeugt es, als der Redner behauptet, auch die neue Ermäßigung der Umsatzsteuer gehe auf deutschnationalen Anregungen zurück.

Die Zuschläge für die Gemeinden würden die zu erwartenden Ausfälle nicht wieder gutmachen. Das werde eine weitere Un Sicherheit in dem Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schaffen. Der Finanzminister habe zwar versprochen, der Wirtschaft zu helfen, aber sein Finanzprojekt sei geeignet, die Wirtschaft zu schädigen. (Als der Redner davon spricht, daß man nicht eine neue Inflation machen dürfe, macht eine Zuhörerin auf der Tribüne einen lauten Juras. Später ruft sie hinunter: "Haushaltspromie". Es entsteht einige Bewegung im Hause, die Räferin wird hinausgeführt.)

Lebhafte Widersprüche erzeugt Abg. Hergt, als er behauptet, der Reichsfinanzminister lege mit seinem Projekt die Art an die Wurzel des parlamentaristischen Systems. Aber hier könne der Redner sagen: Herr Hauptmann, gehen Sie voran, wir folgen nach! (Beifall bei den Dtl.) Die Erhöhung der sozialpolitischen Kosten würden seine Freunde nicht zulassen. Es werde eine unzulässige Finanzierung einstellen, dann ade Auslandsanleihen, ade Verträge des Auslands zu Deutschland (stürmische Heiterkeit links!). Die Kernfrage sei, ob Deutschland die Daweslasten in Zukunft verhindern können. Das sei aber nicht zu erwarten. Auch der kleine Beisetzungschein im Beitrage von 215 Millionen müsse doch realisiert werden. (Jurur des Abg. Hergt: Durch Ihre Steuerpolitik!)

Die Deutschnationalen würden die zu erwartenden Einnahmen genau prüfen, wir werden sie nicht ablehnen, denn wir nehmen das Geld, wo wir es liegen. (Stürmische Heiterkeit.) Der Redner schloß mit der Begründung, daß seine Partei sich an der Arbeit zur wirtschaftlichen Befreiung Deutschlands beteiligen wolle. (Bravo bei den Dtl.)

Die Schuld der Deutschnationalen.

Abg. Hilferding (Soz.):

Auch wir haben die Ausführungen des Reichsfinanzministers mit großen Vorbehalten angehört, aber der Herr Abg. Hergt war seiner Kritik nicht berechtigt. Diese deutschnationalen Reden hätten wir vor einem Jahre hören müssen, als der Reichsfinanzminister Schleben hier stand. In einem Zeitpunkt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse so ungünstig waren, sind uns gerade die höchsten Kosten auferlegt worden. Das ist das, was wir als Thesaurierungs- und bezeichnen und dafür fragen Sie (zu den Deutschnationalen) die volle Verantwortung. Die sozialdemokratische Partei hat damals vorbereitet, auf diese Art Steuerpolitik zu machen, die zu einer ungeheuerlichen Belastung der Wirtschaft führen mußte. (Jurur von rechts: Sie waren doch auch Finanzminister!)

Sie haben mich ja zu früh gefragt, ehe ich noch eine bessere Politik machen konnte! Sie aber haben, und das ist das Entscheidende, die Kosten geschafft, um die Ausgaben für unszulässige Zwecke für die Unterstützung der Schwerindustrie zu haben. (Sehr richtig bei den Soz.)

Das Schlimmste dabei war das Verhalten der Deutschnationalen in der Frage der Verbrauchssteuern. Entgegen unserer Wahrung haben Sie (zu den Deutschnationalen) die Führung bei den Verbrauchssteuern übernommen. Wir haben damals gesagt, daß jede Erhöhung der Verbrauchssteuern zur Erhöhung der Daweslasten führen müsse. Trotzdem haben Sie für diese Verbrauchssteuern gestimmt. Der Sinn des Londoner Abkommen zwang uns dazu, die Verbrauchssteuern nicht zu erhöhen, trotzdem haben Sie sie erhöht. Jetzt aber unternimmt Ihre Presse, allen voran Herr Hugenberg, jenes abschreckende Manöver, in dem er den Nachweis zu bringen versucht, daß nur das Dawes-Abkommen die Schuld an unserem Elend trage. Er sagt den Frauen, wie hoch die Last aus der Zisterne und aus anderen Verbrauchssteuern für sie sei.

Der Vater der Verbrauchssteuern heißt aber Hergt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Finanzminister Schleben ist durch seine Finanzreform ein Schädling des deutschen Volkes geworden. Er hat in erheblicher Weise zur Erhöhung der Krise und zur Erhöhung der Kosten aus dem Dawes-Abkommen beigetragen. (Sehr richtig bei den Soz.) Das die Dawes-Gesetz überhaupt zustandegekommen sind, das ist ausschließlich das Werk der Deutschnationalen. Sie hätte ja nicht sagen können. (Jurur von den Deutschnationalen: Haben wir ja!) Nein, Sie haben ja gesagt! Herr Curtius hat Ihnen geschrieben, daß die Deutschnationalen, wenn sie dem Dawesplan zustimmen würden, einen Anspruch auf Regierungsräte erhielten. Haben Sie in diesem Augenblick gesagt, daß Sie die Verhandlungen nicht weiter führen wollen?

Nein! Sie haben dafür gesorgt, daß die Zahl der "Ja-Sager" erreicht wurde, um das Eisenbahngesetz, um die anderen Dawes-Gesetze zu machen. Sie haben also die volle Verantwortung dafür. (Värem bei den Deutschnationalen.)

Sie haben ja aber einen besonderen Sachverständigen unter sich für die Auswärtige Politik, Herrn Hochst. Er hat geschrieben, daß die deutschationale Fraktion die Durchführung des Dawes-Gutsrichters erst ermöglicht habe, daß sie also ja die Verantwortung dafür dasitze. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es bleibt also dabei, daß Sie für die Dawes-Gesetze die volle Verantwortung tragen. Sie teilen diese Verantwortung mit den anderen Parteien des Reiches, mit Ausnahme der Bölkischen und der Kommunisten.

Über abgesehen von der Frage der Verantwortung wissen wir doch, daß die Dawes-Gesetze erst eine Erleichterung unserer Lage

möglich gemacht haben. Wir haben es doch erreicht, daß die uns auferlegte Kontrolle zeitlich begrenzt wurde, wir haben erreicht, daß wir gegen neue Übergriffe der früheren Kriegsgegner geschützt wurden. Wollen wir Sie also aus dieser Verantwortung entlassen, so tragen Sie doch die volle Verantwortung für die Thebaudienstpolitik des vorigen Finanzministers und für die Steigerung der Kosten für das dritte und vierte Reparationsjahr. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wenn heute der Reichsfinanzminister ein Programm der Steuerermäßigungen vorlegt, so ist das an sich eine Kritik an der Steuerpolitik des vorigen Jahres. Er hat auch ausgeräumt mit der deutschnationalen Legende, daß die Republik verschwenderischer wirtschaftet, als die früheren Regierungen. Die Rede des neuen Finanzministers zeigt aber auch, wie richtig unsere Politik im sozialpolitischen Ausgang war. Dort wurde uns immer wieder gesagt, wir eine Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen vorne kein Geld da. Mit dieser Behauptung hat die Rede des Reichsfinanzministers gebrochen. Aber damit sind wir nicht einverstanden, daß er die Notwendigkeit der Steuerermäßigungen vor die Notwendigkeit der Erhöhung der sozialen Leistungen stellt. Für uns steht die Frage in erster Linie, nicht ob wir Steuern erhöhen wollen, sondern zu welchem Zwecke? Wenn zu dem Zwecke, um zur Besserung der Volkswohlheit beizutragen, dann sind wir für die Erhöhung der Steuern. Schon vor der Beratung der Finanzreform des Ministers Schleben haben wir Anträge auf Ermäßigung der Umsatzsteuer gestellt. Sie sind zuerst abgelehnt worden. Der Minister hat gestern gemeint, daß von der Ermäßigung der Umsatzsteuer eine bedeutende Wirkung auf das Preisniveau zu erwarten sei werde. Diese Wirkung könnte sie haben. Die Ermäßigung macht auf den Gesamtumfang 2 Prozent aus. Aber bei der augenblicklichen Organisation der deutschen Wirtschaft ist es doch äußerst fraglich, ob diese Wirkung eintreten wird.

Sie würde Wirkung nur haben, wenn Sie in Verbindung mit einer gleichgerichteten Handelspolitik treten. Die künftigen Handelsverträge müssen die notwendigen Zollermäßigungen bringen, die dann auch die Preise senken werden. Gerade die Größe der Preisentlastung muß ein wichtiges Argument für die Herabsetzung der Schutzzölle sein. (Sehr richtig bei den Soz.)

Für die Eingehungen des vom Reichsfinanzminister vorgelegten Steuerprogramms behalten wir uns eine eingehende Prüfung noch vor. Wir wollen aber schon jetzt keinen Zweifel darüber lassen, daß wir der Herabsetzung der Zollsteuern und der Milderung der Verbrauchssteuern unserer heftigsten Widerstand entgegensetzen werden. Schon Herr Schleben hat die Zollsteuern ermäßigt, jetzt wird wieder ihre neue Ermäßigung angekündigt. Dabei steht es fest, daß 4,8 Milliarden durch die Massenbelastung aufgebracht werden und nur 2,4 durch Verlustbefreiung. (Hört, hört! bei den Soz.) In England ist die Entwicklung gerade umgedreht gegangen. Schon jetzt bringt die Lohnsteuer einen erheblichen Teil der Einnahmen überhaupt auf. Während in England ein Einkommen unter 2000 Mark steuerfrei bleibt, wird bei uns das steuerfreie Einkommen schon mit 1200 Mark erreicht. Außer den Arbeitern werden auch diejenigen am stärksten belastet, deren Steuerleistung sich am leichtesten überstehen läßt. So geschieht die Veranlagung in der Landwirtschaft in der Weise, daß die buchführenden Landwirte sogar mit ihren Familien auf Heller und Pfennig besteuert werden, während andere ganz steuerfrei bleiben.

Auch bei den Ausgaben können wir dem Finanzminister nicht ganz folgen. Mit dem Abbau der Beamten muß endlich Schluss gemacht werden, darin stimmen wir ihm zu. Ich stimme ihm auch darin zu, daß Rendungen in der Verwaltung vorgenommen werden müssen. Es können noch ganz andere Erfahrungen gemacht werden. Es ist ein geradezu unvorbildiger Zustand, daß im Jahre der schärfsten Krise die Ausgaben für die Reichswehr von 7 auf

8 Prozent gesteigert werden sollen. Es ist auch merkwürdig, daß an 100 Beamte, darunter auch Herren, die angesiedelt sind, hohe Renten bezahlt werden.

Aber alles dies tritt zuletzt hinter dem entscheidenden Problem der Verwaltungsreform. Von dieser Stelle aus muß in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß die Krise des Finanzausgleichs keine einzige Finanzfrage ist, sondern das große deutsche Finanzproblem überhaupt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie hat immer die Ausdehnung der Staatsfunktion verlangt. Heute muß sie führen zur Kontrolle der gesamten Wirtschaft, zur Kontrolle der kapitalistischen Gesellschaften, anstatt daß die Monopolunternehmungen die Kontrolle über den Staat ausüben.

Die Auodehnung der Staatsfunktion muß enden in der Kontrolle der gesamten Wirtschaft durch die Massen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Darum verlangen wir auch den deutschen Einheitsstaat. Mit allen bisherigen und vom Finanzminister angekündigten neuen Maßnahmen soll nicht viel erreicht werden. Wir brauchen nicht nur den Abbau einiger Steuer, die Verminderung der Zahl von Abgeordneten, sondern die Vereinheitlichung der Reichsverwaltung. Wir kommen dazu nicht, bevor wir nicht zum Einheitsstaat streben. Der Reichsfinanzminister hat jetzt zwar einen Überblick über die Einnahmen, aber keinen Überblick über die Ausgaben in den Ländern. Sie unterstehen nicht seiner Kontrolle, sondern der Kontrolle von 18 verschiedenen Ländern. Das ist ein Zustand, der unmöglich auf die Dauer erhalten bleiben kann. Heute ist die Gefahr noch größer als vor dem Kriege, daß die deutsche Wirtschaftseinheit zerstört wird, wenn die einzelstaatliche Finanzpolitik weitergetrieben wird. Die volle Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden ist auch bei der Einheitsfunktion der Finanzpolitik möglich, das zeigt das englische Beispiel. So kommen wir gerade von unserer Aussicht vom Einheitsstaat aus zur Förderung einer umfassenden Verwaltungsreform. Wo sind die Wurzeln des bürokratischen Widerstandes gegen diese Vereinheitlichung? Früher waren sie bei den einzelnen Dynastien, heute findet man sie vielfach bei manchen Ministerpräsidenten, die selbst Souverän sein möchten. Die heutige Zerrissenheit ist ein Krebsdaden in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Dieses Programm des Einheitsstaates ist allerdings ein Programm auf lange Sicht, das auch nicht allein vom Finanzminister verwirklicht werden kann.

Wir brauchen energische Eingriffe in die Wirtschaft, um die Krise zu bekämpfen. Wir hoffen unter anderem, daß die Reichsbank ihre Kreditrestriktionen nicht wieder aufnehmen wird. Wenn diese Krise geheime werden soll, dann darf es aber auf keinen Fall gesehen auf Kosten der Sozialpolitik. Es darf auch nicht gelöscht durch Druck auf den Arbeitsmarkt.

Die sozialen Kosten sind nichts anderes als ein Teil des Lohnes. Die Ausschaltung der Sozialpolitik ist gerade notwendig, wenn die Krise gelöst werden soll. Die Krise auf Kosten des Lohnes lösen zu wollen, würde bedeuten, eine weitere Verschärfung des inneren Marktes herbeizuführen.

Auf der anderen Seite müssen alle Mittel benutzt werden, um die Krise zu lindern. Dazu gehört die Art der Vergabeung der öffentlichen Arbeiten. Es handelt sich hierbei um 4 Gruppen: 1. Die Eisenbahn, der Zwischenkredit gegeben werden müßten. 2. Förderung des Elektrizitätswesens. Einzelne Vorrichtungen dazu werden wir im Ausschuß mitteilen. 3. Sicherung der Exportkredite. 4. Ein großes Bauprogramm in der Regierung. Zu diesem Punkt erklären wir: Die Hauszinssteuer darf nicht zu öffentlichen Zwecken, sie muß zum Bauaufbau verwendet werden. Darüber hinaus sind Mittel für den Haushalt bereitzustellen. Wir verstehen nicht den Widerstand des Reichsbauministeriums dagegen, da doch die Lösung der Wohnungsfrage eine der wichtigsten in Deutschland überhaupt ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach einer amtlichen Statistik wohnen in Berlin 2.000.000 Menschen zu je 4 Personen in einem Zimmer. 300.000 Personen mit ansteckenden Krankheiten hausen mit anderen Menschen zusammen in einem Raum.

Wir können die Hauszinssteuer dazu verwenden, um mit ihrer Hilfe die Garantie für langfristige Anlagepapiere zu schaffen. Zusammenfassend bemerke ich, daß wir uns ein unlosliches Zusammenspiel zwischen der Finanz-, der Sozial- und der Wirtschaftspolitik bestrebt. Das Regierungsprogramm genügt uns nicht. Wie stellen in den Vordergrund unserer Arbeit die Bekämpfung der Krise, die Bekämpfung der großen Not der Massen. Von diesem Standpunkt aus werden wir Stellung nehmen zu den Erwägungen und Versprechungen, die uns gestern hier gemacht worden sind. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Erking (Dr.) spricht die Erwartung aus, daß die Finanzen des Reichs genau so gesichert seien, wie gegenwärtig, wenn der jetzige Finanzminister einmal vom Amt abberufen werde. (Sehr gut! rechts.) Mit einer vorübergehenden Senkung der Fusionsteuer sei das Zentrum einverstanden. Bei den Zusammensetzungen müßten aber die Interessen der Arbeiter und der Gemeinden berücksichtigt werden. Das Zentrum sei gegen eine Herauslösung der Börsenumsatzsteuer und würde dafür lieber eine Senkung der Zukaufsteuer verlangen. Zugestimmt sei dem Finanzminister in der Absicht, den Ländern das Zulagsrecht zur Einnahmen- und Körperschaftssteuer wieder zu geben. Bedauerlicherweise habe der Finanzminister nichts darüber gesagt, wie und wo er am Staat einsparen wolle. Das wäre allerdings nicht so populär gewesen wie die Ankündigung von Steuerermäßigungen. (Sehr richtig! rechts.) Das Zentrum beantragt, einen Ausschluß mit den Aufgaben zu betrauen, zu prüfen, wo am Staat gespart werden kann. Namentlich erscheine beim Finanzministerium selbst ein nachhaltiger Abbau möglich, der auch die Finanzämter berühren könnte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Aeuwärts Amt habe vor dem Kriege 20 Millionen gelöst und koste heute 53 Millionen. (Hört, hört im Zentrum.) Eine gute Außenpolitik hänge doch nicht allein von einer großen Anzahl Beamten ab. Eine erstaunlich hohe Summe nehme im Staat der Pensionsauswand ein. Das Zentrum habe zur Wiederaufstellung der deutschen Wirtschaft folgendes Programm: Sicherung unserer landwirtschaftlichen Produktionen, Sicherung unserer Ausfuhr durch finanzielle Maßnahmen; rasche Beliebung des Wohnungsmarktes. Zum Schluß wehet der Redner einige deutschnationale Presseangriffe gegen den Justizminister Marx und den Ernährungsminister Dr. Haselmeier zurück. Durch solche Schmähattacken würden auch die Zentrumswohler bestärkt, die besonders in den letzten Gebieten mehr ihre Vaterlandsliebe durch die Tat bewiesen hätten als z. B. die pommersche Deutschnationalen. Zum Thema „Frememorde“ bemerkt der Redner, daß der Ausschluß der Offenlichkeit in den betreffenden Gerichtsverfahren nicht geeignet sei, das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege zu stärken.

Abg. Dr. Cremer (D. Up.): Der Wiederaufbau der Wirtschaft und die Erfüllung der Staatswirtschaft hängen eng mit einander zusammen. Bei dem vorigen Finanzminister sei sehr stark der Wunsch hervorgetreten, Werte „auf die hohe Kante“ zu legen. Notwendig sei eine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht. Die Weltwirtschaftskrise werde noch lange andauern, deshalb könne man auch für die deutsche Wirtschaft, die noch mit Reparationslasten vorbelastet sei, nur mit starken Vorbehältern in die Zukunft blicken. Wenn die jetzt vorhandenen Staatsgelder der Wirtschaft für 1926 zugeführt werden, würde man 1927 entweder die Ausgaben so reduzieren müssen, daß die geringen Einnahmen für den Staatsbedarf genügen, oder man müsse neue Einnahmequellen schaffen. Die Industriewerte, die sich in öffentlicher Hand befinden, müssen neuartig eben behandelt werden, wie Betrieb, dann könnte das Reich erhebliche Mehreinnahmen erzielen. Die Umlagesteuer sei bisher trotz ihrer wirtschaftlichen Mängel das Rückgrat der Finanzverwaltung gewesen. Stimme man der Herauslösung zu, dann müsse natürlich dahin gewirkt werden, daß die Steuerentlastung auch den Konsumenten zugutekomme. Die Luxussteuer sollte vollständig beseitigt werden. Die Herauslösung

der Fusionsteuer sei zu begrüßen, ebenso die Milderung der Vermögens- und Böteriensteuer. Der Finanzausgleich könne nicht mit einer kleinen Mehrheit gegen eine große Opposition geschaffen werden, der Minister müsse sich auf alle Parteien fühlen können, die zur Mitarbeit bereit sind. Das Zulagsrecht der Länder und Gemeinden müsse begrenzt und so durchgeführt werden, daß auch die von der Rektionssteuer freien Gemeindemitglieder Gemeindesteuer zahlen. Die Hauszinssteuer sei möglichst bald zu beseitigen.

Um 8 Uhr wird die Aussprache abgebrochen.

Das Haus bestätigt dann noch die Anträge des Rechtsausschusses zu den vorliegenden Gesuchen auf Strafverfolgung einiger Abgeordneter. Danach wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Billow (Soz.) wegen Betruges erteilt. Abg. Billow hat selbst um die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung nachgefragt. Die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Brünn wegen Beleidigung durch die Presse wird nicht erteilt. Heiterkeit erzeugt es, daß auch die Genehmigung zur Strafverfolgung des Ludwig Hässler wegen Beleidigung des Reichstags verlost wird.

Das Haus vertagt sich dann auf Freitagmittag 1 Uhr mit der Tagessordnung: Der Konflikt mit dem Reichsrat über die Erweiterung des Fürsorgepflicht, Fortsetzung der Staatsberatung. Die Einzelberatung beginnt beim Verlehrungsministerium.

Die Sorge um die „armen“ Fürsten.

Im Rechtsausschuß des Reichstages stellte Genosse Dr. Rosenfeld am Donnerstag noch einmal fest, daß an den Verhandlungen mit einem juristischen Berater der Hohenzollern in einem Berliner Restaurant die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Höglund, sowie der Wirtschaftsvertreter Dr. Bredt teilgenommen haben. Ob dieser erneuten Feststellung geziert der Abg. Dr. Barth in großer Erregung: sein gesellschaftlicher Bericht ginge niemand etwas an und er verweigere jede Auskunft.

Dann nahm der Fürstenschafter Dr. Everling das Wort zur Fürstenabfindung, um in einer langen Rede darzutun, daß die deutschen Fürsten die ärmsten Leute der Welt seien, denen bitteres Unrecht geschehe. Die Schlosser, die die Hohenzollern beanspruchten, seien „Lastobligie“ die gewaltige Zuläufe erforderlich. Die arme Hohenzollernfamilie habe man mit ihren 18 Angehörigen durch die Enteignung der Schlösser „heimatlos“ gemacht; sein preußischer Prinz wisse mehr, wo er sein Haupt hingehen solle. Die bürgerlichen Mittelparteien fügte er vor einer teils weißen Enteignung, wie sie der Kompromißantrag vorsieht, zu streiten durch den Hinweis, daß bald auch andre Enteignungen, vor allem der Kirche kommen würden.

Auch der Volksvertreter Dr. Wunderlich erhob die schwersten Bedenken gegen den Kompromißantrag. Wenn eine Enteignung der Fürstenhäuser bei der Revolution ausgesprochen worden wäre, dann hätte man sich damit als Revolutionsrecht abfinden können. Nach sieben Jahren könne man unmöglich ein Kapitel des Revolutionsrechtes nachholen. Der Vertreter des Zentrums lehnte eine entshädigungslose Enteignung ebenfalls ab. Wenn die Not der Zeit eine Enteignung notwendig mache, widerstrebe das Zentrum nicht; dann müsse sie über allgemein durchgeführt und nicht auf einzelne Familien beschränkt werden.

Im Verlauf der weiteren Aussprache erklärte Abgeordneter Landsberg (Soz.): Die Hervorhebung fürstlicher Verdienste als Titel für die Benennung der Fürstenabfindung mühte die Folge haben, daß man auch die negativen Verdienste einzelner Fürstenhäuser bei der Abfindung zu ihren Ungunsten berücksichtigt, beispielsweise der Fürstenhäuser, die seinerzeit mit Napoleon den Rheinbundvertrag abgeschlossen haben. Wenn die Stimmliste für die entshädigungslose Enteignung durch Wollenscheid jetzt sehr ausführlich erscheint, so trogen gewisse Fürstenhäuser daran ein gut Teil schuld. Den Hohenzollern genüge nicht einmal die ihnen vor dem Schiedsgerichtsverfahren angebotenen 115.000 Morgen, sondern sie verlangen vorweg 400.000 Morgen. Der Versuch, die Ansprüche der mecklenburgischen Mätzen auf das Land abzuwälzen, konnte die Stimmliste für die Fürstenansprüche nicht verbessern. Ein Gesetz auf entshädigungslose Enteignung

eignung der Fürstenhäuser würde nicht ohne Beispiel bestehen. Schon 1866 ist ja von den Hohenzollern gegen das Welfenhaus vorgegangen worden. Damals sind aus dem Welfenhaus u. a. einem Bankdirektor von Berg 900.000 M. bezahlt worden, um die Buchthausstrafe von ihm abzuwenden, die er wegen betrügerischen Bankrobs verdient hatte. In den Fällen, die als Beispiel für reines Privateigentum der Fürsten angeführt wurden, ist nicht zu bestreiten, daß die Vermögensstücke durch öffentlich-rechtliche Titel in den Besitz der Fürstenhäuser gelangt sind. Im Rechtswege kann man auch den Privatbesitz an solchen Vermögensstücken nicht ansehen, die vor langer Zeit durch Missbrauch des Herrschergewalt und gegebenenfalls rechtswidrig in den Besitz der Fürstenhäuser gelangten. Darum ist eine gesetzgeberische Lösung notwendig. Wenn nicht nach dem formalen Recht, sondern nach Billigkeitsgründen entschieden werden soll, so ist nicht einzusehen, worum die Entscheidung Berücksichtigen übertragen wird. Die Landesgesetzgebung würde weit rascher und besser entscheiden. — Weiterberatung Freitag.

Die Vossische Zeitung meldet, daß die Sozialdemokratie Abänderungsanträge für den Bürgerlichen Kompromißantrag vorbereitet hat. Diese Meldung ist, wie der Soz. Brodien schreibt, den Tatsachen voraus. Da sich die Sozialdemokratie an den sozialen Arbeiten des Rechtsausschusses beteiligt, ist es selbstverständlich, daß sie auch entsprechende Verbesserungsanträge stellen wird. Ihre Ausarbeitung steht aber erst bevor, und zwar wird sich der juristische Ausschuss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der Ausarbeitung bestimmter Anträge zum ersten mal am Freitag beschäftigen.

Der Reichsrat zum Sperrgesetz.

SPD. Im Reichsrat, der am Donnerstag nachmittag zum Sperrgesetz in Sachen der Fürstenabfindung Stellung nahm, bestritt der bayrische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die Reichscompetenz für die Regelung der Verhältnisse der ehemaligen Fürstenhäuser. Bayern werde durch das Sperrgesetz nicht berührt und enthalte sich der Stimme. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter von Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin an. Mit 49 gegen 4 Stimmen beschloß der Reichsrat, keinen Einspruch gegen das Sperrgesetz zu erheben. Dagegen stimmten die preußischen Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niedersachsen.

Bei der Stellungnahme zu einer Verordnung, durch die entsprechend der Bestimmungen des Friedensvertrages Verstöße gegen die Auslösung angedroht wird, die sich mit militärischen Dingen befassen, enthielt sich Bayern ebenfalls der Stimme.

Verhaftung eines Gememörders in Polen.

SPD. Der frühere Oberleutnant von Pannwitz, einer der durch Siebolds des Berliner Polizeipräsidiums gefassten Hjememörder ist jetzt auf polnischem Gebiet unter dem Verdacht der Spionage festgenommen worden. Pannwitz alias „Freiherr von Bargen“ war einer der Führer im Arbeitsstammmando Oberst des H. v. S. und genoß das besondere Vertrauen des berüchtigten Kommandanten der Schwarzen Reichswehr Oberleutnant Schulz. Als der Küstriner Putsch gescheitert war, tauchte Pannwitz in Schwerin auf und beteiligte sich an dem Gememord gegen den Schwarzen Reichsmehrmann Bayer. Der Boden in Mecklenburg wurde ihm aber bald zu heiß; er verzog nach Oberösterreich und trat schließlich in den polnischen Teil Schlesiens über. Nun wurde er unter dem Verdacht, zugunsten Deutschlands Spionage im polnischen Armee getrieben zu haben, im Verlauf einer „Selbstverteidigung“ verhaftet. Jüngstesche Ausdrücke von einer deutschen Behörde hat Oberleutnant von Pannwitz, wie wir erfahren, nicht gehabt. Ein Auslieferungsantrag ist bis jetzt noch nicht gestellt worden, da die deutschen Behörden über die Festnahme offiziell noch nicht unterrichtet sind.

Außer der Beteiligung bei dem Mord an Bayer wird dem Hjememörder von Pannwitz u. a. die Mittäterschaft bei dem Mord an dem Feldwebel Greschke, an dem Feldwebel Wilhelm und an dem Redakteur Schottländer in Breslau zur Last gelegt.

Um die Sike im Völkerbundsrat.

Ansprüche der anderen Mächte.

Am heutigen Tage tritt der Völkerbundsrat zusammen, um zu der Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund Stellung zu nehmen. Die Tagung des Völkerbundsrates läßt nach Genfer Meldungen nur von kurzer Dauer sein. Der Zusammentritt der außerordentlichen Vollversammlung ist für die Zeit zwischen dem 7. und 15. März auszurechnen, freilich nur für den Fall, daß die Konflikte beigelegt werden können, die mit dem Antrag der deutschen Regierung aufgeworfen sind. Der ständige Rat des Völkerbundes besteht zur Zeit aus den vier führenden Mächten der Alliierten, aus den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans. Dem Auftauchantrag der deutschen Regierung war jene Anlage zum Locarnovertrag beigelegt, die eine Klärung hinsichtlich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund enthält. Sie trägt die Unterschriften der 9 Garantimächte, und diese Declaration war eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Paraphierung der Locarnoverträge durch die deutsche Delegation.

Durch den Antrag des deutschen Kabinetts sind nunmehr die Ansprüche anderer Staaten in den Vordergrund getreten, die ebenfalls die Aufnahme in den Völkerbundstat fordern. Dies sind: Spanien und Polen als europäische Mächte. Außerdem fordern die südamerikanischen Staaten einen Sitz im Völkerbundsrat. Von ihnen drohte in erster Linie Brasilien in Frage kommen. Es erscheint als völlig ausgeschlossen, daß man in Angesicht der Situation neben Deutschland einer der anderen Mächte einen Sitz im Völkerbundsrat einräumen könnte. Darum taucht die Frage auf, den Völkerbundsrat wesentlich zu erweitern, seine Sike auf 10 bis 15 heranzuziehen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hinter diesen Bestrebungen bestimmte Abteilungen Frankreichs zu erkennen sind. Man vergleiche die heutige politische Situation in Europa mit der aus dem Jahre 1922/23. Daraus ergibt sich für jedermann, daß der Einfluß Frankreichs außerordentlich stark zugenommen haben ist. Die Beziehungen zwischen Paris und Warschau, aber auch die Verbindungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern der kleinen Entente sind eskaliert und der Locarnopakt hat nicht dazu beigetragen, die Position Frankreichs im Verbande der europäischen Staaten zu stärken. Dazu kommen freilich die innerpolitischen Schwierigkeiten des französischen Kabinetts und weiter die Tatsache, daß weder ein Schuldenabskommen mit den Vereinigten Staaten noch mit England getroffen werden konnte. Aber in alldem drohen weiteren Konflikten und Wirkungen, und es ist zu verstehen, wenn Frankreich den Versuch macht, durch eine neue Kräfteverteilung im Völkerbundsrat wenigstens einen Teil des früheren Einflusses zurückzugewinnen.

Habei dürfte Frankreich die Unrechtmäßigkeit Russlands finden, der sich in seiner letzten Rede mit aller Entschiedenheit gegen die Aufzollung des Münzvertragsproblems im Völkerbund wehrte und auch die Konferenz der kleinen Entente war bemüht, diese Pläne abzuwenden. Jedoch sind alle diese Bestrebungen noch im Fluß und niemand vermag zu sagen, wie die Entscheidungen lauten werden. Das liegt insbesondere bei Chamberlain, der in dieser Frage eine ausschlaggebende Rolle spielen dürfte, und der deshalb bereits

gestern im britischen Unterhaus von MacDonald interpelliert worden ist. Die Antwort Chamberlains lautete:

„Das deutsche Gesetz um Aufnahme in den Völkerbund hat, wie nicht zu vermeiden war, die Frage der Zusammenfügung des Völkerbundes wieder ausgerollt und auch in anderen Ländern Ansprüche auf Verstärkung in dem Rat hervorgerufen. Solange solche Ansprüche nicht formell vorgelegt, sowie die dafür und dagegen sprechenden Gründe nicht gehört werden sind, ist es nicht möglich, irgendwelche endgültige Entscheidung darüber zu treffen, in welcher Weise man den Interessen des Völkerbundes und überhaupt des Völkerbundes am besten diene. Die englische Regierung prüft die Angelegenheit schon jetzt sorgfältig, soweit das angebracht erscheint.“

Mehr war aus dem Leiter des britischen Außenministeriums nicht herauszuholen, obwohl sich weitere Mitglieder der Arbeitspartei die größte Mühe geben, Chamberlain aus seiner Reserve herauszuholen. Die vorliegende Erklärung läßt dem britischen Außenminister jede Möglichkeit offen. Darum sieht heute durchaus nicht nicht fest, ob die Aufnahme Deutschlands bereit im März erfolgen wird, da die Ansprüche der anderen Staaten möglicherweise langwierige Diskussionen im Geschehe haben. Der Daily Telegraph, der nicht selten vom Foreign Office inspiriert ist, zeigt die Komplikationen auf, die sich durch eine Erweiterung der Ratsgröße auf 10 bis 15 ergeben könnten. Er schreibt:

„Das Ergebnis könnte ein ständige Mehrheit für die französische Politik sein. Diese Mehrheit würde sich dann wie folgt zusammensetzen: 1. aus Ländern, die mit Frankreich besondere militärische Vereinbarungen haben: Belgien, Polen und die Tschechoslowakei; 2. aus lateinischen Staaten, die kulturelle und geistige Mäßigung Beziehungen zu Frankreich haben: Brasilien und Spanien, letzteres als Frankreichs Alliierter in Marokko; 3. aus Ländern, die im Völkerbundrat durch ihre in Frankreich beauftragten Gesandten vertreten seien: gegenwärtig Japan, Spanien, Brasilien und Uruguay, die mit Ausnahme von Spanien fast unabänderlich die wichtigsten europäischen Probleme durch die französische Presse lösen. Man könnte fragen, ob eine derartige Mehrheit in Rücksicht auf die anderen Staaten möglicherweise einigermassen einigermassen eine wichtige Mehrheit für die französische Politik sein. Diese Mehrheit würde sich dann wie folgt zusammensetzen: 1. aus Ländern, die praktisch sehr schwach, auf die Dauer sich den übrigen Ländern entgegenstellen; 2. Fragen des Verfahrens werden durch Mehrheitsentscheid entschieden und haben oft mehr als nur örtliche Wirkung; 3. die Erweiterung des Völkerbundes in dem angestrebten Sinne würde es möglich machen, den Einfluss des französischen Abzweigs abzuwenden und in gewissen Fällen Beihilfe von größter Wichtigkeit fassen zu lassen.“

Jedenfalls dürften, bevor der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt, noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein. Die T.A. bringt eine halbmäßige Darstellung des deutschen Kabinetts, die auf die Zustützung des Locarnopaktions verweist. Man teilt mit, daß in maßgebenden politischen Kreisen Berlins die Aufzollung verteidigt werden wird, daß im Falle des Vertrags des Locarno, möchte der bisherige Tarifbestand, auf dem sich das deutsche Aufzollungsrecht gründet, nicht mehr als vorliegend angesehen werden könnte.

Graf Bethlen und die Frankensässer. Der Ministerpräsident wußte alles.

SPD. Berlin, 12. Februar. (Radio.)

Der Vorwärts veröffentlicht in seiner heutigen Morgenausgabe eine einwandfreie Uebersicht über die ungarnischen Geheimverbände, aus der ersichtlich ist, daß die höchsten Regierungsstellen, und zwar bis zu Bethlen hinauf, wenn auch nicht direkt an der Frankensässeraffäre beteiligt sind, so doch von diesem Verbrechen gewußt haben. Der heutige Zustand in Ungarn ist so, daß jede der offenen nationalen Vereinigungen eine gehirne Organisationsation hat und die Mitglieder der Regierung Bethlen sich in der Teilung der geheimen Organisationen brüderlich mit jenen Männerkressen, die vor der Öffentlichkeit als Führer der nationalen Vereinigungen als ihre Gegner erscheinen. Die Hauptrolle spielt der „Verband der gesellschaftlichen Vereine“, dessen Präsident der aus seinem Amtswchsel mit dem Grafen Bethlen bekannte Baron Petrenyi ist. Wichtiger aber noch ist die Rolle, die sich aus den Mitgliedern dieses Verbandes wieder zusammenlegenden Geheimorganisationen, die als „Brüderlicher Verband“ ihre Unwesen treiben. Dieses Gesinde wird neben einer achtgliedrigen geschäftsführenden Direktion von einer politischen Direktion geleitet. In beiden Direktionen sitzen aber nicht nur die Führer und Leiter der einzelnen geheimen Organisationen, sondern auch eine ganze Reihe von Militärs und Beamten sowie Ministerpräsident Bethlen, so daß also nicht nur die Regierung, sondern auch fast die gesamte Admixturen und große Teile der Armee sich in den Händen der geheimen Organisationen befinden. Mit Recht stellt der Vorwärts auf Grund dieser Tatsachen fest, daß unter diesen Umständen eigentlich ganz Ungarn in den Händen dieser Geheimorganisationen ist.

Interessant ist vor allem jene Gesellschaft, in der sich Ministerpräsident Graf Bethlen seit Jahren befindet hat und zum Teil heute noch befindet. „Immer wieder treten neben ihm oder mit ihm drei Herren auf, die schon in der Frankensässeraffäre verhaftet worden sind, und zwar handelt es sich hier um den Landespolizeichef Radossy, den Vizepräsidenten des „Verbandes der gesellschaftlichen Vereine“, Szörtsen, und den gewissen Kommandanten des kartographischen Instituts, General Halls. Außerdem sind immer wieder bestimmte Abgeordnete, fast lauter Mitglieder der Partei der Rassenschlucker, in seiner Gesellschaft zu finden, die ihm im Parlament jedoch „Opposition“ machen. Dann gibt es da Militärs und Militärgeistliche in den allerverschiedensten Abteilungen bis zu dem bekannten Heliot der Banknotenfälscher, dem Feldbischof Zadravay. Kein Wunder, wenn Herr Bethlen außer dieser vornehmen Umgebung noch andere Minister, Staatssekretäre, Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamte als Mitglieder der Politzelorganisationen fast gewohnheitsmäßig in seiner Gesellschaft sieht. Der Führer einer offen als Mordgesellschaft bekannten Organisation, Hejjas, hatte die „Che“. Direktionsgenosse des Ministerpräsidenten zu sein. Dieser Hejjas hat bei dem im Jahre 1921 verübten Einbruch in das Pariserland eine besondere Rolle gespielt. Damals lehnte die ungarische Regierung jede Verantwortung für diesen Akt ab und trotzdem waren ihr alle Vorbereitungen bekannt.

Es ist selbsterklärendlich, daß derartige Geheimorganisationen und verbrecherische Aktionen ungeheuren Geld kosten. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist schließlich die Frankensässeraffäre entstanden. Da alle die Geheimorganisationen betreffenden wie künstlichen und politischen Fragen vorher in der Direktion besprochen wurden, um sie dann als Bescheide der Organisationen zu übermitteln, erscheint es heute als zweifellos, daß auch die Frankensässeraffäre in der Direktion besprochen und beschlossen wurde. Als geistiger Urheber des ganzen Plans der Frankensässeraffäre und ihr eigentlicher Leiter war nach zuverlässigen Berichten der Leiter der Operationsabteilung im Kriegsministerium, Oberst L. Fischer. Er untersteht in dieser Eigenschaft weder dem Kriegsministerium noch dem Armee-Oberkommando, sondern nur dem Regenten als obersten Kriegsherrn. Das ist Horthy, der jetzige Reichsverweser.

Das Porträt Wilhelms II. Eine „Kriegserklärung“.

b. Aus der Tagebuchauszeichnung Waldersee's, die wie in der Nummer vom 8. Februar brachten, geht hervor, daß er vermutete, der Kaiser habe gehofft, den Franzosen durch dieses bombastische Bild zu imponieren. Welchen Eindruck es in Frankreich tatsächlich machte, erfahren wir aus den „Lebenserinnerungen und politischen Denkwürdigkeiten“ des Freiherrn von Ecardstein, der mit dem französischen General Galliéni bestreitbar war. Ecardstein berichtet:

„Eines Tages traf ich ihn (Galliéni) zufällig im Garten der Tuilleries. Er erzählte mir, daß er gerade von der deutschen Botschaft käme, wo er beim Grafen Münster zum Dejeuner eingeladen gewesen sei. Nach dem Essen habe ihn der Botschafter in den Thronsaal der Botschaft geführt, um ihm ein für diesen Saal künstlerisch eingetragenes lebensgroßes Gemälde des Kaisers zu zeigen. Als ich ihn fragte, was er von diesem Gemälde hielt, sagte er: „Um die Wahrheit zu sagen, dieses Porträt ist eine Kriegserklärung; ich habe daselbst dem Botschafter gesagt.“ Der Ton, in welchem er diese Auskunft gab, war halb scherhaft, halb ernst. Als ich mir einige Tage später das neue Porträt Wilhelms II. selbst auf der Botschaft anschau, konnte ich nicht umhin, dem General in meinem Innern recht zu geben. In einer Pose, in welcher vielleicht Ludwig XIV. sich öfters darstellen ließ, den Feldmarschallstab in der ausgestreckten Hand, mit hochaufgewickeltem Schnurkordat und herausforderndem Blick, stand Wilhelm II. in dem Thronsaal der Botschaft verewig.“ (Bd. I, 240.)

Dieses Bild wurde Anfang der neunziger Jahre aufgehängt, zu einer Zeit also, in der noch das Urteil des deutschen Botschafters in Paris, dem Grafen Münster, „der Chauvinismus in Frankreich stark im Abschlusse begriffen ist. Ich selbst bin seit davon überzeugt, daß man in wenigen Jahren Eclat-Denkmalen in Frankreich so gut wie vergessen haben wird und daß die besten Chancen dafür bestehen, daß wir mit Frankreich noch einmal auf den allseitfreundlichen Fuß kommen. Dabei sehe ich aber voraus, daß man in Berlin nicht zu große Dummheiten macht.“ (Ecardstein, Bd. I, S. 237/38.)

Münster hat eben zuviel vorausgesetzt.

Reichsregierung und Erwerbslose. Eine Warnung der sozialdemokratischen Fraktion.

Bon der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird uns mitgeteilt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte nach Entgegennahme des Berichts ihrer dem Sozialen Ausschuß angehörenden Mitglieder einmütig fest:

Das in den letzten Tagen bekanntgewordene Regierungsprogramm zur Erwerbslosenfürsorge bleibt hinter den beschreibenden Erwartungen und auch hinter der Erklärung des Reichskanzlers weit zurück. Im Dezember wurde die auorende Erhöhung der Unterstützungsähre und der Ausbau der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge mit dem Hinweis auf das Fehlen einer neuen Regierung zurückgestellt. Jetzt, nachdem die Regierung gebildet ist, soll abgesehen von einer beschränkten Kurzarbeiterunterstützung, überhaupt nichts weiter geschehen.

Die von der Sozialdemokratie im Sozialen Ausschuß gestellten Anträge auf Erhöhung der Unterstützungsähre, Gewährung von Gehilfen an die Ausgesteuerten und Befreiung der zeitlichen Beschränkung in der Unterstützungsähre sind aber das Mindestmaß der augenblicklich erforderlichen Notstandsmaßnahmen.

Die Programmrede des neuen Reichsfinanzministers hat die Befreiung für die Annahme geliefert, daß dem

Reichen Mittel zur ausreichenden Milderung der sich ständig verschärfenden Not der unschuldigen Opfer der Wirtschaftskrise zur Verfügung stehen. Bleibt es bei den Absichten der Reichsregierung, die Stenkläfen, also auch die Beihilfen zu senken, aber nichts zu unternehmen, um die Fürsorge für Erwerbslose zu verbessern, so bedeutet das, daß die Reichsregierung allen Kreisen des Volkes helfen will, mit Ausnahme der am meisten unter der Wirtschaftskrise Leidenden.

Die Sozialdemokratie warnt vor einer solchen Politik, weil sie nicht zur alsbaldigen Linderung der Wirtschaftskrise beiträgt. Sie hält den Abbau von Beihilfenern für unmöglich, solange nicht ausreichend für die Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik gesorgt ist.

Die Finanzminister gegen die Kurzarbeiterunterstützung.

Am Freitagvormittag wird der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung zu der Kurzarbeiterunterstützung der Reichsregierung Stellung nehmen. Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber der Regierungsvorlage getroffenen Verbesserungsvorschläge, die sich der Unterabschluß des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages zum Teil zu eigen gemacht hat, finden im Reich wie in verschiedenen Ländern Widerstand bei den Finanzministern. Bei der Annahme der Regierungsvorlage würden sich die aus der Kurzarbeiterunterstützung ergebenden Mehrosten auf etwa 12 bis 13 Millionen pro Monat befestigen. Bei Annahme der sozialdemokratischen Vorschläge fämiere Mehrosten etwa 20 Millionen heraus. Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß eine größere Summe für die Kurzarbeiterunterstützung schon deshalb nur schwer annehmbar ist, weil jetzt bereits der Beitrag für die Erwerbslosenunterstützung pro Februar auf 110 bis 115 Millionen geschah werden müsse. Davon sollen nur 96 Millionen auf die Belastungsleistung entfallen, während der Rest sich angeblich auf das Reich und die Länder verteile. Das Reich stelle von diesem Beitrag allein wieder rund 35 Millionen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD. Paris, 12. Februar. (Radio.)

Die Antwort der deutschen Regierung auf die von den beiden Handelsvertragsdelegationen ausgearbeiteten Vorschläge für ein provisorisches Abkommen ist am Donnerstag von den deutschen Unterhändlern der französischen Delegation bekanntgegeben worden. Nach Mitteilung der zuständigen Stelle hat die deutsche Regierung in ihrer Antwort einige Einwände erhoben. Die beiden Delegationen haben sofort ihre Arbeit wieder aufgenommen, um zu einer endgültigen Einigung über dieses auf drei Monate bestimmte Abkommen zu gelangen.

Wie die „Einheitskomitees“ zustande kamen.

Mit welchen erlogenem Mitteln die Kommunisten sich weiter auf dem Gebiet der „Einheitsfront“ betätigten, haben sie am Donnerstagabend wieder einmal in Berlin bewiesen. Durch Handzettel kündigten sie, aller Wahrscheinlichkeit zu wider, unter Angabe des Datums und eines Orts einen gemeinsamen Diskussionsabend der SPD, USPD und KPD über Wirtschaftskrisis, Arbeitslosenelend und Fürstentraub an. Dieser Schwund beweist natürlich auch für Berlin die Bildung einer Einheitsfront in alle Welt hinauszuspannen. Jetzt kann man sich endlich ein Bild davon machen, wie die „Einheitskomitees“, von denen die kommunistische Presse täglich meldet, entstehen und was sie sind.

Zeichnet nicht auf kommunistische Sammelstellen für das Volksbegehr! Die sozialdemokratischen Sammelstellen erscheinen in den nächsten Tagen.

Schluß der Mussolini-Debatte.

TL. Berlin, 11. Februar.

In Berliner politischen Kreisen sieht man die Rede Mussolinis, trotzdem auch sie keineswegs das Niveau hat, das bei der Ausprache vor Ministern im diplomatischen Leben üblich ist, als einen Rückzug des italienischen Ministerpräsidenten in einer Reihe wesentlicher Punkte an. Namentlich ist hervorzuheben, daß der italienische Ministerpräsident seine Kriegsdrohung der Sache nach zurückgezogen hat, indem er diese Stelle seiner ersten Rede dahin modifizierte, daß die italienische Tricolore die Wacht am Brenner halten werde, also nicht mehr von einem Vorwärtsgehen über die eigene Grenze hinaus spricht. In der Frage der Befriedung Südtirols muß man leider annehmen, daß nach diesen letzten Ausführungen Mussolinis eine Ränderung zum Besseren nicht zu erwarten ist. Es ist anzunehmen, daß diese Angelegenheit bei den kommenden diplomatischen Begegnungen eine Rolle spielen wird. — Jedermann sieht der Reichsaußenminister eine Veranlassung, auf die Rede Mussolinis noch einmal öffentlich zu antworten.

Malleotti-Prozeß im März?

Rom, 11. Februar. (Stefani.) Blättermeldungen folgen wird der Prozeß gegen die des Mordes an Malleotti Angeklagten am 16. März in Chiari beginnen.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

WTB. Temesvar, 10. Februar.

Die Minister des Neuherrn Duca (Rumänien), Rintschitsch (Südostslawien) und Dr. Benesch (Tschechoslowakei) sind zur Konferenz der Kleinen Entente heute früh 8 Uhr hier eingetroffen. Die Minister trafen um 10 Uhr zu einer ersten Besprechung zusammen, die um 1 Uhr beendet war. Eine Mitteilung über die erste Zusammenkunft wurde nicht ausgegeben. Eine zweite Sitzung findet um 3 Uhr statt.

Am Schluß der zweiten Sitzung der Minister des Neuherrn der Kleinen Entente wurde folgender Bericht ausgegeben: Die Minister besprachen zunächst die gesamte internationale Lage, wobei sie neuerdings die vollkommene Übereinstimmung in ihren Ansichten feststellten. Sie prüften besonders die Fragen, die den Gegenstand der nächsten Beratung der Völkerbunderversammlung bilden werden und stellten gemeinsame Richtlinien in der Frage der Abrüstungskonferenz auf. Die durch die Locarno-Verträge entstandene Lage und ihre Rückschlüsse wurden eingehend erörtert, entsprechend den friedlichen Zielen der Kleinen Entente. Die Minister verfolgten alle Möglichkeiten und Mittel, durch die Friede auf dem Balkan noch mehr konzentriert werden könnte. Eingehend geprüft wurde die Frage der Geldfälscheraffäre in Ungarn sowie die Ereignisse, die sich hieraus entwickelt haben. Es wurde die Hoffnung ausgedrückt,

dass entscheidende Schritte in dieser Angelegenheit unternommen werden, um jede Wiederholung unmöglich zu machen. Die Staaten der Kleinen Entente sind entschlossen, im Geiste der Solidarität und in herzlicher Zusammenarbeit das Pazifizierungswerk fortzuführen, das sie bereits seit fünf Jahren betreiben.

Die nächste Sitzung wird in der ersten Hälfte des Mai in Belgrad abgehalten werden.

Nach Herausgabe des Berichts wurde die Konferenz geschlossen.

Die Kommunikate der Konferenz haben in dem, was sie auszugeben vermögen, eine verdeckte Aehnlichkeit mit denen, die man bei der Locarnoerklärung herausgegeben pflegte. Was drinsteht, ist eine ausführliche Wiedergabe der Tagesordnung und — ansonsten „wurde kein Bericht ausgegeben“. Schließen kann man höchstens, daß nicht allzuviel losgewesen sein mag. Das, was u. a. mehr interessierte, die Stellung der Kleinen Entente zu Russland, wurde nach den vorliegenden Berichten nur aus der Rede des tschechoslowakischen Außenministers Benesch bekannt. Hierzu sollen die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Russland vorläufig unterbrochen werden sein, weil Moskau sich geweigert habe, die Einmischung in innere Verhältnisse der Tschechoslowakei zu unterlassen. Diese Formulierung klingt leicht etwas eigenartig, läßt aber auf vorhandene Schwierigkeiten deuten und zeigt den unheimlichen Charakter der Balkanpolitik. Gewiß hat Tschechoslowakei bei seinem Besuch in Süddalmatien ganz gut gefallen. Aber jüdisch-slavische Wünsche geben dem Verselbständigungsbemühen der Kleinen Entente und gar in der Form einer „offiziellen“ Orientierung noch keinerlei Realität. Dazu sind die „westlichen“ Bindungen zu stark, und neue Gesetzmäßigkeiten, wie z. B. das englisch-griechische Baffenbündnis, sind auch nicht in ihrer Tragweite zu verlernen. So ist denn auch das Projekt eines Balkanpaktes einstweilen verlaufen. Und im Übrigen begnügte man sich mit der Erledigung einiger Fragen, die im Zusammenhang mit der sommenden Böllerungstagung stehen. Was man sonst noch der Erörterung und Abmachung für würdig hielte, hat man hinter verschlossenen Türen erledigt.

Arbeitslosenunruhen in Polen.

OE. Warschau, 10. Februar.

In Kalisch ist es zu groben Unruhen der Arbeitslosen gekommen, die zu Straßenkämpfen führten, wobei das Magistratgebäude verwüstet und der Stadtpresident schwer verletzt wurde. Die Demonstranten versuchten auch Angriffe gegen die Polizeistation und das Gefängnis. Mehr als 30 Personen sind schwer verwundet worden, darunter 12 Polizisten. 24 Personen sind verhaftet worden. Die Führung bei den Unruhen hatten die Kommunisten nahestehenden unabhängigen Sozialisten. Der Wojewode von Lodz, Dorowski, und eine Untersuchungskommission des Ministeriums des Innern sind nach Kalisch abgereist.

Wie WTB berichtet, ist auch Infanterie gegen die Demonstranten ausgebogen worden. Einer der verwundeten Arbeiter ist einen Verleugnungen erlegen. Die Geschäftshäuser und Löden sollen fast ausnahmslos geschlossen sein.

Der süddeutsche Sprengstoffprozeß.

Der Reichsanwalt, der 3. Staatsanwalt Weinkauf, ein noch recht junger Herr, führt in seinem Unterrichtsredere aus, daß jeder Rüttelfaktor, wie sie im gegenwärtigen Verfahren zur Sprache gekommen seien, aufs strengste bestraft müsse. Der Angeklagte Herr habe trotz des offiziellen Oktoberurteiles der KPD seine Kameraden zu verbrecherischen Taten angestiftet, so daß selbst seine Parteigenossen von ihm abrücken müssten. Er müsse deshalb die bereits gestellten mitgeteilten Zuchthaushäfen beantragen.

Das Urteil lautete gegen Herr auf 9 Jahre Zuchthaus, Sprecher 8½ Jahre Zuchthaus, Heppeler 3 Jahre Zuchthaus, Kuhule 2½ Jahre Zuchthaus, Schmid 2 Jahre Zuchthaus; zusammen 20 Jahre Zuchthaus. Die Urteilsbegründung folgte im wesentlichen den Intentionen des Reichsanwalts. Herr wurde verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, wegen Vergehen gegen das Republikanische und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, sowie wegen schweren Diebstahls und Raubes, sowie Anmajung einer Amtsgehalt. Eine Geldstrafe von 500 M. und 1 Jahr 3 Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Mit diesem ungeheuerlichen Urteil bringt sich der Staatsgerichtshof vor seiner Auflösung noch einmal in entsprechende Erinnerung.

Die späten Bauern Bayerns.

Die Deutsche Tageszeitung weist in ihrer Nummer 45 folgendes zu berichten:

Zu den Differenzen zwischen Bayerischer Volkspartei und Bayerischen Bauernbund macht Abg. Dr. Schlittenbauer, als Generalsekretär des Christlichen Bauernvereins, folgenden Vorschlag: Der Christliche Bauernverein verpflichtet sich, für jeden Augenblick gegen den Bayerischen Bauernbund durch den Christlichen Bauernverein 5000 Mark Konventionalstrafe zu zahlen, und umgekehrt soll der Bayerische Bauernbund an den Christlichen Bauernverein ebenfalls 5000 Mark zahlen, wenn der Bayerische Bauernbund den Christlichen Bauernverein bestimmt. Auf diese Weise will Dr. Schlittenbauer die feindlichen Brüder gegenseitig zum Schweigen bringen.

Dieser Vorgang ist belustigend. Zu einer Zeit, wo überall über die schlechten Zeiten in der Landwirtschaft, über den Geldmangel und noch mehr über das rigorose Vorgehen der Großgrundbesitzer gekämpft wird, liegen sich die bayrischen Bauern in den Haaren. Sie glauben nicht anders miteinander auszukommen, als daß jede Organisation zukünftig 5000 Mark Konventionalstrafe zu zahlen hat, wenn sie die andere angreift. Ob sich auch der andere der vielen feindlichen Brüder auf diesen organellen Vorschlag zur zwangsweisen Herabsetzung eines Burgfriedens eingelassen hat, ist bisher nicht mitgeteilt worden.

Ein neuer Stadtbahnshandal in Schlesien.

Ein ähnlicher Fall wie der Stadtbahnshandal in Waldenburg, der im Dezember des vorigen Jahres mit der Verurteilung des Hauptbeschuldigten, des Stadtbahnbdirektors R., zu drei Jahren Gefängnis endete, wird jetzt aus Sitzungen gemeldet. Auch dort hat der Stadtbahnbdirektor ohne Wissen des Stadtoberhauses und des Verwaltungsrates größere Kredite an Firmen gegeben, die die Stadtbahn in Zahlungschwierigkeiten drückten. In einem Falle handelt es sich um einen Kredit von über 1 Million, der an eine große schlesische Firma gegeben wurde. Die Stadtbahn in der Eröffnung der Zahlungsgeschäfte sind jedoch vorläufig durch das Eintreten der Kommunalbank für Schlesien behoben worden. Der Stadtbahnbdirektor, gegen den eine Untersuchung eingeleitet wurde, ist seines Amtes enthebt worden.

Erschließung megalitischer Russland. Wie aus Veracruz gemeldet wird, sind die Generäle Jose und Reveros und zwei andere Diktatoren wegen der Teilnahme an der von Texos ausgehenden Umsturzbewegung erschossen worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Hugo, Leipzig.

Verantwortlich für den Interessenten:

Hugo Seppenrad in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Sparkasse Volkshaus



Sparmarken
sind zu haben im Konto Volkshaus sowie in noch benannten Filialen der Leipziger Volkszeitung: Leipzig, Tauscher Straße 19/21, Zeitzer Straße 32, Volkmardorf, Elisabethstraße 19, Plagwitz, Weißenseer Straße 30, Lindenau, Odermannstraße 1, Kleinzschocher, Dieskaustraße 5; außerdem bei allen Vertriebsniederlassungen der Kinderfreunde.

Amtliche Bekanntmachungen.

Lauda. Die Lieferung der Vermittelte für die Volks- und für die Fortbildungsschule Lauda, Bez. Leipzig, für das Schuljahr 1926 ist zu verzögern. Angebotsvorbrüche und gegebenenfalls nächste Auskunft im Rathaus, Zimmer 4. Die Angebote sind bis zum 25. Februar 1926 abzugeben. Stadtrat Lauda.

Begau. Dientliche Sitzung des Fortbildungsschulverbands - Ausschusses Begau, Mittwoch, den 17. Februar 1926 nachm. 6 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal. Tagesordnung am Ratsbrett.

Nachlaß-Bersteigerung.

Sonntagnachmittag, den 13. Februar 1926, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich in Leipzig-Volkmardorf, Mariannenstr. 101, im Mariannenstöckchen, 1. Stock, 1. Ausstellung, 1 Schrank, 1 Tisch, 1 Nachtschr. m. W.-Bl., 1 Wanduhr, Betten, Kleidungsstücke, Wäsche u. a. m., meistbillig. Vorsichtung W. Schubert, Volkstypograph.

Konkurs-Ausverkauf

Grimmaischer Steinweg 8, I.

Damenkonfektion

Mäntel für Frühjahr u. Sommer v. 7 RM., Kleider in Wolle, Velle usw. v. 4 RM. an. Verkaufsstelle von 9-1/2 Uhr. Rechtsanwalt Heinrich Wallfisch Konkursverwalter.

Augen auf!

Überall spricht man über die unerhört billigen

Hojda-Preise

nur Emmerling, Ecke Windm.-Str.

Solden- u. Apachenschals	95
Foulardhandtücher	95
Barchenthemden f. Kinder	95
warme Blusenanzüge Vorrat	95
Wischlütcher	3 Stück 95
Scheuerschürzenfest, Ware	95
Hosenträger	Paar 10
Herrensocken	Paar 20
Woll-, Strickjacken	2.50
Wollsocken	Paar 65
Barchenthemden	1.95
Kleider mit Sportkragen	2.95
Kostümstücke	2.50
Unterhosen mit Hohlsaum	25
Babywäsche spottbillig	
Jäckchen mit Mütze, prima Qualität	Stück 1.50
Kunstlederne Prinzessstücke und Schlupfhosen spottbillig	
Jumpers, moderne Jersing	1.95
Kindersweater, prima Qualität, mit langen Ärmeln	1.50
Große Posten Konfirmanden-Hemden und Prinzessstücke, Schürzen, Strümpfe, Schlupfhosen und Kleider zu Schleuderpreisen!	

Achtung!

Konkurs-Ausverkauf

Schuhe

Reitposten zu billigen Preisen.

Kaisersstraße 5

Otto Gündel

vom Klopftisch zum Fuß durch 2 Stufen von Gernauer's Herba-Seife bestellt. 8,- in Türlach. Der Stoff ist 100% reines Fett. Zur Waschbehandlung ist Herba-Seife besonders zu empfehlen. Sie haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien

POLICH'S HERREN-KLEIDER FABRIK



Größte Leistungsfähigkeit und enorm billige Preise infolge Selbstfabrikation

großen Stils

Für die Einsegnung ganz besonders preiswert:

Konfirmanden-Anzüge
in guten Cheviots und Kammgarnen, 1- und 2-reihig 38,-

Konfirmanden-Anzüge
schwarz u. blau, beste Verarbeitung, 1-reihig 45,-

Oberhemden für Konfirmanden, mit stolzer Manschette 5,-

Vorhemden f. Konfirm., weiß 1,-

Kragen garantiert 4-fach, für Konfirmanden 45,-

Filz-Hüte für Konfirmanden, verschiedene Formen, schwarz 2,-

Konfirmanden-Anzüge
blau, tragfähige Qualität, einreihig, gute Verarbeitung 25,-

Konfirmanden-Anzüge
gute Cheviot-Qualität, erstklassige Verarbeitung, 1- u. 2-reihig 30,-

Leser der Volkszeitung berücksichtigt nur unsere Inserenten

Familiennotizen.

Am Donnerstag, früh 6 Uhr, wurde mein lieber Gott, unser außeraterater Schwieger- und Großvater, Onkel und Schwager

Otto Gündel
im Alter von 64 Jahren von seinem kurzen, aber schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst.
G. Kleinschoder 11. Februar 1926 Wigandstraße 19

In tielem Schmerz
Mario Gündel, geb. Binder und Hinterliebene

Einäckerung Montag, nachm. 3 Uhr, Blumenspenden dankend abgelehnt

Nach jahrelangem schwerem Leiden verschied am 10. Februar 1926 im Alter von 14 Jahren unser herzensguter Sohn und Bruder

Heinz
Leipzig, Elisenstraße 91, IV. I.
Familie Max Reinhart.

Die Einäckerung findet am Sonnabend, dem 13. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.



Gewerkschafts-Kartell Leipzig
Vollshaus, Zeitzer Str. 32, Büro 71231

Gewerkschaftliche Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung

Leipzig Tel. 70411. Geschäftzeit vorm. von 9-12 Uhr, nachm. 1/2-1/2 Uhr, Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Mittwoch, den 17. Februar, abends 1/2 Uhr

Jahres-Bezirk- und Branchen-Mitglieder- Versammlungen.

Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Komitees und Branchenleitungen.

Osten: Reichshof, L.-Volkmarsdorf, Elisabethstraße.

Westen: Gelenkeller, L.-Plagwitz Karl-Heine-Straße.

Norden: Gelenkhöfen, L.-Eutritsd. Seitengasse.

Zentrum-Süd: Vollshaus (Großer Saal).

Bauschlosser: Vollshaus (Nebensaal rechts).

Gelbmetsal: Vollshaus (Nebensaal links).

Schmiede: Vollshaus (Gartenbau).

Klempner: Vollshaus (Gartenbau).

Former: Vollshaus (Gartenbau).

Mechaniker: Vollshaus (Zimmer 1).

Werkzeugmacher: Vollshaus (Zimmer 2 und 3).

Graveure: Vollshaus (Zimmer 4 und 5).

Fellenarbeiter: Vollshaus (Zimmer 6).

Eintritt nur gegen Verbandsausweis.

Kollegen erscheint restlos!

→ Ausscheiden und in den Betrieb auch hängen! →

Ost. Montag, den 15. Februar, abends 1/2 Uhr: Funk-

Hör-Sitzung. Bernhardstr. 26. Tagesordnung:

Bericht und Stellungnahme zu den Kommunalwahlen. — Die

Funktionäre werden restlos erwartet.

Unsere Sparabteilung

verstärkt bis auf weiteres

Spargelder bei täglicher Ver- fügung mit 8 Prozent p. a.

Spargelder bei einmallicher

Rückgabe mit 10 Prozent p. a.

Einzahlungen, Kündigungen und Abhebungen können in jedem unserer Lebensmittel-Läden sowie werktäglich von 8-1/2 Uhr im Hauptkontor L.-Plagwitz, Jahnstr. 87, bewirkt werden.

Die Spargelder der organisierten Verbraucher gehören in die Sparabteilung des Konsumvereins, wo sie ausschließlich im Interesse der Verbraucher Verwendung finden.

Konsumverein L.-Plagwitz und Umgegend.

Hierdurch geben wir das nach nur fünfzigem Krankenlager erfolgte plötzliche Ableben unsres lieben Sohnes und Bruders

Martin Lorenz

im blühenden jugendlichen Alter von 19 Jahren bekannt und bitten um stilles Beileid.

L.-Volkmarstr., den 11. Februar 1926.

Die tiefgebeugte

Familie Otto Lorenz

Einäckerung Montag, vormittags 11 Uhr, im Krematorium. — Blumenspenden dankend abgelehnt.

Vorfrühlingssturm zerbrach ein junges Leben! Schmerlich bewegt liegen wir an der Bahre unseres Freunden und Jugendgenossen

Martin Lorenz

Mit ihm sank ein junger Streiter unserer Idee.

Sozialistische Arbeiterjugend Leipzig-Ost

Die Einäckerung erfolgt Montag, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhof. — Treffen zu der bei 10 Uhr M.-V oder 1/211 Uhr am Luisenhause

Donnerstag, den 11. Februar, verschied an den Folgen einer schweren Krankheit plötzlich und unerwartet unter lieber Genosse, der Parteifunktionär

Martin Lorenz

Die Sektion Neuschönfeld verliest in ihm einen hoffnungsvollen Streiter für den Sozialismus. Seiner in Ehren gedenkend

SPD-Sektion Neuschönfeld Die Genossen treffen sich zur Einäckerung Montag vormittags 11 Uhr am Krematorium.

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verschied am 11. d. M. unser Kamerad

Martin Lorenz

Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer unserer Idee. Ein letztes Frei Heil! bei unser Gruß.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Abteilung Osten.

Die Kameraden treffen sich Montag 11 Uhr auf dem Südfriedhof, Krematorium.

„Und das Licht scheint in der Finsternis“!

Jetzt kommt der große Kugelhammer und sprengt der Katakombe Ausschluß-Pompe — entwölft in der Moabiter Dunkellammer plötzlich nur bei Nacht des Urteils Bombe. Brax schliff das Halbteil man den „Händen“ und brach dem Volk zuliebe hier den Stab, indem den „Kopf“ man freiließ und von Senden diskret den Freipath wie den Jagdschein gab. Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen... (Wie Gruenewühlen, Verlust unentwegt.) Doch was zuviel ist, ist zuviel — jetzt kommt der Beben und — bald — bald wird gesagt!

Jetzt geht mit Grundels schon so manche Hose — denn die im Stich gelassenen Mörder werden wild! Jetzt läuft zusammen, ach, so manche Heldenpose — denn jetzt belichtet sich das Dunkellammergebäude! Jetzt scheint Licht in diese Finsternisse; was vor Gerichtsdruck im Dunkeln lag (so kriegt auch Mörderkundheit ihre Risse!), das bringt man nun durch Anderwande an den Tag — Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen — doch Schirrmanns Schwester und Frau Stein packt aus! Verraten und verkauft gressi wildend man zum Beben — jetzt wird enthüllt und jetzt — kommt's raus!!

Jetzt wird nicht mehr geschwiegen und gestottert — von den Verratenen wird die Presse informiert; es werden Staatsanwalt, Verteidiger bestellt, und die Zusammenhänge werden toskert. Jetzt laufen ob des Todesurteils Kränzungen — freiweg enthüllt man das Geheimnis wutentbrannt — die Spieler endlich auf aus der Verkettung, und blinde Wut gibt sie in unsre Hand! Behüt' dich Gott, es wär' so schön gewesen... jetzt hat der Untersuchungsausschuß Material! Ran an die Arbeit! Jetzt mit Eisenbogen den Untat endlich aus — und radikal!

Frank.

Die Militärfrage in Belgien.

Von Gust de Munck, Antwerpen.

Die Frage, ob eine sozialdemokratische Partei das Recht hat, die nationale Verteidigung des eigenen Landes zu unterstützen, ist wohl seit langer Zeit durch die Praxis der Arbeiterbewegung selbst entschieden worden. Es ist möglich, daß sich hier und dort einige jener Idealisten finden, die bestreiten, daß der Begriff der Nation für die Arbeiterklasse nicht bedeutungslos sei, und vielmehr behaupten, daß die Unterstützung der nationalen Landesverteidigung eine Stärkung und Erweiterung der Macht des Staates, „des Instrumentes der herrschenden Klasse“ bedeute.

Die sozialistische Arbeiterpartei Belgien war stets weit entfernt von diesen Diskussionen, die, losgelöst von den alltäglichen Lebenserfahrungen der Arbeiterbewegung, in der Hauptsache nur ein akademisches Interesse bieten. Die belgische Sozialdemokratie war immer eine Partei, die ihre Lebendigkeit mehr als den Notwendigkeiten der Realität, als aus überlebten Dogmen schöpft. Jedoch: die Notwendigkeit der Landesverteidigung anzuerkennen, bedeutet nicht die Forderung, daß das Land militärisch sei.

Fast jedermann in Belgien ist der Meinung, daß wir eine Armee nötig haben. Die Armee, oder, um es allgemeiner auszudrücken, die Militärfrage kann und soll nicht allein unter dem Gesichtspunkt ihrer numerischen Stärke, sondern vor allem vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft ins Auge gefaßt werden. Seit der Zeit, da die Sozialisten mit den Liberalen und Katholiken während des Krieges die Regierung der nationalen Verteidigung bildeten, besteht zwar eine Vereinbarung in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Armee, aber diese Einhelligkeit ist nicht mehr vorhanden, wenn es sich um die Regelung der militärischen Dienstzeit handelt, oder um die Frage, welche Summen die Nation für Militärwesen übrig haben dürfe. Der Krieg hat aus Belgien ein Land gemacht, das, um nicht mehr zu sagen, verschiedenfach militärische Illüren zeigt. Im Jahre 1919 z. B. haben wir für die Armee mehr ausgegeben, als Deutschland, obgleich die Stärke unseres Heeres auch nur 100 000 Mann betrug. Die Militärdienstzeit betrug zwölf Monate für die Infanterie, sieben für die Kavallerie und Gebirgsartillerie. In gewissen Kreisen beschäftigte man sich schon mit dem Gedanken einer nationalen Kriegsflotte, deren Kern in einer Torpedobootsflottille zu bestehen hätte. Und dies nach einem Krieg, der doch den Willen erzeugt haben sollte, das Monstrum des Militarismus zu töten.

Die belgische Arbeiterpartei hat eine lange antimilitärische Tradition, freilich ist dies kein Antimilitarismus, der sich in billigen Phrasen erschöpft. Der Aufstieg der Arbeiterpartei zur Staatsmacht hat sie augenblicklich vor eine neue und schwere Verantwortung gestellt, die ihre Praxis bestimmt. Als sie während der Jahre 1921/25 noch in der Opposition war, hatte sie nicht vermocht, das Ruhtabenteuer zu verhindern.

Es kamen die Wahlen vom 5. April 1925 und der Sieg der Demokratie. Das Wahlprogramm der Partei enthielt u. a. auch die Forderung, das Militärbudget und die Militärdienstzeit zu beschränken. Diese war schon von der ersten Koalitionsregierung auf zehn Monate für die Infanterie und dreizehn Monate für die Gebirgsartillerie und Kavallerie beschränkt worden; die Liberalen, Konservativen und Katholiken beielten sich nun seit dem Austritt der Sozialisten aus der Regierung, im Jahre 1921 diese bestehenden Verhältnisse wieder zurückzuverändern.

Man bestimmt sich noch sehr gut, wie kleinlich beim Zustandekommen des gegenwärtigen Ministeriums zwei Punkte behandelt wurden: die Finanzanierung einerseits und die Militärfrage anderseits.

Herr Restens, ein General, Adjutant des Königs, erhielt den Auftrag, in der demokratischen Koalitionsregierung der Sozialisten und Katholiken den Kriegsminister zu spielen. Man sagte ihm nach, er sei ein intelligenter Demokrat, begabt mit der Fähigkeit, sich den neuen Erfordernissen, die der Krieg in der Militärfrage geschaffen hat, anzupassen. Er wußte, daß ein Teil seiner Ministerkollegen sich seinen Wählern verpflichtet hatte, die Militärdienstzeit so schnell wie möglich zu reduzieren. Bei verschiedenen Gelegenheiten in der demokratischen Presse und in der Kammer hierüber befragt, wie er sich zu diesem Plan stelle, war die Antwort, daß er an der Abfassung eines Gesetzentwurfes arbeite, der die gesamte belgische Militärverfassung reformieren würde.

Der Kriegsminister begann damit, die Militärausgaben einzuschränken. Gewiß, er hat nicht all das getan, was man erwarten konnte, aber etwas fortgeschrittenlicher Geist war bei ihm zu verspüren. Er durfte auch nicht vergessen lassen, daß

General Restens Mitglied der Militärkaste sei und als ihr Chef bis zu einem gewissen Grade die Vorurteile und die ganze Ideologie dieser Kaste zu teilen habe. Gleichzeitig mit diesen Einschränkungen hob er die Hälfte der Kavallerie auf. Die leichten Manöver hatten ihre Überflüssigkeit zur Genüge bewiesen.

Trotz dieser Reformen waren die Sozialisten und die Demokraten keineswegs zufriedengestellt. Der sozialistische Abgeordnete Maithieu arbeitete einen Gesetzentwurf aus, der die völlige Umgestaltung der Militärvorstellungen des Landes bezeichnete. Dieses Projekt sah u. a. auch in bestimmten Abschaffungen, die Verkürzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate vor. Und zwar sollte die Klasse 1925 nicht mehr als zehn Monate dienen, die von 1926 neun Monate usw. Als der Vorschlag Maithieus bekannt wurde, fand er nicht die Sympathie von Herrn Restens, den auch die christlich-demokratischen Vorschläge nicht begeisterten, die eine Verkürzung der Dienstzeit auf acht Monate zum Ziel hatten.

Im Kabinett hat man sich zunächst dahin geeinigt, die Dienstzeit für die Jahrgangsklasse 1925 auf zehn Monate zu beschränken und einen endgültigen Gesetzentwurf für die anderen Jahrgangsklassen auszuarbeiten. Minister Restens hat geglaubt, diese Ausschaffungen nicht teilen zu können und ist zurückgetreten. Das bedeutet keineswegs eine Regierungskrise, da alle anderen Minister einig sind.

Die Frage, die sich nun aufdrängt, ist die: Wird der Nachfolger Restens wiederum ein Militär oder ein Parlamentarier sein? (Inzwischen ist mit der einstweiligen Vertretung des

Kriegsministers der Ministerpräsident Poulet beauftragt worden. Die Red.) Die reaktionäre Presse deutet schon auf neue Regierungskräfte hin und behauptet, daß die katholisch-sozialistische Koalition pleite sei.

Es hat den Anschein, als ob der König davon bestehne, daß ein hoher Offizier zum Nachfolger Restens werde. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre dies keinesfalls eine Lösung, die uns befriedigen würde. Das Militärbudget verlangt für 1926 die nette Summe von 500,8 Millionen Franken, das ist mehr, als das Wirtschafts-, Wohlfahrts-, Arbeits- und Justizministerium zusammen fordern. Mit Recht wehrt sich die Arbeiterklasse gegen diese beabsichtigte Geldverschwendug zu einer Zeit, wo man von ihr immer neue Opfer verlangt.

Wie all dem auch sei: der Nachfolger Restens wird die Verkürzung der Militärdienstzeit durchzuführen haben.

Wir beziehen auf den sechs Monaten: unsere Argumentation hat schließlich ihre Bestätigung während des Weltkrieges erhalten, wo es möglich war. Soldaten während vier Monaten auszubilden.

Rachschiff der Redaktion: Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß wir die Tendenz in dem Aufsatz unseres belgischen Mitarbeiters nicht restlos teilen. Die belgischen Genossen mögen vielleicht für ihre besondere Haltung in diesen Dingen psychologisch verständliche Gründe gehabt haben. Die Aufgaben, die der internationale Befreiungskampf des Proletariats in der Bekämpfung des Militarismus stellt, gelten für Belgien ebenso, wie für die anderen Länder.

Die sozialdemokratischen Anträge vor dem Landtag**Die Auflösung verschoben.**

168. Sitzung.

Donnerstag, 11. Februar 1926, nachm. 1 Uhr

In Erwartung eines „großen Tages“ sind die östlichen Tribünen überfüllt. Auf Vorschlag des Präsidiums beschloß zunächst das Haus, den an letzter Stelle auf der Tagesordnung stehenden kommunistischen

Antrag auf Auflösung des Landtags

zu erledigen zu behandeln.

Paul Böttcher begründete den Antrag und gab dabei allerlei gereimtes und ungereimtes Zeug über den sozialdemokratischen Landesparteitag zum besten, womit er wiederholte wahre Heiterkeitssätze erzielte. Böttcher behauptete auch, die Garantie bereits in der Tafel zu haben, daß die Kommunisten nach den Wahlen erheblich stärker in den Landtag einzehen. An die langen Ausführungen des kommunistischen Redners schloß sich dann noch eine einstündige Diskussion, die noch einmal dasselbe besagte und bei der große Unruhe im Hause vollständig unterging. Böttcher schloß unter den ironischen Bravorufen der Bürgerlichen.

Böttcher beantragte sofortige Schlußberatung, der jedoch von den Linksozialisten widersprochen wurde.

Genosse Menke:

Wer den Antrag der KPD und seine Begründung heute gehört hat, wird erstaunt sein über die Art und Weise, wie er gehalten ist, und sich ganz klar darüber sein, daß einzige und allein die Art des Vorgehens der Kommunistischen Partei geboren worden ist aus Agitationsgründen gegen die Sozialdemokratische Partei. Die Kommunisten glauben wieder einmal die Gelegenheit wahrnehmen zu müssen, durch eine solche Art ihres Vorgehens Wasser auf die Flammen ihrer Partei leiten zu können. Es muß doch geradezu lächerlich wirken, wie eine Handvoll Kommunisten im Landtag aufsteht und erklärt: Unsere Forderung — nämlich die Forderung der Kommunisten — läuft darauf hinaus, die Beschlüsse des Landesparteitags der Sozialdemokratischen Partei zu erläutern. Meine sehr geehrten Herren Kollegen von der Kommunistischen Partei, das lassen Sie nur bitte unsere Sache sein (Värm bei den Komm.) wie wir unsere Beschlüsse durchführen, um so mehr, da ja nur wir die Beschlüsse kennen. Sie nur irgend etwas aus den Fingern herausgesogen, in der bürgerlichen Presse Veröffentlichtes als Unterlage für ihr Raisonement nehmen. (Zurufe bei den Komm.)

Zur Sache selbst! Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Frage der Landtagsauflösung ist hinsichtlich allgemein bekannt. Hinsichtlich bekannt dürfte auch sein — soweit es noch nicht ist, will ich es hier erklären —, daß auch

die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion hier im Hause

vollständig einheitlich

ist (Zurufe bei den Deutschen Nationalen) und sich an die Seite der Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei stellt. (Hört, hört!) und Zurufe bei den Komm.) Wenn wir heute der sofortigen Schlußberatung widersprochen haben, so aus dem Grunde, daß auf der heutigen Tagesordnung so ungemein wichtige Dinge für den allergrößten Teil unserer sächsischen Bevölkerung, der Arbeiterschaft, stehen, daß

es geradezu frevelhaft wäre, ohne Beachtung dieser Not rein aus parteipolitischen Gründen heute zur Auflösung des Land-

tags zu kommen.

(Värm bei den Komm.) Unter Punkt 5 steht auf der Tagesordnung ein Antrag meiner Freunde Mittel herzulehnen, um Rostandsarbeiten für die ungeheure Masse der Arbeitslosen in Sachsen. (Schr. richtig! bei den Soz.) Ein weiterer Antrag fordert den Erlass eines Gesetzes für den Wohnungsbau. (Zurufe bei den Komm.) Es ist eigenartig, daß es gerade die Kommunisten sind, die sich in dieser Frage jetzt um die Deklaration bemühen, sie haben sonst immer gelagert: Was summert uns die Deklarationsfrage (Schr. richtig! bei den Soz.), hier muß geklöft werden, und jetzt mit einem Mal steht bei ihnen die Deklarationsfrage die Hauptfrage. (Zurufe, bei den Komm.) Auch in der Frage der Belastung von Wohnungen muß unbedingt und so schnell als möglich etwas geschehen. Auch bezüglich des Aktionsuntertages und der Ratifizierung des Washingtoner Abkommen, herkunft in der Masse der Arbeiterschaft der ältesten, kleinste Wille, hier unbedingt Maßgebendes zu schaffen. Trotz allerdem wäre es eine unverantwortliche Födilität von uns, wollten wir heute zur Auflösung des Landtages kommen.

Diese Anträge zu erledigen, und zwar so schnell wie nur irgend möglich, das ist die größte Aufgabe, die aus der Not der Zeit heraus geboren wird.

Zu dem Antrage der Kommunisten werden wir im Ausschluß im besonderen Stellung nehmen. Was aber die Auflösung der Kommunisten gegenüber meiner Partei betrifft, darüber soll hier auszulassen in dramatisierender Tönen, ist zwecklos. Wir fürchten den Wahlkampf nicht, und wir fürchten ihn auch insofern nicht, unter Beachtung der Stellungnahme der Kommunistischen Partei, sondern wir freuen uns auch auf den Wahlkampf gegenüber der Kommunistischen Partei. Dohne in diesem überhebenden Ton des Kollegen Böttcher zu reden, sage ich Ihnen: Bei Philippo sehen wir uns auch bezüglich der Stellungnahme der Kommunistischen Partei wieder. (Bravo bei den Soz.)

Der Deutschen Nationalen Beutler vermochte nicht einzusehen, was mit einer Beratung des Antrages im Ausschluß erreicht wer-

den sollte. Es könnte doch nur abgestimmt werden. Seine Partei-freunde lehnten ein Vertragsabkommen ab und erklärten deshalb, daß die Deutschen Nationalen die Landtagsauflösung ablehnen. Es müsse unbedingt erst noch der Staat verabschiedet werden.

In seinem Schlusswort sagte Böttcher davon, daß sich heute die ganz große Koalition von Beutler bis Menke gezeigt habe. (Gelächter im ganzen Hause.)

Die Verwaltung des kommunistischen Auflösungsantrags an den Reichstag wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Es muß aber noch eine zweite Lesung stattfinden. Die Kommunisten beantragten, daß sie noch heute stattfindet. Die Linksozialisten erhoben jedoch dagegen Widerstand. Es wurde beschlossen, die zweite Lesung auf die gegebene Zeit auf die Tagesordnung zu legen.

Als Vorsitzender der Präsidium die nächste Sitzung auf Dienstag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr, auberaumt, beantragt Böttcher, daß die zweite Lesung des Auflösungsantrages den ersten Beratungsgegenstand in dieser Sitzung bilden soll. Dies wird einstimmig beschlossen. Große Heiterkeit, in die auch die Kommunisten einstimmten.

Dann wurde in der Beratung der Tagesordnung fortgesetzt. Es wurde der Antrag Jähnig (Dem.) auf gebührten- und Stempelstreife Eintragung von Hypotheken, die zur Instandhaltung und Erholung von Wohnhäusern aus öffentlichen Mitteln angenommen, desgleichen ein Antrag Kunzlich (Dn. Sp.) wegen Anwendung der Kosten- und Stempelfreiheit (§ 176 des allgemeinen Baugesetzes) auch auf Handwerkerbaugenossenschaften.

Weiter wurde in Erledigung eines Antrages Rölli (D. Sp.) beschlossen, bei Ausnahme von Reparaturhypotheken jede Eintragungs- und Stempelstrophe wegfallen zu lassen. Die Kosten für Hypothekenintragung und die Stempelgebühren sollen angemessen herabgesetzt werden. Dagegen wurde der weitere Antrag auf Förderung des Realkredits die Eintragung der Grundschuld nach § 7 des Aufwertungsgesetzes gebühren- und Stempelstreit erfolgen zu lassen, abgelehnt.

Dann verabschiedete das Haus den Gesetzentwurf über die Einführung des Personalabbaues. Die Regierung wurde ersucht, von der Rücksicht der verhältnismäßigen Beamten gemäß Artikel 14 der Reichspersonalabbauberechtigung keinen Gebrauch mehr zu machen und in diesem Sinne auch auf die Gemeinden einzutwirken.

Die Einstellungen bei Kap. 8 des ordentlichen und bei Art. 10 des außerordentlichen Haushaltplanes (Staatsliche Straßenbahnen und Kraftwagenlinien usw.) wurden genehmigt. Ferner wurden antragsgemäß bewilligt 4 Millionen Mark für Kapitalbedarf des staatlichen Kraftwagenunternehmens.

Es folgten

die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und zum Wohnungsbau usw.

Bekanntlich wird gesordert, 10 Millionen Mark zur Linderung der Not der Erwerbslosen den Gemeinden und Rostandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Eine gleiche Summe soll zur Verfügung gestellt werden zur Unterstützung der durch die allgemeine Wirtschaftskrise in Not Geratenen.

Zur Welschaffung der erforderlichen Mittel wird weiter beantragt, durch Gesetz die Säge der Grund- und Gewerbe steuer bis zur Neuregelung der Steuergesetze um 20 Prozent zu erhöhen.

Zur sofortigen Inangriffnahme des Wohnungsbau es sollen zunächst 30 Millionen Mark für die Gemeinden und Körperschaften, die den Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage betreiben, verfügbare gemacht werden. Endlich wird der Abstundentag als Normalarbeitsstag für alle Staatsbetriebe usw. geordnet und für die Rationalisierung des Washingtoner Abkommen eingetreten.

Genosse Uetz:

Bei der Beratung des Antrages über die sofortige Auflösung des Landtages sind über diese Anträge die verschobenen Abstundungen geäußert worden. Es war höchst interessant, daß bei der Ablehnung des Antrages zur Auflösung des Landtages eine Gemütsbewegung vorhanden war, in die auch die Deutschen Nationalen eingeschwungen ist. Die Tatsache jedenfalls besteht, daß Sie ganz genau wissen, daß

die Tage dieses Landtages gezählt sind (Abg. Dr. Senfert: Selbstverständlich) und daß sie aus der Tatsache heraus, daß hinter dieser Koalitionsregierung tatsächlich nicht mehr die Sozialdemokratische Partei steht, ohne weiteres von selbst die nötigen Schlüsse zu ziehen hätten. Sie spekulieren bloß noch auf gewisse Leute, von denen man dann, wenn die Spekulation eintrete, weiß, die geringste Sichtung als Mensch mehr haben würde (Zurufe b. d. D. Sp.: Er ist rot! Das sind Männer!), erst recht nicht vom bürgerlichen Standpunkt aus.

Die Spekulation ist falsch, die etwas dagegen, daß die Anträge nur von den sogenannten Linksozialisten gestellt worden sind. Sie wissen, daß hinter diesen Anträgen die gesamte Sozialdemokratische Fraktion steht, und ich möchte dabei auch noch betonen, damit keine Unklarheit aufkommt, daß die drei Minister, die zu gleicher Zeit sozialdemokratische Abgeordnete sind, nur aus ganz bestimmten Gründen ihren Namen nicht unter die Anträge gesetzt haben, daß sie aber bei einer Abstimmung über diese Anträge auch diesen Anträgen ihre Zustimmung geben. (Schr. richtig! b. d. Soz.)

Schon mein Konkurrenzkollege Menke hat darauf hingewiesen, warum wir der heutigen Auflösung des Landtags nicht zustimmen können. Ich habe in meiner Erklärung darauf hingewiesen, daß jetzt ein Problem da ist, das schlecht hin ist, und das ist die durchbare Frage:

Was können wir tun zur Hebung der Erwerbslosigkeit?

Das ist die Frage, und weil uns daran liegt, daß jetzt unbedingt etwas geschieht, so sagen wir, daß es gar nicht darauf ankommen kann, daß dieser Landtag nicht die Arbeiten beenden kann, die er mit seinen Anträgen noch bekommt. Wir wollen, daß die Stellung des Bürgertums bezüglich dieser Anträge vor dem ganzen Lande festgelegt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Weil nur Tausende und über Tausende durch diese Wirtschafts-
lage in die furchtbare Not geraten sind, haben wir uns ver-
anlaßt, einen Antrag einzubringen, der wenigstens dieser
Wirtschaftskrise steuern will, und zwar wenigstens im Anfang; denn es ist ja unmöglich, daß man etwa die ganze Wirtschaftsteile
durch bestreiten könnte. Wir haben deshalb gefordert, daß zur
Linderung der Not der Erwerbslosen den Gemeinden 10 Millionen
Mark für die Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen sind,
und zwar soll sich die Verteilung der Mittel an die einzelnen Ge-
meinden nach dem Stande der Erwerbslosenzahl vom 15. Januar
1926 richten.

Und nun noch eine kurze Ausführung zur Ausbringung
der Mittel. Es ist selbstverständlich, daß auch andre Kreise bei
der augenblicklichen Lage, die wir haben, Not leiden. Selbst wenn
man diese Notlage der Landwirtschaft, bei den ländlichen kleinen
Gewerbetreibenden usw. zugeben möchte, so muß man doch immer
wieder betonen, daß diese Not nicht im erstenmaßen zu vergleichen
ist mit der Not der breitesten Schichten des Volkes. (Sehr wahr!
bei den Soz.) Ich bitte Gelegenheit zu geben, daß diese Anträge
noch vor der Auflösung des Landtages erledigt werden. Die Ar-
beiter draußen im Lande werden uns verstehen. Deshalb führen
wir auch die kommunistische Agitation in keiner Weise. Bei der
Beratung im Ausschuß wird sich zeigen, wie das Bürgertum zur
Vollgemeinschaft steht, ob es bereit ist, die allgemeine Notlage
zu beobachten oder ob alles nur schöne Redensarten waren.

Wenn unsre Anträge durchgeführt werden, dann hat die Re-
gierung etwas getan, das auch wie mit gutem Gewissen unter-
scheiden können. Wenn die bürgerlichen Minister das nicht können,
so erwarten wir, daß sie sofort die Konsequenzen ziehen, und ihnen
Abstimmung erläutern. (Bravo! bei den Linksoz.)

Der Deutschnationale Kunzlich begründete einen Antrag, bei
der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Mittel der produ-
ktiven Erwerbslosenfürsorge und die zur Verfügung stehenden Son-
dermittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auch zur Förderung
des Wohnungsbauers durch Gewährung von ersten Hypotheken ver-
wendet werden können, um durch Streitung der für den Wohnungsbau
aus den Einkünften der Mietzinssteuer bereitgestellten Mittel
in größerem Umfang die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleich-
zeitig den Wohnungsbau zu fördern.

Daraus erhob sich der neue sächsische Finanzminister Dr. Dehne,
um ausführlich auf Arzis Rede zu antworten. Er sagte, die Aus-
führungen Arzis könnten den Eindruck erwecken, als ob der Staat
bisher zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit überhaupt nichts getan
hätte. Dasselbe müsse der Staat bei der Unterstützung der Erwerbs-
losen mit einer Summe von 10 bis 50 Millionen Mark rechnen.
Der in den Anträgen zur Mittelbeschaffung angegebene Weg ist
nicht gangbar und führt auch nicht zum Ziele. Die geforderten
50 Millionen Mark für den Wohnungsbau sind einfach nicht vor-
handen und in der kurzen Zeit, die uns Arzt bewilligen will, auch
nicht aufzubringen. (Arzt: Geben Sie sich nur Mühsel!) Man
sollte doch erst das neue Mietzinssteuergesetz abwarten. Wahrscheinlich werden in Sachsen für 1928 aus der Mietzinssteuer dem
Wohnungsbau 50 Millionen Mark zugeführt werden können.

Herr Bötticher erklärte für die Kommunisten, daß sie die
sozialdemokratischen Anträge stützen, sich aber vorbehielten, im Aus-
schuß noch wichtige und notwendige Verbesserungen zu verlangen.

Der Sprecher der Volkspartei, Blüher, war geschmacklos
genug, die Ausführungen Arzis als agitatorische und demagogische
Phrasen zu bezeichnen. Die politische Bedeutung der An-
träge liegt darin, daß man sie als Sprengungsanträge bezeichnet,
deren Zweck es ist, die Koalition zu sprengen. Am
Schluß versprach Herr Blüher aber doch, sich im Ausschuß be-
mühen zu wollen, aus den Anträgen etwas Vernünftiges heraus-
zubringen.

Der Deutschnationale Hofmann erklärte die sozialdemo-
kratischen Anträge für unannehmbar und den Demokrat Dr.
Schozki konnte als begeistertes Koalitionshänger selbstver-
ständlich erste recht nicht anders, als zu verurteilen, daß „partei-
politische Wünsche“ gedeckt werden sollen durch die Not der Erwerbs-
losen“.

In seinem Schlusswort rechnete

Genosse Schwarz

swohl mit den Bürgerlichen, namentlich mit Herrn Blüher, als
auch mit den Kommunisten, sowie mit dem Finanzminister gründlich
ab. Noch einmal kennzeichnete Schwarz die gegenwärtige Situation
dahin, daß die Sozialdemokratische Partei einmütig dasteht. (Leb-
haftes Zurufe bei den Bürgerlichen und bei den Kommunisten.) Es
kommt dabei auf die Hunderttausende von Mitgliedern der Sozial-
demokratischen Partei, nicht auf einzelne abweichende Stimmen in
der Fraktion an. (Aha-Rufe.) Die Fraktion hat sich für
die Landtagsauflösung noch in diesem Quartal eingesetzt.
Die Mitglieder haben ihr Ehrenwort gegeben. Wenn die Lage ernst ist, ist die Sozialdemokratie immer einig.
Die Fraktion ist sich einig darin, den Landtag zur gegebenen Zeit
aufzulösen. Wenn wir das jetzt noch nicht tun, so deshalb, weil
sich die Verhältnisse in den letzten Wochen so außerordentlich ver-
schoben haben, so daß es unbedingt nötig ist, zunächst gewisse Auf-
gaben zu erledigen. Lehnen Sie (zu den Bürgerlichen) unsern An-
trag ab, dann tragen Sie die Verantwortung! (Lebhafte Be-
fall bei den Linksoz.)

Die Anträge werden hierauf zur Weiterberatung den zustän-
digen Ausschüssen überwiesen.

Gewerkschaftsbewegung.

Weiteres Steigen der Erwerbslosigkeit.

SPD. Das Reichsarbeitoministerium gibt die Zahl der unter-
stellten Erwerbslosen für den Stichtag des 1. Februar
mit 2.030.000 gegenüber 1.767.000 am 15. Januar 1926 an. Darunter befinden sich 1.723.000 männliche (am 15. Januar 1.155.000)
und 257.000 weibliche (am 15. Januar 212.000). Die Zahl der Zu-
schlagsempfänger steigerte sich für die Zeit vom 15. Januar bis zum
1. Februar 1926 von 2.090.000 auf 2.359.000.

Die Statistik reicht zum ersten Male auch die arbeitslosen
Angestellten. Die Zahl dürfte sich allein dadurch um min-
destens 90.000 bis 110.000 gesteigert haben. Außerdem ist das End-
ergebnis der statistischen Erhebung dadurch ungünstig beeinflußt
worden, daß sich die Unterstützungszeit von 26 auf 39 bzw. 52 Wochen
verlängert hat.

Im großen und ganzen ist damit zu rechnen, daß die Ver-
schärfung auf dem Arbeitsmarkt ungeheuer am 1. Februar ihren
Höhepunkt erreicht hat. Damit stimmt überein, daß die einzelnen
Landesarbeitsämter für den bisherigen Verlauf des Monats
Februar einen, wenn auch geringfügigen Rückgang der Arbeits-
losenzahlen melden.

Wie geben uns nicht der optimistischen Hoffnung des Soziald.
Preisdienstes hin, daß der Höhepunkt der Erwerbslosigkeit am
1. Februar erreicht sei. Wenn auch durch Wiederaufnahme der Ar-
beit in den Außenberufen ein Teil Erwerbsloser in den nächsten
Tagen und Wochen wieder Beschäftigung finden wird, so ist doch
andererseits die Erwerbslosigkeit in anderen Berufen, vor allem in der
Metall-, Textil- und Holzindustrie immer noch im starken
Wachsen begriffen. Das zeigen die an anderer Stelle unserer Zeit-
ung veröffentlichten jährlichen Erwerbslosenziffern. Aus ver-
schiedenen Bezirken des Reiches lauten die Meldungen über den Stand
auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls nicht günstig. So wird aus Düssel-
dorf gemeldet, daß die niederrheinische Flachsspinner in
Düren wegen der ungünstigen Wirtschaftslage der gesamten
Arbeitschaft, etwa 480 Arbeitern, gefündigt hat. Es soll keine
Ausflüchte bestehen, das Werk vor Ablauf eines Werkjahrs wieder
in Betrieb zu legen. Ähnliche Mitteilungen über Betriebsbe-
schränkungen, Stilllegungen und Arbeitsentlassungen werden täg-
lich durch die Telegraphenbüros verbreitet. Eine Wendung zum
besseren kann erreicht werden, wenn die Kaufkraft der breiten Masse
gehoben, Mittel für Wohnungsbau und andere öffentliche Arbeiten
möglich gemacht und die Wirtschaftslabore günstiger Unternehmern
stellt zur Erzielung vom Lohndruck und Verschlechterung der Ar-
beitsbedingungen gebrochen wird.

Schwache kommunistische Erwerbslosendemonstration.

SPD. Am Donnerstagabend veranstalteten die Berliner
Kommunisten mehrere Erwerbslosendemonstrationen, an denen von
den mehr als 200.000 Berliner Arbeitslosen nicht einmal 4000 teil-
nahmen. Die Demonstranten jagen u. a. vor das Berliner Rathaus
und das Bundeshaus des ADGB. Sie wollten hier angeblich
mit den zuständigen Instanzen über eine Aktion gegen die Erwerbs-
losennot verhandeln. Alle Erfahrungen lehren aber, daß die kom-
munistischen Führer in ähnlichen Fällen ihren Anhang zu Täglich-
keiten missbraucht haben, so daß schließlich die Polizei zur Abwehr
eingesetzt werden mußte. Der Berliner Polizeipräsident hat des-
halb, um neues Unheil der kommunistischen Führerschaft zu ver-
hindern, am Donnerstag sowohl dem Berliner Rathaus als auch
dem Bundeshaus des ADGB polizeilichen Schutz angeboten lassen.
Er hatte hierzu um so mehr Veranlassung, als er vor wenigen
Wochen bekanntgeworden war, daß die Kommunisten eine Erwerbs-
losendemonstration zu einem Angriff auf das Vorwärts-Gebäude
missbrauchen wollten.

Die Demonstrationen sind durchweg ruhig verlaufen.

Provokation des Reichstages u. der Eisenbahner.

Der Konflikt wird auf die Spiege getrieben.

Auf Einladung des württembergischen Industrie- und Handels-
tages sprach in Stuttgart Staatssekretär a. D. und Mitglied
des Direktoriums der Reichsbahngeellschaft Stiebler über Reichs-
bahngesellschaft und Reichsausflug. Er führte n. a. aus, daß eine
Aufhebung der Schäfte der unteren Gruppen unmöglich sei. An
48 Prozent von allen Orten liegen die Löhne der Reichsbahnarbeiter
über denen der Privatindustrie. Es erscheine absolut notwendig,
daß die Reichsbahn von der Bindung an die Gehaltsordnung des
Reiches loskomme. Es sei ein großer Unterschied, ob man bei der
Bildungsleistungserklärung eines Schiedspruches einen Privatbetrieb oder
die Reichsbahn vor sich habe, deshalb habe die Reichsbahn die Ju-
ständigkeit des Arbeitsministers zur Verbindlichkeitserklärung von
Schiedsprüchen angelebt.

Die Rede des Herrn Stiebler dürfte ein wohlüberlegter Vorstoß
gegen den Reichstag und die Eisenbahnerorganisationen sein und ist
als eine unverhüllte Provokation auszufassen. Sie erhält noch ein
Riefel dadurch, daß sie auf dem württembergischen Industrie- und
Handelstag gehalten worden ist. Die Reichsbahngeellschaft, das zeigt
die Stuttgarter Rede des Herrn Stiebler mit aller Deutlichkeit, geht
aufs Ganze. Sie will los von jeder Kontrolle durch Regierung und
Parlament, los von der Gehaltsordnung des Reiches, los von der
Schlichtungserklärung, los von allen gesetzlichen Bindungen und
Vorstellungen. Es ist eine Dreistigkeit ohnegleichen, daß ein nam-
hafter Vertreter der Reichsbahngeellschaft auf einmal entgegen den
bislangigen Erklärungen feststellt, daß die Mehrzahl von 11 Mil-
lionen von der Reichsbahn wohl aufgebracht werden kann, aber ihre
Bewilligung abzulehnen sei, weil die Löhne der Reichsbahnarbeiter
bereits höher sein sollen als die entsprechenden Industrielöhne. Herr
Stiebler lädt die Räte aus dem Saal. Er zeigt mit brutaler Offen-
herzigkeit, daß die Reichsbahngeellschaft sich nur als Werkzeug der
Industriegewaltigen fühlt, die die Eisenbahnarbeiterlöhne als Druck-
mittel gegenüber den Industriearbeiterlöhnen benutzen wollen.

Es ist Zeit, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahngeellschaft
zur Ordnung gerufen wird. Aus diesem Grunde muß vor allem die
öffentliche Meinung, vor der allein noch die Reichsbahngeellschaft
stehlt zu haben scheint, aufgerüttelt werden. Das ist auch die
Auffassung der Zeitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, dessen
Vorsitzender Genosse Scheffel am Donnerstagabendmittag vor einem
Teil der Berliner Presse ein Bild über den Lohnkonflikt gab und
dabei mit allem Nachdruck auf die drohende Explosion hinwies, die
eines Tages bei der Hafthaftigkeit des Verwaltungsrates im Deut-
schen Reichsbahnbetrieb losbrechen muß. Scheffel ist der
jetzigen Überzeugung, daß die Reichsbahn in der jetzt angestrengten
Klage der Organisationen kollektivisch verurteilt wird. Aber er
gibt sich darüber keiner Täuschung hin, daß die Reichsbahngeell-
schaft den Konflikt auf die Spiege treibt. Wenn es insgesamt zu
einem Großteil im Reichsbahnbetrieb kommt, trifft die Reichs-
bahnverwaltung die volle Verantwortung.

Die Ortsverwaltungswahlen im Holzarbeiter- Verband.

Bei den diesjährigen Wahlen zur Ortsverwaltung wurden die
Kollegen Hahn als erster, Wittig als zweiter Vorsitzender und
Kraatz als Kassier mit 938, 956 und 988 Stimmen wiedergewählt.
Als Beisitzer wurden gewählt: Wachtelborn mit 942, Kühn 884, Schmidt 880, Wagner 888, Pöhl 861, Lieb-
holz 859, Voehrt 826 und Baumgarten mit 709 Stimmen.
Zu Revisor wurden Hartung, Biermann und Naumann mit je
1021 Stimmen gewählt.

Sämtliche Gewählten gehören der Amsterdamer Richtung an.
Drei kommunistische Kollegen, deren Übernahme auf die Vorschlags-
liste die Versammlung abgelehnt hatte, erhielten, trotzdem die Kom-
munisten die Arbeitslosen und die Versammlungsteilnehmer mit
Flugblättern bearbeitet hatten, 97, 98 und 102 Stimmen. Es ist
also ein merklicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.
Dem Vorsitzenden, Kassierer und den Revisoren halten die Moskauer
unter dem Zeichen der Einheitsfront Kandidaten überhaupt nicht
entgegengestellt.

Die Versammlung war weit stärker besucht, als Stimmzettel
abgegeben wurden. Dieses ist darauf zurückzuführen, daß zahlreichen
Mitgliedern die Stimmzettel verwirkt werden mußten, weil sie
entweder keinen Mitgliedsausweis bei sich hatten oder mit den
Beiträgen im Rückstand waren.

Gehaltsbewegung im Buchhandel.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:
Die Angestelltenorganisationen hatten zum 31. Dezember 1925
das Gehalts- und Arbeitszeitabkommen ausgesondert. Bezuglich
der Arbeitszeit sollte eine Neuregelung herbeigeführt werden, die
für die Mehrarbeit die Garantie enthält, daß Mehrarbeit nur im
sozialistischen Bedarfssinne verlangt wird. Bei der bisherigen
Arbeitszeitregelung ist es leider so gewesen, daß insbesondere im
Zwischenbuchhandel eine Reihe Betriebe dauernd Mehrarbeit bis
zu 53 Stunden ohne Bezahlung verlangt haben. Deshalb ging auch
die weitere Forderung der Angestelltenverbände dahin, jede unge-
lastete Mehrarbeit über 48 Stunden zu bezahlen. Der Schicht-
tauschausatz hat in dem Verfahren eine Entscheidung getroffen,
die die Angestelltenorganisationen abgelehnt haben, weil sie unzu-
reichend war. Im Schiedspruch war die Mehrarbeit wieder bis
zu 50 bzw. 51 Stunden ohne Entschädigung zugelassen. Die darüber
hinausgehende Mehrarbeit sollte nur als Arbeitsstunde abgezogen
werden. Ebenso waren die Gehaltsforderungen abgelehnt worden.
Da sich die Vertragsparteien schon seit vielen Monaten in Ver-
handlungen über den Manteltaschentag befinden und bis heute
noch kein endgültiger Abschluß vorliegt, hat der sächsische Schlichter
den Vertragsparteien vorgeschlagen, ein Schiedsgericht einzurufen,
das alle strittigen Fragen behandeln soll. Beide Parteien haben
dem zugestimmt. Die Verhandlungen werden am 18. Februar auf-
genommen werden.

Unterarbeiterliche Bezahlung von Stickerinnen und Näherinnen.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird uns ges-
chrieben:

In den Leipziger Neustadt Nachrichten werden Stickerinnen,
Weiß- und Höhlsäumnerinnen gelobt; Meldung soll Kohlarten-
straße 47 erfolgen. Es kann sich hierbei nur um die Firma Höf-
ler u. Tisch handeln, welche trotz allgemein verbündlichen Tariffs
seine richtigen Löhne zahlt und leider Kolleginnen gefunden hat,
die ihren Klassengenossen durch billigeres Arbeiten in den Rücken
fallen. Die alten Arbeiterinnen, die eine Klage auf Bezahlung von
Tariflohn zurückgezogen und sich zur Arbeit unter Tariflohn bereit
gestellt hatten, sind trotzdem von der Firma aufs Straßenplakat
geworben worden. Die Firma stellt Arbeiterinnen zu einem
Stundenlohn von 29 bis 30 Pf., ein, während der Tariflohn 48 bis
174 Pf. beträgt, und lehnt sich nicht, allen Arbeitern ein
Schriftstück zum Unterzeichnen vorzulegen, worin sich mit den
gezahlten Löhnen einverstanden erklären und sich verpflichten, die
Firma niemals wegen der tarifmäßigen Löhne zu verklagen. Eine
derartige Zumutung muß von jeder ehrlichen Kollegin mit Ent-
räumung zurückgewiesen werden, wenn sie sich nicht außerhalb der or-
ganisierten Arbeiterschaft stellen will. Es besteht aber auch die
Vermutung, daß die sich eine Meldung für die Firma Höfller
hohlsäumnerne, Neudnit, Konstantinstraße 8, aufstellen
möchten werden sollen. Bei dieser Firma sind die bisherigen
Arbeiterinnen um einen großen Teil ihres Arbeitslohns geson-
nen. Es sind Lohnneinbußen bis zu 60, 80 und über 100 Mt. zu
verzeichnen. Alle Maßnahmen sind außer an die Leipziger Stadtbank
noch mehrmals verpfändet, ebenso die kostbare Wohnungseinrichtung
und dergleichen; Höfller gehört kein Knopf.

Wir warnen alle Kolleginnen, welche nicht das Schätz der
andern teilen und wochenlang trost der schönen Versprechungen
umsonst arbeiten wollen, bei der Firma Höfller in Arbeit zu treten.

Unsere
Konfirmations-
Anzüge
sind führend
in Stil,
Qualität und
Verarbeitung

Konfirmanden-Anzüge dunkelbl.
gute strapazierfähige Qualität.
Gr. 38 38,50 34,00 28,50 25,00 **23,50**
Jünglings-Jackett-Anzüge aus harzigen, strapazierfähigen Stoffen.
hell und dunkel. Größen 38-42. **20,00**
Jünglings-Jackett-Anzüge in vielen artvollen Mustern, halb-
dunkle Stoffe. Größen 38-42. **34,00**
Hüte 6,50, 5,50 4,25
Oberhemden 6,50 4,90
Vorhemden 6,50 4,50

Jünglings-Jackett-Anzüge
alte Qualitäten, moderne For-
men, hohe Verarbeitung, Gr. 38 **45,00**
Norfoll-Anzüge blau Melton, Gr. 8 31,50 28,00 **23,50**
Norfoll-Anzüge blau Kammgarn, Größen 8
31,00 48,00 43,00 40,00 **37,00**
Konfirmanden-Anzüge dunkelblauer Kammgarn, Gr. 38
67,00 64,00 60,00 56,00 **45,00**
Schleifen 85, 65 45,-
Stehkragen 45,-
Steh-Amlegkragen 60,-

Jünglings-Jackett-Anzüge
in modernen braunen Nadel-
streifen, flotte Form, Größe 38 **28,50**
Jünglings-Jackett-Anzüge
Nadelstreifen in braun u. blau
eigene Verarbeitung, Größe 38 **38,50**
Jünglings-Jackett-Anzüge
reinw

Der Betrieb bleibt vom Verband so lange gesperrt, bis die rechtlichen Löhne bezahlt sind.

Auch die Firma Stabenau u. Co., Frankfurter Straße 6, bezahlt keine tarifmäßigen Löhne. Deshalb wird beim Gewerbege richt gestagt. Die Firma hat die Kolleginnen, welche fest blieben, auf die Straße geworfen. Der größte Teil, darunter die früher am radikalsten Austrittenden, haben die Klage zurückgezogen und leisten jede Woche beim Unternehmer höchstlich Verzicht auf den zuwenig erhaltenen Lohn. Dieses unvördliche Benehmen soll hiermit tiefergehängt werden.

Alle Kolleginnen werden im eigenen Interesse ermutigt, die drei Musterbetriebe zu meiden.

Bedenken des Unternehmers.

SPD. Essen, 11. Februar.

In der Donnerstagssitzung der Tarifgemeinschaft für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie wurde über das von Arbeitgeberseite geforderte gesündigte Lohnabkommen verhandelt. Die Arbeitgeber forderten eine Herabsetzung der Löhne der Hilfsarbeiter von 55 auf 50, der Facharbeiter von 70 auf 65 Pf., eine Abschaltung der festen Zusagen der Altstandarbeiter von 14 bzw. 16 Pf. auf 9 bzw. 11 Pf. Sie schlugen vor, eine neue Vereinbarung über den Urlaub ohne Rücksicht auf den Kehmentarif zu treffen. Die Gewerkschaften beantragten Vertragung der Verhandlung, damit sie mit den Kreisen der Mitglieder zu den Forderungen der Arbeitgeber Stellung nehmen könnten. Fortsetzung der Lohnverhandlungen am 18. Februar.

Kongress der Bergarbeiterinternationale.

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat für den im August in Krakau stattfindenden Internationalen Kongress der Bergarbeiter folgende Tagesordnung festgelegt: Grubenstreich, ungelernte Arbeiter im Bergbau, Arbeiterversicherung, Pensionen, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit- und Lohnfragen, bezahlter Urlaub. Über die Frage der Nationalisierung wird das Komitee dem Kongress eine Entschließung vorlegen.

Deutsche Bergarbeiter für den holländischen Bergbau. Das Landesarbeitsamt Westfalen hat die Erlaubnis zur Anwerbung von Bergarbeitern für den holländischen Bergbau erhalten. In erster Linie kommen Steinbrüche in Betracht, die für die Zechen Mauritz in Gelede bei Sittard vorgesehen sind. Familienwohnungen sind vorhanden, und zwar in der Art der weissrussischen Siedlungswohnungen mit drei bis vier Räumen und Stoffung und Garten. Sie sind zum 1. April beugsfertig. In der Zwischenzeit erfolgt die Unterbringung in Privatquartieren. Am Papieren sind mitzubringen eine Bekleidung über eine ununterbrochene vierjährige Hauftätigkeit und die üblichen Arbeitspapiere. Vorherige knapphafts-ärztliche Untersuchung ist vorgeschrieben.

Auch in Holland große Arbeitslosigkeit. Die Aufhebung des niederländischen Passions hat einen starken Zuzug deutscher Arbeitskräfte nach Holland zur Folge gehabt. Von amtlicher holländischer Seite wird deshalb nochmals mit Nachdruck darauf verwiesen, daß auch in Holland große Arbeitslosigkeit herrscht und kein Arbeitgeber einen Ausländer einstellen darf, wenn für die im Betracht kommende Stellung noch arbeitslose niederländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Anschluß an die Transportarbeiter-Internationale. Die britisch-indische Eisenbahngewerkschaft mit dem Sitz in Kalkutta hat sich jetzt der Transportarbeiter-Internationale angeschlossen. Die Organisation zählt 50 000 Mitglieder.

Aus der Umgebung.

SPD. Unterbezirk Wurzen-Grimma-Oschatz.

Anträge zum Unterbezirksparteitag am 14. Februar 1926 in Oschatz:

A. Der Unterbezirksvorstand beantragt, der Unterbezirksparteitag wolle beschließen: Im Unterbezirk Wurzen-Grimma-Oschatz wird trotz Anerkennung des Bezirksturms bezüglich des Kassenwesens und der Abführung der Beiträge nach dem bisherigen Modus weiterverfahren. Die Ortsvereine sind demnach nach wie vor verpflichtet, von den vereinbarten Beiträgen 80 Prozent an das Bezirksssekretariat Leipzig abzuführen. Dem Unterbezirkssektorat stehen nach den im Bezirk gestellten Bestimmungen 15 Prozent der Gesamteinnahme an Beiträgen zur Verfügung. Die Kosten für Delegationen innerhalb des Unterbezirks sind aus der Kasse des Unterbezirks zu bestreiten."

B. Antrag zur Pressefrage.

Seit dem 1. Juli 1922 hat die politische Bewegung im Unterbezirk Wurzen-Grimma-Oschatz einen glänzenden Aufstieg genommen. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Organisationen haben eine bedeutende Stärke erreicht. Neben der innerstädtischen organisatorischen Kleinarbeit ist das ganz besonders der Volkszeitung für das Muldental zuzuschreiben.

Die Volkszeitung für das Muldental steht in politischer Beziehung durchaus auf der Höhe. Abgesehen vielleicht von verschiedenen parteitaktischen Mitteilungen, gibt die politische Haltung der Volkszeitung für das Muldental zur Kritik kaum einen Anlaß.

Durch die Beilage der Sonntagsbeilage und der Kinderzeitung ist der Wert des Blattes noch weiter verbessert worden. Der umfangreiche Teil der örtlichen und kommunalen Berichte, wie auch die Bekleidung der Frauenbeilage, des sportlichen Teils und des Feuilletons verdienen volle Anerkennung.

Der Unterbezirksparteitag wendet sich deshalb mit großer Entschiedenheit gegen die neuerlichen Ansichten, die Volkszeitung für das Muldental zu befehligen und völlig zwecklose Experimente zu versuchen. Der Unterbezirksparteitag erwartet bestimmt, daß solchen Plänen, sei es, den bewährten Kopf des Blattes obzuwerfen, den Abonnementpreis zu erhöhen, oder den Zeitpunkt des Drucks und der Herausgabe zu verändern, in keiner Weise Vorschub geleistet wird.

Womit irgendwie noch Unzufriedenheit herrscht, so liegt das nicht an der Volkszeitung für das Muldental, sondern an den obwaltenden Verhältnissen und an der Rückständigkeit der Arbeiterschaft.

Der Gesamtvorstand des Unterbezirks Wurzen-Grimma-Oschatz.

Veständiger Rede unter den Versammelten kommunistische Partei-propaganda zu machen. Herr Schmidt ist der Liebertwolfsmüller Einwohnerkreis bekannt, er hat schon zur Reichspräsidentenwahl die gleiche kommunistische Welle heruntergesiegt. Selbstverständlich durfte man es nicht versäumen, drei Resolutionen einzubringen: für Außlanddelegationen, Bildung eines Einheitskomitees für Ämtern-entzessung und Auflösung des sächsischen Landtags.

Gemeine Grünthal hat es nicht versäumt, in seinem Schlusswort einmal ganz gründlich mit jenen Helden der KPD abzurechnen. Die Abstimmung über die Resolutionen zeigte, daß die Anwesenden überhaupt kein Interesse für derartige kommunistische Maßnahmen haben. 80 Prozent der Versammelten enthielten sich der Stimme. Groß war die Erwartung darüber, daß die Anhänger der KPD, die dem Referenten als Daus für seine mustergültigen Ausführungen noch Prügel anboten. Hoffentlich kommen die Erwachsenen von Liebertwolfsbüch zu der Einsicht, daß sie vor derartigen Helden eine Belustigung ihrer sehr ernsten Lage nicht erwarten können.

Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 13. Februar. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerik. Metallmeldungen des Vorabends. 11 Uhr: Deut. Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Metalle amtlich und Del Rio. 11.30-12 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. 12 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 3.30 Uhr. 12.15 Uhr: Fortsetzung der Leipziger Mehamtes für Handel und Industrie. 12.20-12.30 und 12.45-13 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10.10-10.15 Uhr: Winterwetterbericht des Sächs. Verkehrsverbands. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hypfeld-Phonola. 12.30 Uhr: Neuener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsebericht. 4-4.15 und 5-5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30-6.45 Uhr: Funkbastelstunde. 7-7.30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung: Miss Elizabeth Harriet: The happy prince and other tales by Oscar Wilde (Tauchnitz Edition vol. 4141). 7.30-8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Wolter: „Und leichter Vortrag in der Vortragsschule: „Rassenverbesserung“. Bei den Menschen. 8.15 Uhr: Szenen aus Parsifal von Wagner. (Richard Wagner, gestorben am 13. Februar 1883 in Bayreuth.) Dirigent: Alfred Szendrei. Solisten: Parsifal: Rudolf Gerhardi, Chor: Leipziger Opernvereinigung, Orchester: Leipziger Simphonie-Orchester. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10.15 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeit für Freunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Versammlungskalender.

Freitag, den 12. Februar 1926
Elektromonteur (Betriebsräte u. Bertrauensleute), Volkshaus, 7 Uhr
Baulemmone (Bertrauensmänner), Volkshaus, 7.30 Uhr
Metallarbeiter der Textilbetriebe, Volkshaus, 12 Uhr
Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Versammlung findet nicht am 12. Februar, sondern am 19. Februar statt
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten erschill.

Konsumvereinsmitglieder!
Verteidigt euch gegen Feuer und
Dichstaal im Konsum-Verein!



Gummi-Mantel 29-

Gummi-Mantel 19-

Gummi-Mantel 25-

Gummi-Mantel

sind bei der gegenwärtigen Jahreszeit ein unenbeherrliches Kleidungsstück. Wir führen dieselben in sehr großer Auswahl zu ganz ungeheuer billigen Preisen

Herren-Gummi-Mantel
unheilig wasordicht, nur solidem, kräftigem Körper, moderne Schlupfform mit Gürtel 15.00

Herren-Gummi-Mantel
elektrischer Gabardine- und Fantasie-Stoff, auch schwere Dubla-Mantel in feinster Ausführung (siehe Abbildung) 19.00

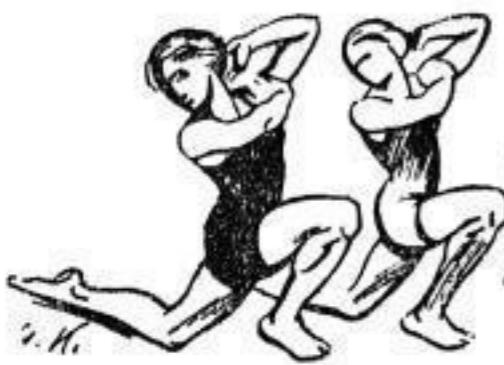
Herren-Gummi-Mantel
moderne Ulsterform, zweigig, mit Ringel und Falten, hochwert. Gabardine-Woll-Cashmir- u. Fantasie-Qual. (siehe Abbildung) 25.00

Herren-Gummi-Mantel
einwand, Fantasie- und Cashmir-Stoffe mit denkbarem Gummierung, elegante Ausstattung (siehe Abbildung) 29.00

Herren-Loden-Mantel
wetterfest, imprägniert, hervorragende Ware in solider Verarbeitung 32.00

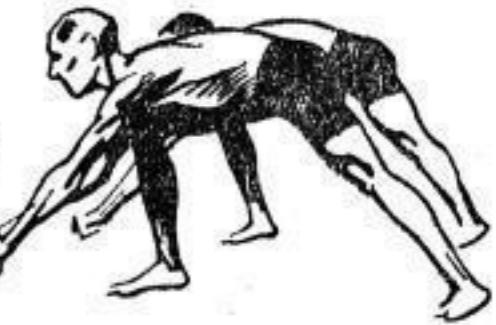
Herren-Ulster
moderne Gabardine und Fantasie-Stoffe in 4 Farben, neue elegante Formen (siehe Abbildung) 45.00

MALTFHOFF



Sport-Spiel ≠ Körperpflege

2. Jahrgang / Bellage zur Leipziger Volkszeitung / Nummer 38



Sporhartell.

Städteausgabe aus dem Osten für die Bundeschule.

Der "Sport-Dienst" (Arbeitskreis) Straßburg, das Organ des östlichen und demokratischen Schulen, hat die Bundeschule in Leipzig und besonders am Standort: "Dieses Jahr ist das Werk der deutschen Arbeiterschaft und des Bildungsvereins nicht so entstanden, nicht nur die deutsche Arbeiterschaft und Sportbewegung, sondern sie alle für den ganzen Welt, die sie vollenden konnten, weil sie einzige waren."

Turner.

Beispiel aller Sparten. Nach eingangsgeführter Mitteilung haben 86 Vereine ihren Kreislaufabgängen nach nicht gelungen an die Werke: Otto Ren., Dresden-N., Röthenbach, 2. Uhr; modernen Turnen aufmerksam, doch der dauernde Termin am 15. Februar ist. Vereine, die jüngere existieren, haben keine Wahrheit und kein Wahrheit zum Beispiel. Also sofort abholen! Diejenigen fehlen noch 30 Tage abgängen für den Beispiel. Wir machen in diesen hinsicht auf die leichte Bekanntmachung aufmerksam.

Bspf-Abgängen. Vereinsjugendleiter, sendet sofort die Abgängen ein. Anträge zur Jahresversammlung bis 18. Februar einreichen. Vereinsjugendleiterkonferenz am 27. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendzentrum, Hörsaal-Vorhang; Sonntag, 28. Februar, abends 7 Uhr. Karten sind sofort abholen.

Kinder.

Beispieljugend. Vereinsjugendleiter, sendet sofort die Abgängen ein. Anträge zur Jahresversammlung bis 18. Februar einreichen. Vereinsjugendleiterkonferenz am 27. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendzentrum, Hörsaal-Vorhang; Sonntag, 28. Februar, abends 7 Uhr. Karten sind sofort abholen.

Turnspiele

Arbeits- und Bezirksspielleiter. Saat, Bevölkerung der Turnspielerduktionierung vom 23. Januar 1926 ist die Kopie für Turnerinnen, Jugendliche und Volksbildung, ab 10 Uhr, pro Kopf und Quartal freigemacht werden. Sie ist zum 15. Februar 1926 an den Kästner Walter Beder, Leipzig-Schönfeld, Emil-Schubert-Str. 22, zu senden. Schon jetzt zu diesem Datum ist die Kreislaufschule für Turnerinnen und Volksbildung, pro Kopf 10 Uhr, an abgesetzte Abreise zu erhalten.

Schulschüler und Schiedsrichter. Durch Befehl des Schiedsrichter-Kooperationsamtes am 8. Februar 1926 treten ab 15. Februar folgende Bekanntmachungen in Kraft: 1. Bei Richterstellen von Schiedsrichtern in Schulschulen zu Schulschulspielen 2. M. Strafe, zu Schulschulspielen unterrichtet der betreffenden Mannschaft. 2. Abholen von Schiedsrichtern müssen 2 Tage vor dem Spiel in den Händen des Beitrags sein.

Schiedsrichteränderungen für Hallenball. Am 14. Februar 1926, Nr. 861, Schiedsrichter Böhl; Nr. 863, Schiedsrichter Kleinzschocher.

Schiedsrichteränderungen. Die Vereinspielleiter werden dringend erachtet, bei Schiedsrichteränderungen genaue Angaben über zwei derselben auf der Rückseite des Abtakts zu machen.

Richter. Bei Jurisdiktionen von Mannschaften müssen die Spieler außer der Mannschaftsmeldung noch sogenanntlich gemeldet werden.

Neue Abreise. Einzel: Rudolf Matzmann, Leipzig, Südpark 2 (bei Helm); Z.T. Gruppen: Wilhelm Bergander, Grimma, Schönfeld 4.

Jahresgruppe Mannschaften. Handball: Grimma 1, Turnerinnen; ZT. Gruppen 1, Turnerinnen, — Faßball: Schönfeld 2; Plagwitz 2; Jugend.

Neugemeldete Mannschaften. Halbhandball Turniermannschaften (Plattform).

Handball. Serienspiele am 14. Februar. 1. Klasse: Nr. 860, 10 Uhr; Südost-Kleinzschocher (Vitteria), Nr. 11 Uhr; Großzschocher-Gutleuth (Südost); 3 Uhr; Südost-Grimma-Süd (Gutleuth); 2 Uhr; Baumarkt-Oberzschocher (Grimma); Nr. 852, 10.30 Uhr; Normannen-Süd 1-Kleinzschocher 2 (Dörlitz); Nr. 853, 9 Uhr; Südost 2-Gutleuth 2 (Baumarkt); Nr. 854, 1 Uhr; ZT. Gruppen 1 (Grimma); Nr. 855, 2.30 Uhr; Großzschocher-Gutleuth (Kleinzschocher); Nr. 856, 3.30 Uhr; Vitteria-Süd 2 (Südpark-Grimma).

Spiele. Nr. 858, 859, 860 fallen aus.

Faßball. Serienspiele am 14. Februar. 1. Klasse: Nr. 862, 2 Uhr; Wests.-Plagwitz (Südost); Nr. 863, 3 Uhr; Großzschocher-Gutleuth (Wadewitz); Nr. 864, 4 Uhr; Wahren-Bergenau (Kleinzschocher); Nr. 865, 5 Uhr; Wahren-Gutleuth (Bergenau); Nr. 866, 6 Uhr; Vitteria 1-Gutleuth (Gutleuth); Nr. 867, 7 Uhr; Großzschocher-Gutleuth (Kleinzschocher); Nr. 868, 8 Uhr; Südost 1-Vitteria 1 (Vitteria).

2. Klasse: Nr. 874, 2 Uhr; Lindenau 1-Vitteria 1 (Kleinzschocher); Nr. 875, 3 Uhr; Altzschocher-Gutleuth (Vitteria); Nr. 876, 4 Uhr; Engelsdorf-1-Gutleuth (Gutleuth); Nr. 877, 5 Uhr; Engelsdorf-1-Vitteria 1 (Engelsdorf); Nr. 878, 6 Uhr; Tafeln 1-Eiche 1 (Schiedsrichter); Nr. 879, 7 Uhr; Deutsches 1-Tafeln 1 (Deutsches); Nr. 880, 8 Uhr; Tafeln 1-Gutleuth 2 (Engelsdorf); Nr. 881, 9 Uhr; Vitteria 1-Gutleuth 2 (Gutleuth); Nr. 882, 10 Uhr; Tafeln 1-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 883, 11 Uhr; Tafeln 1-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 884, 12 Uhr; Tafeln 1-Gutleuth 2 (Vitteria).

3. Klasse: Nr. 885, 9 Uhr; Tafeln 2-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 886, 10 Uhr; Tafeln 2-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 887, 11 Uhr; Tafeln 2-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 888, 12 Uhr; Tafeln 2-Gutleuth 2 (Vitteria); Nr. 889, 1 Uhr; Kleinzschocher 2-Tafeln 1 (Hofhause).

4. Klasse: Nr. 890, 9 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Plagwitz); Nr. 891, 10 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Kleinzschocher); Nr. 892, 11 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 893, 12 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 894, 1 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 895, 2 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 896, 3 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 897, 4 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 898, 5 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 899, 6 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 900, 7 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 901, 8 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 902, 9 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 903, 10 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 904, 11 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria); Nr. 905, 12 Uhr; Tafeln 3-Gutleuth 4 (Vitteria).

5. Klasse: Nr. 906, 9 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 907, 10 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 908, 11 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 909, 12 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 910, 1 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 911, 2 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 912, 3 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 913, 4 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 914, 5 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 915, 6 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 916, 7 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 917, 8 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 918, 9 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 919, 10 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 920, 11 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria); Nr. 921, 12 Uhr; Tafeln 4-Gutleuth 5 (Vitteria).

6. Klasse: Nr. 922, 9 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 923, 10 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 924, 11 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 925, 12 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 926, 1 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 927, 2 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 928, 3 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 929, 4 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 930, 5 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 931, 6 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 932, 7 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 933, 8 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 934, 9 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 935, 10 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 936, 11 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria); Nr. 937, 12 Uhr; Tafeln 5-Gutleuth 6 (Vitteria).

7. Klasse: Nr. 938, 9 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 939, 10 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 940, 11 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 941, 12 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 942, 1 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 943, 2 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 944, 3 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 945, 4 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 946, 5 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 947, 6 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 948, 7 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 949, 8 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 950, 9 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 951, 10 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 952, 11 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria); Nr. 953, 12 Uhr; Tafeln 6-Gutleuth 7 (Vitteria).

8. Klasse: Nr. 954, 9 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 955, 10 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 956, 11 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 957, 12 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 958, 1 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 959, 2 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 960, 3 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 961, 4 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 962, 5 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 963, 6 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 964, 7 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 965, 8 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 966, 9 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 967, 10 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 968, 11 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria); Nr. 969, 12 Uhr; Tafeln 7-Gutleuth 8 (Vitteria).

9. Klasse: Nr. 970, 9 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 971, 10 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 972, 11 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 973, 12 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 974, 1 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 975, 2 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 976, 3 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 977, 4 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 978, 5 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 979, 6 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 980, 7 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 981, 8 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 982, 9 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 983, 10 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 984, 11 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria); Nr. 985, 12 Uhr; Tafeln 8-Gutleuth 9 (Vitteria).

10. Klasse: Nr. 986, 9 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 987, 10 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 988, 11 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 989, 12 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 990, 1 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 991, 2 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 992, 3 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 993, 4 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 994, 5 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 995, 6 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 996, 7 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 997, 8 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 998, 9 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 999, 10 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 1000, 11 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria); Nr. 1001, 12 Uhr; Tafeln 9-Gutleuth 10 (Vitteria).

11. Klasse: Nr. 1002, 9 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1003, 10 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1004, 11 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1005, 12 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1006, 1 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1007, 2 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1008, 3 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1009, 4 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1010, 5 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1011, 6 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1012, 7 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1013, 8 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1014, 9 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1015, 10 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1016, 11 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria); Nr. 1017, 12 Uhr; Tafeln 10-Gutleuth 11 (Vitteria).

12. Klasse: Nr. 1018, 9 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1019, 10 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1020, 11 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1021, 12 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1022, 1 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1023, 2 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1024, 3 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1025, 4 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1026, 5 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1027, 6 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1028, 7 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1029, 8 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1030, 9 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1031, 10 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1032, 11 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria); Nr. 1033, 12 Uhr; Tafeln 11-Gutleuth 12 (Vitteria).

13. Klasse: Nr. 1034, 9 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1035, 10 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1036, 11 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1037, 12 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1038, 1 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1039, 2 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1040, 3 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1041, 4 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1042, 5 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1043, 6 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1044, 7 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1045, 8 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1046, 9 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1047, 10 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1048, 11 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria); Nr. 1049, 12 Uhr; Tafeln 12-Gutleuth 13 (Vitteria).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Februar.

Höhlenmalereien.

Den Plauderseiten über Zeichen- und Malkunst vor 40 000 Jahren von E. H. Wohlraub, Bad Brambach (Vogtland), in der freien weltlichen Schule, dem Mitteilungsblatt des Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands entnehmen wir: So unglaublich es uns klingt, es ist doch so, daß im grimmigen Winter der Eiszeit die Höhlenmenschen auch keine andre Kleidung brauchten, ja noch weniger als im Sommer. Ihr staunt? Ja, denkt euch hinter der Höhle, wo sie Sommers häuteten, noch eine andre, bedeutend tiefer in der Erde gelegen. Auf einem Treppenbaum gings da hinunter. Und während draußen die rauen Stürme des furchtbaren Eiszeitwinters brausten, stützte unsere Horde wohlgeborgen tief unter der Erde in der Winterhöhle. Es plägte sie die Langeweile. Essen und Schlafen waren die Hauptbeschäftigung. Doch denke ich mir, daß die Männer auch neue Waffen und Werkzeuge aus mitgebrachten Steinen, aus Knochen vom Aneichenberge dort in der Erde und aus den Geweihen von Hirsch und Reh und Rentier fertigten; daß die Frauen die Kleidung der Männer und der Kinder und ihre eigene Fellkleidung ausdelerten und neue nähten, daß sie Röcke stochten aus Weide und Schilf — ach, es gab also doch so mancherlei zu tun. Und einer war unter der Horde, den hatten sie alle gern: einer der tüchtigsten Jäger und der beste Erzähler. Wenn sie da so um das Feuer lagen und sahen, Männer, Frauen, Kinder, Alte und Jungs, und Ruf singt an, dann schwiegen sie alle und lauschten ihm. Bald gings von einem gefährlichen Kampfe mit dem Bären, bald von einem müheligen Piratengang auf einen Riesenhirsch, bald, wie er einen klugen Wissenbüttler überlistet, bald, wie er seiner Horde die Wildpferdeherde zugetrieben. Und zu seiner Freude waren seine Hände, seine Arme, war der ganze lebhafte junge Ruf in Bewegung, daß aller Augen an ihm hingen. Und dann fragte bald ein Kind, bald ein Weib, wie groß das Mammut gewesen sei, das ihnen doch entwischt, und wie der Urochs um den Kopf herum ausschau und ob er auch ein solches Gehörn habe wie das Rentier und der Riesenhirsch usw. usw. Und ein andres meinte: Ruf, wenn du das uns mal zeigen könntest! Und Ruf? Er ergreift einen Stein, der gerade am Höhlenboden liegt, und tritt hin an die Höhlenwand und läßt seine Hand rufen. Was meine ich? Ruf zeichnet, Ruf malt.

Wir freuen uns nicht bloß über den Ruf, wir bewundern seine Kunst. Nur ein Höhlenbewohner — und doch solch ein Künstler! — Nun lasst euch noch erzählen: Er hat nicht bloß die Striche in die Steine geritzt, er hatte auch Farben mit heimgesucht: Schwarz, Rot und Braun. Diese Striche er tief in die in den Kalkstein geritzten Umrisse hinein. Ja, er strich dann die Farben auch breit aus, und so wurde der Zeichner? — zum Maler. Daher Höhlenwandzeichnungen, Höhlenwandmalereien. Auf dem Schülertablettinochen von einem Hirsch zerrißt er mit einem Stein die Farben und mengt sie mit Tierekt. Das nennt man die Farbpaste. Und mit dem Finger streicht er die Flächen aus, so wie er die Farben des Tieres noch im Gedächtnis hat. Das unruhige Feuer ist bei seiner Arbeit nur ein unsicheres Licht. Da zieht ein Junge bereitwillig einen hohen Feuerbrand aus dem Herdfeuer und leuchtet dem Künstler bei seiner Arbeit. Auch eine Fettlampe aus Sandstein kann hierzu gedient haben. Man hat in verschiedenen Höhlen Spaniens, Frankreichs usw. (und auch im heutigen Deutschland) solche Höhlenmalereien gefunden und man kann sie heute noch in alter Frische sehen. Wollen auch ein paar Zahlen nennen: 100 Tierbilder in einer Höhle (Combarelles), 40 braunwollige Wölfe, gemalt in einer Höhle (Font de Gaume); ja, man spricht jetzt von einem vollen Dutzend solcher Bildberghöhlen. Wieviel Menschen mögen an den vielen, an den Hunderten von Bildern gearbeitet haben, und wieviel Mühe und Arbeit, wieviel Zeit magt mags ihnen gekostet haben!

Das neue Statut der Gemeinschaft der Freunde.

In den letzten Novembertagen des vorjährigen Jahres hielten wir es für unser Pflicht, Wohnungslügenden, als auch Siedlerinteressenten vor einer Organisation, die sich „Gemeinschaft der Freunde“ nennt und in Wüstenrot (Württemberg) ihren Sitz hat, zu warnen, da sie Versprechungen macht, die sie nicht erfüllen kann. Wie recht wir mit unseren Warnungen hatten, beweist eine Mitteilung, die wir in der Neuen Pressekorrespondenz für Wohnungswesen und Mieterfragen, dem offiziellen Pressedienst des Reichsbundes Deutscher Mieter, lesen:

„Die Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde von Wüstenrot“ soll sich gezwungen, ihre bisherige planlose Wirtschaft aufzugeben. Seit 15. November 1925 bestehen neue Säuhungen und neue Sparverträge. Sie bereiten dem Schneeballsystem ein Ende und bringen die künftigen Ausichten der Bausparer auf die einfache Formel: „Warten und sparen.“ Der Holzspaltsatz ist damit endgültig vorbei. Von den 10 000 Bausparern sind 150 ausgelöst. Die übrigen 8850 Wartenden müssen nun sofort ihre Rechte wahren, wenn sie nicht zu Schaden kommen wollen. Nach den neuen Bestimmungen hört die bisherige Bevorzugung der älteren Mitglieder (mit vollem Recht) praktisch beinahe völlig auf.

Für die meisten Bausparer ist damit die durchschnittliche Wartezeit je nach Höhe der Einzahlung zu 15 bis 20 Jahren anzunehmen. Die längste Wartezeit ist etwas doppelt so lang!

Bon der Gemeinschaft der Freunde wurden ganz andere Hoffnungen erwartet! Diesjenigen Bausparer, die sich für hereingesetzten und deshalb glauben, den Bausparvertrag nicht mehr fortsetzen zu sollen, mögen sofort bei der „Gemeinschaft der Freunde“ ihr Guthaben zurückfordern unter Anfertigung des Vertrages, weil den meisten von ihnen weit mehr versprochen wurde, als die „Gemeinschaft der Freunde“ halten kann. Wichtig in diesem Zusammenhang der in Nr. 12 der Zeitschrift „Mein Eigenheim“, Jahrgang 1925, erschienen, am 5. Januar 1926 veröffentlichte neue Bausparvertrag. Er lautet:

Auszug aus den allgemeinen Bedingungen des Bausparvertrages der Gemeinschaft der Freunde (s. V.) in Wüstenrot bei Heilbronn.

Augenblicklich ringen bei uns in Deutschland in ganz besonderem Maße in der bevölkerungspolitischen Aufsicht zwei Parteien miteinander: das eine verlangt Kinder unter allen Umständen, auch wenn die Gesundheit der Mutter auf dem Spiele steht und die wirtschaftlichen Verhältnisse kein Kind mehr gestatten, das andere verlangt einen gesunden Nachwuchs und Verhältnisse, in denen dieser Nachwuchs gedeihen kann. Und da zu diesen Verhältnissen in wesentlichem Maße eine einwandfreie Wohnung gehört, so verlangen die Vertreter einer Geburtenreduktion, wo diese nötig ist, als wesentliche Voraussetzung einer gesunden Bevölkerung eine sozial geprägte Gestaltung des Wohnungswesens.

Wie sehr die Wohnungswesen die Bevölkerungsentwicklung beeinflußt, zeigt uns ein Vergleich zwischen den deutschen und den englischen Verhältnissen. Nach der Reichswohnungszählung vom Mai 1918 bestanden in Charlottenburg 21, in Münster 17, in Hamburg 13, in Alt-Berlin sogar nur 6 Prozent der Wohnungen aus 2 und mehr Räumen. Welch geringer Anteil an diesem niedrigen Prozentsatz wird das Proletariat haben? Es ist auf die kleinen Wohnungen angewiesen. Es ist verurteilt zur Wohnungsdichtheit.

In England dagegen herrscht das Kleinhaus vor. Dort hat sich die kapitalistische Entwicklung im Wohnungswesen nicht so wie bei uns vollzogen. Die City der Millionenstadt sieht kaum noch 20 000 Bewohner, die sich aus Hausmeistern und Sicherheitsleuten zusammensetzen. Die eigentliche Bevölkerung wohnt an der Peripherie in kleinen Häusern, und hier besteht im Gegensatz zu den eben geschilderten deutischen Verhältnissen rund die Hälfte aller Wohnungen aus 2 und mehr Räumen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnt in diesen Wohnungen, und ungefähr ein weiteres Viertel der Bevölkerung verzögert über Wohnungen mit vier Räumen.

Nach einer anderen Statistik aber starben in England von 1000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr fast nur 1% der Säuglinge,

die in Deutschland in der gleichen Zeit vom Tode hingerafft wurden. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1924/25 starben nämlich von den Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr in Deutschland 10,8 Prozent gegen nur 7,5 Prozent in England.

Ob nicht das so bedeutend günstigere Wohnungswesen von Bedeutung für diese besseren Verhältnisse in England gewesen ist?

Die Statistik bestätigt nur immer wieder, was von führenden Wissenschaftern schon lange vertreten worden ist, daß nämlich die wirtschaftliche Bedeutung von einschneidender Bedeutung für die gesundheitliche Entwicklung des Volkes und damit auch für den Nachwuchs ist.

Es handelt sich nicht nur um die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr. Auch nachher verlangt die Wohnungsdichtheit ihre Opfer. Besonders schädlich ist die Überfüllung des Schlaflauns, denn selbst in einer gesunden Wohnung kann die Anfangsgefahren nach den Feststellungen der Wissenschaft sehr groß werden, wenn die Bewohner die Nacht in einem Schlaflaunne dicht zusammengedrängt zubringen.

Nach neuen statistischen Untersuchungen schläfen aber in Deutschland nur 25 Prozent der Kinder im eigenen Bett. Und wenn man von diesem Sache die Kinder der nicht proletarischen Schichten abzieht: wieviel Kinder des proletarischen Volkes haben da noch das Glück, in einem eigenen Bett ruhen zu können? Und bis zu welchem erstaunlichen Maße die Schlafdichtheit besteht, hat die Wohnungstatistik in allen Städten ja immer wieder festgestellt.

Wir können uns nicht von heute auf morgen das leisten, was in England möglich ist. Wir können auch den Aufschwung einer gesunden Wohnungsentwicklung nicht nachmachen, den wir in Holland aus den letzten Jahren finden. Aber jene Verhältnisse sollten uns Vorbild und Lehre sein. Da ist die erste Voraussetzung für eine gesunde Bevölkerungspolitik.

S. Änderungen der allgemeinen Vertragsbedingungen. Änderungen der vorgeschriebenen allgemeinen Vertragsbedingungen werden in der Zeitschrift des Vereins „Mein Eigenheim“ veröffentlicht. Solche Änderungen erlangen den einzelnen Bausparer gegenüber Rechtswirksamkeit, wenn er nicht innerhalb eines Monats von der Veröffentlichung an durch eingeschriebenen Brief an die „Gemeinschaft der Freunde“ Widerspruch erhebt.

Die „Gemeinschaft der Freunde“ veranstaltete im November 1925 auch in Leipzig eine öffentliche Werbeansammlung. Alle Gutsälbigen, welche damals unseren Warnungen keinen Glauben schenkten und den Verlockungen zum Opfer fielen, seien jetzt noch einmal gewarnt. Alle Streitigkeiten mit dieser Gemeinschaft können nur durch Schiedsgericht geregelt werden, wobei schnelles Vorgehen sehr empfehlenswert ist. Mitgliedern des Reichsbundes Deutscher Mieter, e. V., steht das Bureau des Ortsvereins in Stuttgart, Hauptstraße 92, oder auch der Landesverband Württembergischer Mietervereine in Stuttgart, Eugenstraße 10, sowie die Reichsleitung des ADM. in Berlin zur Beratung zu jeder Zeit zur Verfügung.

aus allen Landesteilen war ohne weiteres zu erkennen, daß die Fürsorge für diejenigen, die ihr höchstes, das Augenlid, einblitzen, noch manches zu wünschen übrig lässt. Aus diesem Grunde ist es um so unverständlicher, daß die lästige Regelung in dem Etat für 1926 keine Mittel für die Durchführung einer ergänzenden Kriegsblindenfürsorge eingeplant hat. Sparmaut ist unter allen Umständen geboten, dies erkennen auch die Kriegsblinden unumwunden an, einem Kriegsblinden gegenüber erscheint sie aber nicht am Platze. Nachdem noch Fragen, wie Arbeitsfürsorge und Erholungsfürsorge für Kriegsblinde, die Familienfürsorge, das Siedlungswesen für Kriegsblinde und noch verschiedene andere für Kriegsblinden wichtige Fragen zur Debatte gestellt waren, wurde die sehr anregende und eindrucksvolle Tagung nachmittags 5 Uhr nach fünfjähriger Dauer geschlossen. Wer sie sah, die schwersten der Opfer des Krieges, und wer es mit erleben durfte, in welch tapferer und würdiger Weise sie trotzdem ihren Existenzkampf führen, wird diesen Eindruck nie vergessen.

Um seine Habe gekommen.

In der Zeit vom 7. zum 9. Februar hat ein hier zugereister Stallschweizer, der sein Gerät einstweilen bei der Gepäckaufbewahrungsstelle im Hauptbahnhof niedergelegt hatte, seinen Gepäckchein verloren. Als er am 9. Februar seinen Papptaschen, in dem sich seine gesamten Habeschenkeiten befanden, u. a. Ausweis-papiere auf den Namen Friedrich Höhlich, einen Mellschmet aus Holz zum Anschneiden, Schuhe, Kleidungsslüsse, eine Oberhemden, zwei rote Schweizerblusen, eine blaue und weißgestreifte Bluse mit grünen Aufschlägen, eine grünleuchtende Staffbluse, ein neuer grüner Lodenhut, Strümpfe, einige Photographien und schwimmtechnische Bücher, abholen wollte, stellte sich heraus, daß der Finder des Hinterlegungsschekels das Gerät schon abgeholt hatte. Erneutnahmungen zur Sache teile man der Kriminalpolizei mit.

Einheitliche Verkehrszeichen sollen demnächst auf Anregung des Polizeipräsidiums Berlin in allen preußischen und mitteldeutschen Großstädten eingeführt werden. Die Schilder erster und zweiter Ordnung werden durch Umrandungen um das Straßenschild kennlich gemacht werden.

Das vierte Konzert für Erwerbslose findet am Montag, dem 15. Februar 1926, nachmittags 4 Uhr, im städtischen Kaufhausamt statt. In einem „Bunten Nachmittag“ haben ihre Mitwirkung in völlig uneigennütziger Weise Frau Margarete Röpke, Fräulein Erisa Schäfer vom Ballett der hiesigen Oper und Herr Wilhelm Engst von den städtischen Theatern zugesagt. Gesang, Recitationen und Tanz werden geboten. Die Begleitung am Bläthner hat in dankenswerter Weise Frau Philipp-Reincke übernommen. Einlaßkarten werden am Sonnabend, dem 13. Februar 1926, im Arbeitsamt II, Gerberstraße 3, in den Zimmern 36, 37 und 70 gegen Vorzeigen der Kontrollkarte ausgegeben.

Winterförderzug 4. Klasse nach München. Am 27. Februar verkehrt bei ausreichender Beteiligung ein Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Preisen von Dresden nach München. Abfahrt Dresden Hbf. gegen 5,15 Uhr nachmittags, Ankunft München am 28. Februar früh gegen 6,25 Uhr. Sonderzugkarten werden für die Hin- und Rückfahrt in Freiberg (22.20 RM.), Chemnitz Hbf. (20.60 RM.), Glauchau (19.20 RM.), Zwickau (18.40 RM.), Reichenbach ob. Bf. (17.40 RM.), Leipzig Hbf. (21.60 RM.), Altenburg (19.60 RM.), Görlitz (20.— RM.), Crimmitschau (18.60 RM.), Werda (18.— RM.) ausgegeben. Die Fahrtkarten ab Leipzig Altenburg, Görlitz, Crimmitschau und Werda gelten bis Reichenbach zur Fahrt in gewöhnlichen Zügen. Anschrift vermittelt der Personenamt Nr. 850, ab Leipzig 7,22 Uhr abends. Die Sonderzugkarten haben 15 Tage Gültigkeit; auf der Rückfahrt können alle jahrmäßigen Züge benutzt werden, die 4. Klasse führen. Die Benutzung einer höheren Wagentasse (auch in Schnellzügen) ist gegen Zahlung des Unterschiedsbetrages zulässig. Unverbindliche Anmeldungen nehmen alle vorgenannten Fahrtkartenverkaufsstellen entgegen. Der genaue Fahrplan und alles Nähere wird bekanntgegeben, wenn Anmeldungen in genügender Zahl vorliegen.

Heilpädagogische Beratungsstelle. In München hat eine Gemeinschaft für heilpädagogische Arbeit ihre Tätigkeit in einer Beratungsstelle aufgenommen. Sie will der Mündner und blinde Wohnsiedlung folgen, in Ausführung der Grundgedanken der heilpädagogischen Kongresse den physisch abnormen, physisch frakten, erziehungs-, unterrichts- und sozial schwierigen Kindern und Jugendlichen die Zusammenarbeit von Physiater, Kinderarzt, Physiotherapeuten und Hilfsschulärzten zutreffen lassen. Die Beratung kann von Eltern, Lehrern, Behörden und privaten Verbänden unentgeltlich in Anspruch genommen werden.

Bau und Hygiene des Weibes. Lichtbilder-Vortrag des Gen. Dr. Hirschfeld

Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 13 Uhr, im Gesellschaftssaal des Volkshauses, Zeitzer Straße. Schaffende Frauen und Mädchen, erscheint in Massen! Die Arbeiterinnenkommission des Gewerkschaftskartells.

Wo ruft die Pflicht?

Kraut.

Seebenisch-Wärnitz. Sonntag, den 14. Februar, abends 7 Uhr im Gasthof Seebenisch öffentliche Frauenersammlung. Genossin Anna Ziegler-Kreisig spricht über: Steueraktion, Kürtenabfindung und Notlage des kriessenden Volkes.

Osten. Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, vorricht im Auerbachlädchen, Zweinaudorfer Straße. Genossin Stadtverordnete Ch. Sommermeier über: Kommunale Totenbeläuterung.

Gutkrisch. Heute abend 8 Uhr gehen alle Genossinnen und Frauen der Genossen ins Goleniölschlösschen zum Vortrag des Genossen Fuchs über: Wirtschaftskrise und Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

SPD-Metallarbeiter.

Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im A.W.D., Braukrause 17, wichtige Zusammenkunft. Eintritt nur gegen Verbands- und Parteiausweis. Der Arbeitsausschuss.

Wohlfahrtspolizei.

Bezirke Osten und Norden. Sonnabend, den 13. Februar, abends 7 Uhr, Kursus im Volkshaus, Café links.

Jungsozialisten.

Sonntag, den 14. Februar, abends 18 Uhr, Gesamtveranstaltung. Musikalischer Abend im Volkshochschulheim, Zeitzer Straße 28.

Politische Gruppe. Montag, den 15. Februar, abends 18 Uhr, Zusammenkunft im Heim, Scharnhorststraße 27. Aussprache über: Die S.A.Z. und ihre Aufgaben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Kinder der Gemeinschaft Kinderfreunde, wir laden euch alle zur Morgenfeier am Sonntags, dem 14. Februar 1928, vormittags 11 Uhr, in der Albertthalle (Kristallpalast) hiermit herzlich ein. Alle Kinder zählen 20 Pfg., organisierte Jugendliche zahlen 30 Pfg., eure Eltern und eure Angehörigen zählen 50 Pfg.

Gutkrisch. Wir spielen jetzt auch noch Sonnabends von 5-7 Uhr in den Kolonaden des Goleniölschlösschens Engelsdorf. Sonntag 2 Uhr, im Heim, Trinkbecher mitbringen. Heller Instrumente mitbringen.

Südostbezirk. Friberg Gruppe trifft sich Sonnabend, 3 Uhr, am Osttor zum Baden, 15 Pfg. mitbringen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ableitung West, Junghanner. Sonntag 14. Februar, vormittags 10 Uhr, Treffen an der Terrasse Kleinzschocher. Führung: Kamerad Mohr.

Zum Bundesitag in Hamburg am 20. und 21. Februar. Der Sonderzug ist nicht zusammengekommen. Die Teilnehmer fahren auf Gemeinschaftsbasis zu dem gleichen Preis Fahrgeld ist bis zum 15. Februar an die Gauleitung einzurichten (Volkshaus Leipzig 6745 Carl Schrörs). Abfahrt ab Leipzig: Freitag abend 11 Uhr; Ankunft in Hamburg, Sonnabend früh 5.22, Rückfahrt ab Hamburg, Sonnabend abend 11.30, Ankunft in Leipzig, Montag früh 7.33 Uhr.

Freiwilligegruppe Markranstädt. Mittwoch, den 17. Februar 1928, abends 18 Uhr, treffen sich sämtliche Kameraden, die gewillt sind, sich am Spielmannszug zu beteiligen, in der Partiehalle.

Mitglieder-Veranstaltungen.

Bönsa. Morgen Sonnabend 8 Uhr im Restaurant Henseki spricht Genossin Anna Kühn, Kreisig, über: Gegen die Kürtenabfindung Laucht und Umgegend. Morgen Sonnabend, abends 18 Uhr, Mitgliederversammlung im Goldenen Ring, Tagesordnung: Bericht vom Partei ag in Dresden, Referent: Genosse König-Dobitz; Gemeinde- und Vereinsangelegenheiten.

Wörring. Morgen Sonnabend 8 Uhr im Kinderheim Mitgliederversammlung. Thema: Bericht vom Landesvertretung, Besiedelndes.

Döbeln-Gaußbach. Morgen Sonnabend 7 Uhr in der Linde zu Döbeln Humorabend unter Mitwirkung des Volkshofs sowie verschiedener Kleinkünstler.

Kleinzschocher. Morgen Sonnabend abend 8 Uhr in der Terrasse Mitgliederversammlung T.-O.: Vortrag über: Wissenschaftlicher Sozialismus. Redner: Genosse Gurland, Aussprache: - Parteiangelegenheiten. Genossinnen, Genossen, erscheint recht zahlreich.

Böltcher. Die Mitgliederversammlung fällt morgen Sonnabend aus wegen Verhinderung des Referenten.

Eine Internationale Wohnungs- und Städtebauförderung findet im September dieses Jahres in Wien statt. Der Präsident ist der bekannte englische Städtebauer Ebenezer Howard. Der Vizepräsident für Deutschland ist Dr. R. Schmidt. Die Hauptpunkte für die Bevölkerung sind der soeben verfaßten ersten Ankündigung folgende: A. Die Untersuchung der Regelung des Bodenbesitzes in den verschiedenen Ländern und der praktischen Ergebnisse, die sich damit bei der Stadt- und Landesplanung erzielen lassen, und B. Die rationelle Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus. Zugleich mit der Tagung wird eine Ausstellung veranstaltet werden, die die auf der Tagung erörterten Themen behandelt.

A.W.D. Zur Oper "Der Barbier von Sevilla". Sonntag nachmittag 3 Uhr im Neuen Theater und zum Konzert des Lendais-Quartets am Sonnabend 8 Uhr im Kaufhaus sind noch in allen Verkaufsstellen Karten zu haben.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Aufführung Generalversammlungsvertreter! Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im Gesellschaftssaal des Volkshauses.

Arbeiter-Esperanto-Kongress. Während der Österreitertage, vom 2. bis 5. April d. J., findet in Stuttgart der 6. Bundestag des Arbeiter-Esperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt. Zur Unterstützung bedürftiger Delegierter stellt die Stadt Stuttgart bereitwillig 100 M. zur Verfügung.

Fleischverkauf am Sonnabend, dem 13. Februar. Freibank I: Nr. 4151-5000 und 1-950; Freibank II: Nr. 801-2300. Ab 11 Uhr freier Verkauf.

Polizeinachrichten.

Bermuth. Seit 10 Februar, vormittags, wird der am 25. Oktober 1909 in Leipzig-Reudnitz geborene, Petrus, Reudnitz, Hirzfelder Straße 14 wohnhaft, Kaufmannslehrling Kurt Johannes Willems vermisst. Er ist 1.60 Meter groß, kräftig, hat dunkelbraunes, dichtes, nach hinten gesäumtes Haar, rundes gelundfarbiges Gesicht. Bekleidet ist er mit schwarzer Überleber mit Samtfragen, bläulicher Jacke mit Samtband, schwarzen Samtkniehosen, weißem Tricothemd mit getretem Einzel, einer geknoteten bunten Schleife und einer grauemelierten Sportmütze.

Schwerer Unfall. Am 10. Februar, nachts gegen 3 Uhr, ist auf dem Königsring gegenüber der Einmündung der Pfaffendorfer Straße ein 65 Jahre alter Kellner beim Überqueren der Fahrbahn durch eine Kraftdrohne überfahren worden. Der schwerverletzte Mann wurde sofort nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Die Kriminalabteilung bittet Zeugen dieses Unfalls, sich recht bald bei ihr zu melden.

Straßenunfall. Am 10. Februar, abends 6 Uhr, ist in der Riebedtschule eine 21jährige Arbeiterin in einen auf der Fahrbahn befindlichen Motorwagen der Linie 5 hineingelaufen. Sie wurde von diesem überfahren und kam mit dem linken Fuß unter die Schubvorrichtung an der vorderen Plastikform. Dabei erlitt das junge Mädchen leichte Quetschungen, die keine Aufnahme in das Krankenhaus St. Jakob nötig machten.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Landtagsauflösung.

Im Landtag stand am Donnerstag der kommunistische Auflösungsantrag auf der Tagesordnung. Auf Vorschlag des Landtagsvorstandes wurde beschlossen, den Antrag als ersten Punkt zu verhandeln, während er ursprünglich als 9. Punkt auf der Tagesordnung stand. Da bisher die bürgerlichen Parteien der Behandlung des Auflösungsantrages immer Widerstand entgegengesetzt hatten, war schon aus dieser Umstellung der Tagesordnung erkennbar, daß unter den bürgerlichen Parteien über die Behandlung des Auflösungsantrages eine einheitliche Einstellung erzielt worden war.

Doch es den Kommunisten mit ihrem Antrag in erster Linie auf die übliche Parteiauslösung anlief, hat Böttcher bei der Begründung mit aller Deutlichkeit gezeigt. Diese Begründung war eine wütende Hetrede gegen die Sozialdemokratie. Dabei interessierte sich Böttcher am meisten für die Beschlüsse und Verhandlungen der sächsischen Landesversammlung, über die er sich her vorragend mangelhaft informiert zeigte. Aus falschen Berichten der bürgerlichen Presse und aus der verlogenen Darstellung der Leipziger Neuesten Nachrichten hatte sich Böttcher ein Bild gemacht, das er mit breitem Behagen im Landtag vortrug, wobei er freilich, wie so oft, vor fast leeren Bänken sprach. Es galt nicht, auf Böttchers zahlreiche abschätzliche und unabschätzliche falsche Darstellungen einzugehen. Den bürgerlichen Zeitungsklatsch und die kommunistischen Hintergründle wußte Böttcher so gründlich durchheinander, daß er oft stürmische Heiterkeit bei seinen paar Zuhörern auslöste. Am lächerlichsten wirkte Böttcher, als er verlangte, die "linken Sozialdemokraten" sollten ihm dafür Garantien geben, daß die Beschlüsse des - sozialdemokratischen Landesparteitages durchgeführt werden!

Böttcher ließ auch die kommunistische Rache aus dem Sac, indem er erklärte, die Anträge der Sozialdemokraten zur Linderung der Not der Erwerbslosen und der Not Geratenen, die Anträge zur Förderung des Wohnungsbauens usw. sollen nicht mehr zur Erledigung kommen, damit die Kommunisten um so besser sagen könnten, die Sozialdemokratie habe im Landtag nichts für die Notleidenden getan. Also: um die kleinen Parteibedürfnisse zu befriedigen, sollen die sozialdemokratischen Anträge unerledigt bleiben. Die kleinen kommunistischen Agitationsbedürfnisse konnte die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht Rechnung tragen. Deshalb hatte diese Fraktion beschlossen, den Auflösungsantrag der A.W.D. dem Reichsausschuss zu überweisen und der sofortigen Schlussberatung des Auflösungsantrages zu widersprechen.

Die Kommunisten und die Bürgerlichen standen in Einheitsfront für die sofortige Erledigung dieses Antrags. Herr Bentzler hatte für die Deutschnationalen erklärt, seine Partei werde dafür eintreten, daß der Landtag sein natürliches Ende finde. Die übrigen bürgerlichen Parteien äußerten sich überhaupt nicht. Es ist offensichtlich, daß die Bürgerlichen noch immer hoffen, um eine baldige Auflösung des Landtages herumkommen zu können. Aus diesem Grunde legen sie Wert darauf, den kommunistischen Auflösungsantrag so schnell als möglich zu erledigen".

Die sozialdemokratische Partei fasste sorgfältig zusammen, daß, wenn irgend möglich, der Landtag vor seinem Ende noch eine Aktion für die dringendsten Lebensbedürfnisse der notleidenden Bevölkerung durchführen sollte. Hätte sie — in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Landesparteitages — an der sofortigen Auflösung des Landtages kein Interesse. Daher ging ihre Taktik dahin, die Entscheidung über den kommunistischen Auflösungsantrag hinauszuschieben.

In der Donnerstagsitzung ist die Schlussberatung über den Auflösungsantrag auch verschoben worden. Am Dienstag aber steht der Antrag als erster Punkt auf der Tagesordnung zur Abstimmung. Er wird voraussichtlich abgelehnt werden. Damit ist aber weitest nicht geagt, daß nunmehr dem Wunsche der Bürgerlichen entsprochen sei und der natürliche Ablauf dieses Landtages garantiert wäre. Die Ablehnung des kommunistischen Antrags durch die sozialdemokratische Partei berücksichtigt selbstverständlich die Haltung unserer Fraktion zur Frage der Landtagsauflösung nicht im geringsten. Die Haltung der Sozialdemokratie zur Auflösung des Landtages ist bestimmt worden durch ein militärisches Veto.

Als wichtigster Punkt der Verhandlungen standen die von der Landesservereinigung beschlossenen Anträge auf der Tagesordnung, die vom Genossen A. J. in wuchtiger Rede begründet wurden. Interessant war, daß unmittelbar nach dem sozialdemokratischen Redete sich der Finanzminister, Herr Dr. Dehne, zum Wort meldete und im einzelnen vorlegte, daß

erstens einmal der sächsische Staat viel mehr tut, als in den sozialdemokratischen Anträgen verlangt wird;

zweitens: daß die Staatsfinanzen sehr viel schlechter sind, als sie der Finanzminister Dr. Reinhold vor 14 Tagen geschildert hat;

drittens: daß der Staat kein Geld hat, um z. B. den sozialdemokratischen Antrag über den Wohnungsbau durchzuführen, und

viertens: daß nicht genug „geeignete Arbeiter“ für den Wohnungsbau vorhanden sind, wenn der Staat auch Geld hätte.

Mit einem Wort: Herr Dehne will nicht und die bürgerlichen Parteien wollen auch nicht, was diese durch ihren Besitz verhindern.

Im trauten Verein versuchten die Bürgerlichen ohne Unterschied, die sozialdemokratischen Anträge als nicht ernst gemeinte Agitationen abzutun. Dabei spielten sie durchaus mit Andeutungen, es solle nicht näher untersucht werden, wie die Unterschriften unter die sozialdemokratischen Anträge zustandegekommen seien. Diesen elenden Verdächtigungen schritt Genosse Schwarzbach entgegen, indem er rücksichtslos erklärte, die Anträge find in der Fraktion beschlossen, die gesamte Partei steht dahinter, die Männer, auf die es im Landtage bei der Durchführung unserer Parteibeschlüsse ankommt, haben ihr Ehrenwort für die Durchführung der Beschluß verpfändet. Diese Erklärung zog nach allen Seiten; die bürgerlichen Schiedsmänner hatten sie wohl nicht für möglich gehalten. In einigen Wochen blieb die ganze Qual um die Auflösung ihr Ende haben.

Weitere Steigerung der Erwerbslosenziffer.

In der Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar hat sich, einem Bericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung folgend, die Gesamtlage am Arbeitsmarkt nicht wesentlich verändert.

Die Zahl der Unterstützungssempfänger stieg in der Zeit vom 15. Januar bis Anfang dieser Berichtswoche weiter u. in 33627 (20350 männliche, 7277 weibliche), und zwar von 188229 (155902 männliche, 32337 weibliche) auf 221936 (182342 männliche, 39614 weibliche).

Die Zahl der Zuschlagsempfänger erhöhte sich von 180496 auf 207826.

Die Entwicklung war dennoch in der zweiten Hälfte des Monats ungünstiger als in der ersten Monatshälfte, in der nur eine Zu-

nahme von 29727 unerlässlichen Erwerbslosen festgestellt werden konnte. Das Tempo der Steigerung der Arbeitslosenziffern hat sich allerdings in der zweiten Monatshälfte weiterhin verlangsamt. Zur Erhöhung der Erwerbslosenziffer haben auch diesmal die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse in den einzelnen Branchen der Metallindustrie, der Textilindustrie und in der Leder- und Holzindustrie beigetragen.

Die Zustände bei der Vogtländischen Maschinenfabrik.

SRA. Der Haushalttausch A verabschiedete in seiner Sitzung am Mittwoch diejenigen Städtische, die Mittel für Bauen und Wegeanlagen vorsehen. Es wurde beschlossen, die Genehmigung zur sofortigen Ausgabe vor Verabschiedung des Hauses zu erteilen. Auf diese Weise soll die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und Unterbringung Erwerbsloser ermöglicht werden. — Eine längere Aussprache entsprang sich im Zusammenhang mit der Billigung von Mitteln für die Vermehrung der Kraftfahrzeuge bei der Landespolizei. Es wurde als ein Widerspruch bezeichnet, daß die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen mit ihren Kraftwagenlieferungen an die Landespolizei im Verzug ist, während sie anderweitige Massenentlastungen vornimmt. Der Ausschuss bewilligte schließlich noch 3 Millionen für Darlehenzwecke an Schulbezirke zum Neu- und Umbau von Schulhäusern.

Deutschnationale gegen den Talsperrbau.

SRA. Der Haushalttausch B des Landtages bewilligte in seiner Sitzung am Mittwoch die Titel 14 u. 15 des außerordentlichen Haushaltshafts, und zwar als ersten Teilsatz 500 000 M. für den Bau einer Talsperrre an der Wildsch. bei Weiterswiese und ebenfalls als ersten Teilsatz die Summe von 1 000 000 M. als Darlehen an die für den Bau der Kobersbach-Talsperre zu errichtende Aktiengesellschaft. Die Deutschnationalen enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme, weil sie, so wurde erklärt, gegen die Art von — Sozialsozialismus sind. Außerdem könnten sie nicht zugeben, daß die landwirtschaftlichen Existenz vernichtet werden. Durch Verlängerungsanträge versuchten sie die Abstimmung zu verzögern. Genoss Denhardt wandte sich gegen die Engstirigkeit der Deutschnationalen und setzte sich in Abrechnung der Not der Erwerbslosen für die sofortige Innangriffnahme der Bauten ein. Der Ausschuss beschloß in diesem Sinne, indem er die Regierung ermächtigte, sofort über die bewilligten Mittel zu verfügen. — Wenn sich die Deutschnationalen plötzlich als Hüter der landwirtschaftlichen Kultur aufstellen und gegen das Projekt Sturm laufen, um nicht landwirtschaftliche Existenz zu vernichten, dann sollte man sie einmal daran erinnern, daß sie früher eine andere Stellung eingenommen haben. Wir erinnern an die Errichtung der Exerzierplätze Zeithain und Königsbrück. Warum treten sie nicht dafür ein, daß diese Exerzierplätze mit Landwirten besiedelt werden, die bei Lösung der Kulturrätsen — und um solche handelt es sich in den vorliegenden Fällen — dem Wohl der Gesamtheit weichen müssen? Sie würden dabei die Unterstützung aller Parteien finden!

Grimma. Brände. Innerhalb von acht Tagen sind in der Grimmaer Gegend vier Brände ausgebrochen. In allen Fällen kommt Brandstiftung in Frage. Es brannten das Liebtrautsche Gut in Bernbrück, Scheune und Seitengebäude des Gutsbesitzers Goldth in Kieselwitz, eine Feldscheune des Gutsbesitzers Sparböck in Ballendorf und die Scheune des Gutsbesitzers Tiepky. — In Zumma wurde die Feldscheune des Landwirts Richard Leopold mit großen Vorräten an Stroh, Maschinen und Wagen durch Feuer vernichtet. — Im Gehöft des Gutsbesitzers Franz Kunze in Bennewitz bei Burzen brach Feuer aus, durch das großer Schaden am Dachstuhl eines Nebengebäudes und am Pferdestall angerichtet wurde. Der Vater des Gutsbesitzers wurde wegen Verdachts der Brandstiftung in Haft genommen.

Zwickau. Starke Erdstöße. Donnerstagmorgen, 1 Uhr 40 Min. wurde ein starker Erdstoß verübt. Der Seismograph in Plauen verglich und diese Zeit seinen Ausschlag; jedenfalls handelt es sich um Erdrußerscheinungen östlicher Art.

Zwickau. Bau einer Talstraße. Von Niederschlema bis Stein ist seit einigen Jahren der Bau einer Talstraße für Rechnung der Bezirksserstände Zwickau und Schwarzenberg im Gang. Der Bau wird baldigst beendet werden. Der Bezirksserstand Zwickau hat die Fortleitung dieses Straßenbaues, der eine wildromantische Gegend aufliest, bis zum benachbarten Niederschlema in Erwägung geogen. Dieser Bau wird noch 700 000 M. erfordern.

Chemnitz. Ein neuer Ueberfall auf der Straße. In Chemnitz hat sich schon wieder ein Ueberfall auf der Straße ergeben. Ein Kellermeister wurde, wie das Kriminalamt meldet, auf der Reinhardstraße von zwei Arbeitern aufgesauert und mit einem eisernen Werkzeug durch Schläge ins Gesicht in barbarischer Weise mißhandelt, bis er bewußtlos liegen blieb. Die Täter sind noch nicht festgestellt.

Auerbach. Der Tod unter dem LKW-LKW. Unter einem LKW-LKW der Biergroßhandlung von Richard Schlegel in Schöneck fand der 11jährige Oberrealschüler Eberhard Bleyer aus Falkenstein den Tod. Der Oberrealschüler hatte eine Sandfrau getroffen und war, als die sie umwandelte, davonlaufen und vor dem Goldfassgebäude der Blauenbank

Bon Nah und Fern.

Schwere Explosionskatastrophe in München.

In München ereignete sich gestern vormittag ein schweres Unglück. Bei der Desinfektion einer Wohnung explodierte der Desinfektionsapparat. Einzige 25 Personen wurden verletzt, von denen acht in die chirurgische Klinik gebracht werden mussten. Die Explosion erfolgte in der Wohnung eines Bädermeisters, der seine Zimmer wegen Ungeziefers durch eine Desinfektion hätte läufern lassen. Der Desinfektor blies in die Zimmer Blausäure. Vermutlich erfolgte die Explosion durch Erwärmung des unterhalb der Wohnung im Keller befindlichen Badezimmers. Der Desinfektor wurde zwischen verhaftet und der in seiner Wohnung lagernde Schwefelkohlenstoff von der Behörde beschlagnahmt.

Das von der Explosion betroffene Haus, mühte von sämtlichen Bewohnern geräumt und durch mächtige Balken gesichert, werden, da die Planerrie vom Kellerabschöpf bis in das zweite Stockwerk hinaufgehen. Die Inneneinrichtung und der Hausrat wurden durch die Gewalt der Explosion zertrümmt und auf die Straße geschleudert. In einem Umkreis von etwa 200 Metern wurden sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Todesopfer sind nicht zu beklagen. Nach dem Urteil von Sachverständigen ist das Unfall noch relativ glücklich abgelaufen, da die zur Desinfektion verwandte Menge von Schwefelkohlenstoff das ganze Haus hätte sprengen können.

Schwere Explosionsunglücks.

Am Mittwochmorgen gegen 7½ Uhr ereignete sich auf dem Fabriksgelände der Carbonit-Alkaliengesellschaft in Schlebusch (Kreis Solingen) ein schweres Explosionsunglück. Ein Menghaus des Dynamitbetriebes der Firma, in dem Sprengstoff gelagert werden, sleg in die Luft. Fünf Arbeiter wurden getötet, einer schwer verletzt, der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Die Entstehungsursache festzustellen, dürfte sehr schwierig sein, da die in dem Hause beschäftigten Arbeiter sämtlich ums Leben gekommen sind. Die Explosion war so heftig, daß in der Umgebung auf mehrere Kilometer die Fenster Scheiben zertrümmert wurden.

Schwere Sittlichkeitserbrecher.

Der Schuldiener einer Berliner Gemeindeschule, Kegler, ein Mann von 55 Jahren und Vater von drei Kindern, ist am Montag verhaftet worden, weil er sich an vielen Schulmädchen im Alter von 11–13 Jahren als schwere vergangen hat. Bis jetzt sind 18 Schülerinnen ermittelt worden, die augenscheinlich der Schule aus dem Schulgrundstück erschienen, von dem Unhold angelockt und aufschwärze von ihm missbraucht worden sind.

Ein jugendlicher Unhold namens Auguste, der sich in Berlin in der Trunkenheit an einem 5 Monate alten Kind verging und

zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist nun in der Berufungsinstanz zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Herabminderung der Strafe wurde trotz der schrecklichen Tat vor genommen, weil dem Kind ein dauernder Schaden entstehen sollte nicht zugesetzt wurde.

Tödlicher Unfall in einer Tuchfabrik.

Mittwoch vormittag geriet in der Tuchfabrik Gebr. Krüger in Rottlau der 35 Jahre alte verheiratete Wallfahrerarbeiter Wilhelm Schulte in die Tuchschleuder. Er wurde von der Maschine, die 800 Touren in der Minute macht, erschossen. Sein Körper wurde völlig zerstört, so daß nur noch Knochen- und Fleischstücke aus der Schleuder herausgeholt werden konnten.

Schreckliche Folgen einer Tändelei.

Wie aus Lindau berichtet wird, hat aus der im Breitenauer Wald gelegenen Sennerei Ahlrau eine Tändelei einen grauenhaften Abschluß gefunden. Der 20 Jahre alte Sohn eines dortigen Bauern überzte mit einer gleichaltrigen Sennertochter. Er glitt, indem er sie umarmte, mit seinen Holzschuhen auf dem nassen Zementboden aus und stürzte mit dem Mädchen in den brodelnden Molkeketzel. Beide erlitten so entsetzliche Verletzungen, daß sie unter qualvollen Schmerzen starben.

Mordaten ohne Zahl.

In Rostenberg bei Weimar hat der Bergmann Oswald Erlebe seine beiden jüngsten Kinder, einen Knaben und ein Mädchen, im Alter von 2 und 3 Jahren vergiftet und sodann mit einem Messer durchs Herz gestochen. Darauf erhängte sich der Täter. Der Grund zu der Tat ist in unerträglichen Familien- und schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

In Düsseldorf erlief am Montag der 21 Jahre alte Kaufmann Kroß aus Hagen die 27 Jahre alte Gertrud Schöfer, mit der er seit zwei Jahren ein Verhältnis unterhielt, in der Wohnung ihres Bruders und brachte sich daran zwei Schüsse bei, die ihn so schwer verletzten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

In Aixing wurden drei Mädchen von bis jetzt noch unbekannten Tätern über zugemordet. Die Mutter der Kinder fand sie, als sie am Montag von ihrer Nachbarschaft nach Hause zurückkehrte, von Bettdecken zerstört blutüberströmt am Boden liegen. Das älteste war bereits gestorben. Die beiden anderen liegen bewußtlos im Krankenhaus. Von den Mörtern fehlt jede Spur.

In Karlsruhe war im Januar der Gärtner Friedrich Mach verhaftet worden, der auf den Direktor Gregor der Fürstorgeanstalt

nahm. Mach wurde in Eppingen die 16jährige Frieda Hecker ermordet aufgefunden, ohne daß es gelang, die Tat aufzuhören. Wie von zuständiger Stelle verlautet, hat Mach vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt, das Mädchen ermordet zu haben.

Das Schwangerdal in Küttel hat am Montag nach vierjähriger Verhandlung den 28 Jahre alten Landwirt John Johann Lethner aus Poppensen, der am 7. Juli 1925 seinen Vater durch Erdrücken getötet hat, wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die der Mütterlichkeit angeklagte Hansapflegerin Anna Pleißer, gegen die der Staatsanwalt ebenfalls die Todesstrafe beantragt hatte, wurde zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte Anna Lethner erhielt wegen Verabredung zu einem Verbrechen vier Jahre und sieben Monate Gefängnis.

In der Degerfelden unweit Ebingen kam es zwischen den Bauern Gottfried Kern und Karl Weber zu einem Streit. Kern wurde durch einen Stein ins Herz getötet, Weber wurde schwer verletzt. Sein Sohn Jakob erhielt ebenfalls einige Schläge. Der Sohn wurde in Haft genommen. Die Schuldfrage ist noch nicht völlig geklärt.

Ein Viehverbot.

In dem Wochenblatt der österreichischen Industriegemeinde Weiz ist am 30. Januar folgende Annonce erschienen:

Rundmachung. Die Besitzer von Hündinnen werden aufgefordert, diese Tiere während der Dauer der Röntgenfeststellungen zu verwahren, da es aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit nicht mehr geduldet werden kann, daß sich auf den öffentlichen Plätzen und Straßen zwischen den Vertretern dieser vierbeinigen Rasse die häßlichsten Szenen abspielen. Die Polizei wurde beauftragt, solche Hündinnen rücksichtslos einzufangen und nur gegen Erlang einer Strafe von 10 S aufwärts dem Besitzer wieder zurückzugeben.

Marktgemeindamt Weiz, am 28. Jänner 1926.

Der Bürgermeister: Moritz Mosdorfer.

Beunruhigend ist nur, daß die schwere Verleugnung der öffentlichen Sittlichkeit so billig gehabt werden kann, mit einer Geldstrafe von 10 S aufwärts. Eine Arreststrafe ist die Hündin — der Herr Hund bleibt nach gut bürgerlicher Ausführung straffrei — von einem bis zu sechs Monaten wäre der Schwerpunkt des Delikts angemessen. Eine zweite Rundmachung des großdeutschen Bürgermeisters von Weiz ist am Faschingssonntag zu erwarten, des Inhalts, daß Hunde, Haken, Pferde, Kinder nur noch in schäbleriger, bis zu den Sohlen und bis über den Hals reichender Kleidung in den Straßen und Gassen von Weiz erscheinen dürfen.

Verein für Feuerbestattung jur. Person

zu Leipzig. — Kreuzstraße 14.

Sonntag, den 14. Februar 1926, vormittags 10 Uhr, wird für Mitglieder und Nichtmitglieder eine kostenlose Führung

durch die Verbrennungsanlagen auf dem Südfriedhof veranstaltet.

Deutscher Verkehrsbund

Verwaltungsstelle Leipzig.

Sonnabend, den 13. Februar, im großen Saal des Volkshauses:

Heiterer Unterhaltungs- und Ballabend

unter gütiger Mitwirkung von Frau Käte de Giorgi, Lieder-Sängerin, und Herrn Carl de Giorgi, Rezitator und Humorist (langjähriger Antreger der Panorama-Künstlerspiele).

Einlaß 6 Uhr / Beginn 7 Uhr / Eintritt 50 Pf. Zu recht zahlreichem Besuch laden wir unsere Mitglieder und Gesinnungsgenossen herzlich ein.

Ein Stadtgespräch:

Die Volkshaus-Weinkellerei liefert die besten und billigsten Weine

Hoch-eine Latselbutler à Stück 1.20
Hoch-eine Speisequark à Pf. 0.20

Hoch-eine Stäbe aus der Wollerei Brinnis empfiehlt

WALTER VOGEL
Sallstraße 117.

Wenden Sie sich an die richtige Quelle!

Reformbettstellen Kinderbettstellen Holzbettstellen Reformunterbett Chaiselongues Polsterauflagen Knippenberg-Patentmatr., j. Größe
Fach, Bedienung! Zahlung nach Wunsch!

Fortuna - Bettenhaus
Inhaber Paul Kreyser
Brüderstrasse 10 (Nahaufnahme)
Franko-Versand in alle Staaten!

Stellenangebote

Tüchtige Metallschleifer auf Fahrradfelde läuft
Otto Zeising, Fernstücks-Werk
2. Gesch., Barneder Straße 18.

Billige Preise



für gute Berufs- Kleidung

Schlafzimmersachen	4.25
Schlafzimmersachen	3.00
Kochdecken	6.00
... .9.50	6.00
Staubmäntel	8.75
10.15 8.90	8.90
Mäntelkittel	9.00
11.50 6.90	6.90
Aerstomäntel	11.50
... .14.50	11.50
Sitzerhöhtel	8.60
Fleischerdecken	10.50
Damen-Mäntel	8.90
... .6.75	6.75



Reichstr., Handelsk. Versand u. Nachn.

Große Fleisch- und Wurstwarenra'e

Hainstr. 17-19, (Durchg. U.T.) Inh. M. Uer

Fl. Irisches Hammelfleisch à Pf. 85
do. Wilden Bld. 95. do. Reine Bld. 1.10,
do. zu Ragout Bld. 75.

Fl. Irisch. Rindfleisch à Pf. 85 à 90
do. zu Gulash ohne Knochen Bld. 95

Schweinefleisch: Ausnahmepreis!
do. Bauch Bld. 95. do. Ramm. Reine Bld. 1.05,
do. Kotlett Bld. 1.15

Geräucherte Blutz-, Leber-, Knackwurst à Pf. 85.
à Pf. 1.15

Verkäufe

Auf Teilzahlung

v. wöch. Raten v. 1 — 4 erhalten.

Sie Eleg. Mäntel,

Mäntel, Sportwest.

Gummimäntel, An-

züge, Schuhwaren

Bottwäsche, Inlett

Gardinen

S. Rachwalski

Taubchenweg 64.

Kleiderschrank

turniert verkauft

Spiegelstraße 10, I.

Auf Kredit

Schlafzimmer

Rüben

um 5 Mark abholbar

Scherbel

Gothaerstraße, 20.

Wein

Weiss-, Rotwein 0.75 an
Tarragona alias, 1.10 an
Blutrot, Sönew. 1.25 an
Portwein 2.50 an. Malaga dunkel voll 1.35 an
Tokayversus 2.60 an Samos, Muakoteller 1.50 an
Wermut 0.75 an, Sekt 3.25 an Madeira, Sherry
Weinbrand, Rum, Arrak, Punsch, Liköre, Prosecco
o. St. u. Fl. Forner v. Fass: Rotwein v. 85.5 an,
verech. Süßweine v. 1.20 an pro Ltr. Trotz der
bill. Preise alles nur gute, reelle Qualitäten.
Ausführ. umfangreiche Preisliste z. Verfügung.

A. Friese, Grimm, Steinweg 11

Kellerei Hof, kein Laden. Fernspr. 23387.*



Ich drücke ein Auge zu

Teilzahlung

Herrnen-Damen-Kinder-

Konfidenzmand-

Bekleidung

Wäsche

bei sofortiger Abnahme

kleine Preise

Baumgärtel

Königsplatz 9, I.

neben Grassimuseum

Reformbetten

Paten- und Außenmatratzen
Ref.-Unterbetten, Chaiselongues *
Steppdecken, Diwandecken
Kleiderschränke u. Küchen
Teilzahlung o. Aufschl., sol. Lieg.

F. Enke, Elsterstr. 46, I.

Zahlungsvereinfachung

Reformbetten
Holzbetten
Kinderbetten
Chaiselongues
Aufzugsdecken
Anzahlung 10 Mk.
Abzahlung 5 Mk.
Sofortige Lieferung
Kein Aufschl.

Hofmann

Leipzig - Kondit.

Kapellenstraße 9a.

Promenadenwagen.

Kappwagen

Zeilzahl. gefüllt.

Nürnberg-Str. 5, I.

Bromen.

Wirtschaft

Staatsbank und Privatbank.

Der Jahresbericht der Reichskreditgesellschaft.

II.

Der ausgewiesene Bruttogewinn hat sich seit 1924 von 9 188 241 auf 10 152 103 Mark erhöht, der Reingewinn von rund 4,6 auf 5,5 Millionen Mark. Dabei fehlt, wie gelagt, der Gewinn aus Kontor-, Post- und Eisenstengeschäften vollständig, der im vorigen Jahre mit 657 713 M. ausgewiesen war und diesesmal zweifellos sehr viel höher ist.

Aus der Bilanz ist zu ersehen, dass die Gläubiger (Kreditoren) der Reichskreditgesellschaft von rund 335 auf rund 297 Mill. M. gestiegen sind. Damit sind die Kreditoren über die der Dresdner Bank hinausgewachsen und mehr als doppelt so groß, als die der Disconto- und Kreditgesellschaft. In der kurzen Frist ihrer eigentlichen Banktätigkeit ist also die Reichskreditgesellschaft nicht nur eine Großbank, sondern eine der bedeutendsten Großbanken geworden. Um so wichtiger wäre es gewesen, wenn man aus der Bilanz hätte erschließen können, woher die bei der R.K. angelegten Gelder stammen bzw. wie sie sich unter die öffentliche und die Privatindustrie verteilen. Erst wenn man das wüsste, könnte man feststellen, eine wie bedeutende Konkurrenz das öffentliche Institut für die Privatbanken geworden ist. Die Herkunft der angelegten Gelder ist aber aus der Bilanz nicht ersichtlich.

Wie sind nun die bei der R.K. angelegten Gelder verwendet worden? So sehr man auch bemüht ist, die Bedeutung der R.K. für die Privatwirtschaft in der Bilanz zu verbergen, so hat sie doch nicht ganz verbergen lassen. Ihre Wichtigkeit für den Warenmarkt kommt zum Ausdruck in der erstaunlichen Verzeichnung der kurzfristigen Kredite, für die Waren- oder Wertpapiere verpfändet worden sind. Es sind also Umlaufschecks, die haben zusammen mit Wechseln und Scheinen bei weitem den größten Anteil an der Gesamtkreditgewährung der Reichskreditgesellschaft. Es handelt sich um die Posten Reportis und Lombards gegen börsenfähige Wertpapiere und Vorläufe aus Waren und Warenverschiffungen. Von den gesamten Forderungen betragen sie ungefähr 300 Millionen Mark gegen rund 128 Millionen "sonstige Schuldner", über deren Charakter nichts gesagt ist. Daraus ergibt sich, dass auch die Reichskreditgesellschaft ebenso wie die Privatbanken seine produktive Kreditpolitik betreibt, darauf bedacht, die wirtschaftlich wichtigen Betriebe zu bevorzugen und die wirtschaftlich überflüssigen auszuschalten. Sie hat so ebenso wie die Privatbanken lediglich auf die Sicherheit ihrer Ansagen und nicht auf die Sicherheit des Gesamt-wirtschafts abgesehen. Sie unterstellt mit ihren Krediten nur die Steigerung des Warenumlaufs, aber nicht die Verbesserung der Warenproduktion. Sie hat also mit ihrer Kreditpolitik gleich den Privatbanken zur Verstärkung der Krise beigetragen, anstatt sie zu verhindern, denn sie hat den Privatunternehmern die Möglichkeit gegeben, mehr Waren zu kaufen, als der heimischen Kaufkraft entspricht. Sie segnet also im Schleppion der Privatbanken und unterstützt damit deren Machtposition und ihre Ausnutzung im privaten Profitinteresse. Das das so ist, kommt auch in dem Geschäftsbericht zum Ausdruck, dessen Angaben über die Geschäftstätigkeit der R.K. sehr widersprüchlich sind. Er enthält folgenden Passus:

Die teils freiwillige, teils unfreiwillige Umbildung großer Industriegruppen hat eine allgemeine Bewirktzung des Wirtschaftslebens hervorgerufen, die leicht hängig und vorhängig werden können, wenn die Banken nicht in wichtigen Fällen zusammengetreten wären, um die notwendigen Neorganisationen in geordneten Formen durchzuführen. Auch wir haben uns in verschiedenen Fällen hierbei beteiligt. Infolge der durch die erwähnten Umbildungen hervorgerufenen Bewirktzung sind größere Beiträge dem Kapitalmarkt entzogen und dem Geldmarkt zugelassen worden. Hierdurch wurde die Entspannung auf dem Kapitalmarkt, zu der die inländische Kapitalbildung und die Kapitalzufluss aus dem Auslande Veranlassung gaben, zunächst aufgehoben.

Die R.K. ist also ebenso wie die Privatbanken der Entwicklung nachgekehrt, anstatt sie zu beeinflussen. Sie hat sich damit begnügt, Wirtschaftserfolgs nicht selber zu lassen, anstatt durch ihre Kreditpolitik die Lebensfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Es handelt sich hier offenbar um die Kredithilfe, die die Reichskreditgesellschaft beim Zusammenbruch großer Konzerne gewohnt hat.

Die Verwendung der Staatsmittel hängt davon ab, welche Sicht den Staat beherrscht. Da Deutschland gegenwärtig von den Vertretern des Kapitals regiert wird, werden auch seine Staatsmittel zur Unterstützung der kapitalistischen Unternehmer verwendet, vornehmlich zur Unterstützung des allmächtigen Finanzkapitals. Obwohl die Unternehmer und die Unternehmerpreise die Überfülltheit und Zweckwidrigkeit der öffentlichen Wirtschaft täglich zu beweisen versuchen, ist diese für die Privatwirtschaft unentbehrlich. Um diese Tatsache zu verbergen, betreiben

die öffentlichen Institute, die eigentlich zu musterhafter Rechnungslegung verpflichtet waren, Bilanzverschiebung. Die öffentlichen Kreditinstitute, wie z. B. die Reichskreditgesellschaft, üben die gleichen Funktionen aus wie die Privatbanken. Es gibt kaum ein Gebiet bankmässiger Tätigkeit, das nicht auch von der Reichskreditgesellschaft betrieben wird. Das beweist, dass die Initiative des Privatunternehmers gerade auf diesem weitverzweigten Gebiet, auf dem sie eigentlich nach der kapitalistischen Ideologie am unentbehrlichsten sein müsste, überflüssig ist. Es liegt also kein Hindernis vor, die öffentliche Funktion, die die Privatbanken ausüben, statt von ihnen von öffentlichen Institutionen ausüben zu lassen. Dass das geschieht und dass es auch im öffentlichen Interesse geschieht, hat zur Voraussetzung, dass über den Staatsapparat nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter verfügen.

Betriebsstilllegung als Rohrdruckmittel.

Am 8. Februar berichtete die R. K., dass die Zuckerfabrikerholte ihrer gesamten Belegschaft zum 15. Februar gekündigt hat. Die Kündigung wurde der Arbeiterschaft in folgendem Anschlag erklärt:

"Hiermit kündigen wir unter gesamten Arbeiterschaft zum 15. Februar d. J. Infolge der schlechten Wirtschaftslage der Zuckerrindustrie und rüttelnden Landwirtschaft jehen wir uns gezwungen, mitzutun, dass eine Weiterführung des Betriebs unter den jetzigen Arbeitsbedingungen nicht möglich ist. Wir sind jedoch bereit, in dieser Zeit mit den Vertretern der Arbeiter zu beraten, um Wohl und Mittel zu schaffen, um den Betrieb weiterführen zu können."

Nunnehe kommt die Meldung, dass auch die Roscher Zuckerraffinerie der gesamten Arbeiterschaft zum 15. Februar gekündigt hat. Es ist auffallend, dass die Kündigungserklärung der Roscher Zuckerraffinerie genau den gleichen Wortlaut hat wie der Anschlag ihrer Hallenser Kollegin. Die Übereinstimmung ergibt sich daraus, dass beide Fabriken seit 1922 miteinander und mit den in der Mitteldeutschen Zuckervereinigung zusammengeschlossenen Roschuerzufabriken durch Interessengemeinschaftsvertrag verbunden sind, der die Roschuerzufabriken verpflichtet, die Verarbeitung ihrer Erzeugung den Raffinerien Rosch und Halle zu übertragen. Die beiden Fabriken verzichten also über eine monopolaire Stellung, die sie in die Lage versetzt, durch gleichzeitig vorgenommene Betriebsstilllegung einen Versuch zum Druck auf die Arbeitsbedingungen zu machen. Dass diese Absicht tatsächlich besteht, geht ja schon aus dem oben zitierten Text der Kündigungserklärung hervor. Wenn die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht aufrechtzuerhalten sind, so müssen sie eben verbessert werden — verbessert natürlich im Sinne des Zuckerkonzerns und nicht etwa im Sinne der Arbeiter. Die schlechte wirtschaftliche Lage der Zuckerrindustrie, von der der Anschlag spricht, kommt jedenfalls nicht im Wolltagmangel zum Ausdruck. Buckwalts Börsenberichte, deren Angaben zuverlässig sind, melden auftäglich der ausgesprochenen Kündigung, dass an sich die Beschäftigung der Zuckerraffinerien im Hallischen Bezirk durchaus nicht unzureichend sei. Die Zuckerpresse lassen sich allerdings angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und der im gleichen Maße zunehmenden Mittellosigkeit der arbeitenden Massen nicht willkürlich erhöhen.

Der Zuckerkonzern will aber die Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die Preise dadurch ausgleichen, dass er die Arbeitslosigkeit noch vermehrt und die Ausbeutung verschärft. Das Vorgehen der beiden Zuckerraffinerien ist sicherlich nur ein Beispiel von vielen. Es ist zu hoffen, dass es sich als ein Versuch mit unkontrollierten Mitteln erweist.

Starker Abbau der Arbeiter — schwacher Abbau des Preises.

Die auf dem Sichttag des 10. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 2. Februar (110,2) um 0,3 v. H. auf 118,8 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Roggen, Gerste, Schmalz, Fleisch, Hopfen, Rindshaut, Kalbfelle, Baumwollgewebe, Roschute, Hanf, Blei und Zint. Höher lagen die Preise für Weizen, Butter, Heringe, Milch, Baumwolle, Baumwollspinn, Kupfer und Zinn. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 113,5 auf 113,0 oder um 0,4 v. H. die Industriestoffe von 120,0 auf 120,7 oder um 0,2 v. H. nachgegeben.

Schlechte Geschäfte — gute Gewinne.

Die Unternehmer slogan belästiglich über Kapitalmangel, der so groß sei, dass ihnen die Mittel zur Fortsetzung der Erzeugung fehlen und sie gezwungen sind, ihre Betriebe zu schließen. Man müsste eigentlich annehmen, dass bei Kapitalmangel die Dividenden sinken. Die Gesellschaften müssten darauf bedacht sein, die ohn-

hin knappen Geldmittel den Aktionären vorzuenthalten, um sie dem Betrieb vorzuhalten. Erstaunlicherweise ist das gerade Gegenteil der Fall. Mit der Arbeitslosigkeit wachsen die Dividenden. Der Aufsichtsrat der Leipziger Baumwollspinnerei hat beschlossen, der am 2. März einzuberuhenden Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 16 Prozent vorzuschlagen. Im Vorjahr verteilte sie nur 10 Prozent und 1911 15 Prozent. Das Aktienkapital war aber damals kleiner als jetzt (3 Millionen, jetzt 3 637 500). Der Unterschied zwischen der Gesamtdividende von heute und der von 1911 ist also größer als nur 1 Prozent.

Die Hamburger Quarz-Porphyr-Werke A.G. in Rödnic bei Wurzen verteilen 15 Prozent auf die Stammaktien. Die Dividende hat sich gegenüber der vorjährigen (7 Prozent) mehr als verdoppelt. 1914 waren es 12 Prozent.

Elektrizitätsversorgung in Europa und Amerika.

Obriglich die Elektrifizierung Europas in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht hat, betrug der durchschnittliche Elektrizitätsverbrauch der europäischen Bevölkerung je Kopf im Jahre 1924 nur etwa 21 Proz. desjenigen in den Vereinigten Staaten. In den meisten europäischen Ländern sind gut seit Jahrzehnten große Projekte zur Elektrizitätsversorgung in Vorbereitung oder in Ausführung begriffen und momentan ein bedeutender Teil der im letzten Jahr in Amerika aufgenommenen Anteile für diese Zwecke Verwendung finden. Aber auch in Amerika ist eine zunehmende Tendenz zur Errichtung von "neuen" Elektrizitätswerken; es sei hierbei nur an das bekannte Projekt von Muscle-Shoals erinnert, im Gange, und erst kürzlich wurde erklärt, dass etwa 60 Proz. der amerikanischen Elektrizitätswärme innerhalb der nächsten 10 Jahre erneuerungsbedürftig seien. Um welche gewaltigen Kräfte es sich hierbei handelt, möge darunter erläutert werden, dass die Erzeugung der öffentlichen Elektrizitätswärme in den Vereinigten Staaten allein in den ersten 9 Monaten des abgelaufenen Jahres 47 670 Millionen Kilowatt-Stunden betrug, oder 10 Proz. mehr als in der entsprechenden Zeit 1923. Folgende Auflistung gewährt einen lehrreichen Vergleich der amerikanischen Elektrizitätsversorgung mit denjenigen der wichtigsten europäischen Staaten im Jahre 1924:

Vänder	Elektrizitäts- Erzeugniss in Millionen Kilowatt-St. je Kopf in Million-E. St.
Vereinigte Staaten	55 674
Großbritannien	6 682
Deutschland	7 284
Frankreich	4 296
Italien	4 153
Spanien	2 980
Österreich	2 550
Schweden	2 349
Schweiz	1 970
Belgien	1 663
24 europäische Staaten	36 442

Obriglich Deutschlands Elektrizitätsversorgung hierach den ersten Platz unter den europäischen Ländern einnimmt, somit es dem Konsumverbrauch nach erst an letzter Stelle in Europa.

Amerikanische Presse der Produktionsbörse.
Berlin.

Produkte	11. Februar
Weizen, märkischer	244—247
Roggen, märkischer	145—150
Gerste, Sommer	168—196
Butter	—
Winter	140—158
Hofz. märkischer	155—168
Mais	—
Weizenmehl	82,00—85,25
Roggenmehl	21,75—25,75

Handelsministerliches Lieferungsgefecht (Berlin).

Weizen: März 265—266, Mai 265, Mai 270.

Roggen: März 165, Mai 177, Mai 177.

Hofz.: —

Mais: —

Roggenmehl: —

wie Dein Haar rechtzeitig mit Shampoo mit dem schwarzen Kopf. — Um wieviel schöner fühlt Du Dich, um wieviel leichter gerät die Frisur, wenn Dein Haar leicht und schwungsvoll ist! Und die Haarschäfte: um wieviel reizvoller und anziehender ist ein von duftigem, wohlgepflegtem Haar umrahmtes Gesicht! Das alte Shampoo ist extremlich an dem schwarzen Kopf, worauf beim Einfüllung ganz besonders zu achten ist. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Kinder dabei gewesen wären. Aber dieses leidende, triumphierende und gleichzeitig so widerwärtig fordrende Weib war ihm fremd wie irgendeine. Er hört sich sagen:

„Du hast mir nicht einen anderen Mann? Frei und frisch erwähnt, als ich im Felde stehen musste?“

Im gleichen Atemzug hatte sie gesegnet und gnisslich zugesogen. Groß und stolz hatte Else dagestanden und die Schimpfende mit einer Handbewegung von der Schwelle gewiesen, als er selbst zusammengebrochen war. Und kein Wort des Vorwurfs ward ihm von ihr. Aber zwei Tage später nutzte er von der Arbeitsstätte weg den Polizeistaaten, die ihn hierher brachten. Und das war Anna Welt.

Hubert Steinböck rückte sich auf. Ja — hierher! Sie schwieften seine Augen durch die schmale und dumpfe Zelle. Zwei Monate hat er hier ausgehalten. Aus dem Grübeln seiner zweiten Ehe hat man ihn gerissen und in diesem dumpfen Loch bis zum Angerufen gehauzt. Wie alle Hälften seiner vormaligen Kunden hat man hineingelehnt. Und nun soll er zwei volle Jahre in der noch strengeren Haft des Zuchthaus verbringen? Bitter lächelt er. Sei es drum. Else wird warten. Aber es schlägt ihr plötzlich mit furchtbarem Wucht die Befinnung auf einen Spruch des Richters danieder: Die zweite Ehe wird für ungültig erklärt. Nicht Else also darf auf ihn eindringen, sondern Anna, die Schamlose, die Untreue. Und er weiß ganz sicher: Die wartet auf ihn. Gewiss, er hat vom Richter selbst die Erkenntnis, dass die Ehe formal geschieden werden könne. Aber neue Prozesse, neue Qualen, neues Aufwühlen der idemaligen Vergangenheit? Nein — niemals! Er will endlich einen Frieden, den sein Mensch, sein Gesetz mehr tönen kann.

Stunde um Stunde der Nacht vergeht. Hubert Steinböck spürt es nicht. Er merkt nicht, wie der Wächter nach seiner Vorhöheit mehrmals durch das Gußloch schaut, er spürt nicht die Kühle der zementierten Wände, er weiß nichts von Hunger und Bedürfnis. Hubert Steinböck summ und rechnet Freude und Leid seines Lebens gegeneinander ab, und darüber vergiebt die Nacht.

Um anderen Morgen sah der Wächter den blöherigen Untersuchungsgefangenen auf Zelle drolundziehig. Hubert Steinböck am Fensterstiel erhangt vor. Ein aus Strohhalzstreifen gedrehter Strick hält ihn der Sorge entzogen, noch einmal zwischen Gesicht und Knie wählen zu müssen.

Eros im Stacheldraht.

Von Hans Otto Henkel.

Nachdruck verboten.

(Schluß.)

10

Auf dem heimatlichen Bahnhofe stand er endlich. Bekannte hielten ihn anzu sprechen wollten, aber er war ihnen davongelaufen. Zur Frau wollte er, zu den Kindern. Wie kann doch ein Herz voll brennender Erwartung sein. Sogar die Nachbarin hatte er in froher Ungeduld bestellte gehoben, als sie ihn geschockt in der Tiefe seines Häuschen aufhalten wollte. Uebermäßig hatte er getrunken — er entzog sich jedes Wortes — „Morgen schwanken wir, soviel ich wollt, heute muss ich erst zu Anna!“ Die Treppe war er so heftig aufgestiegen, als möglich hinaufgeschlichen und das war bei seinen schwerbeschlagenen Soldatenstiefs nicht leicht gewesen. Aber sie sollten ihn nicht hören. Das vollkommene Gelingen der Ueberraschung galt ihm als Haupttreue des Urlaubs. Leile, ganz Leile hatte er den Schlüssel im Schloss gedreht, genüßlich, doch in den nächsten Sekunden ihm sein Weib im Arm liege, sprachlos vor Freude und süßer Wiedersehenslust. Und dann —

Der Haftling zog sich die Lippen mund, um nicht laut aufzuhallen zu müssen. Seine Hand strich mit harter Bewegung das Weinen hinweg. Er würde ja doch bis zu Ende denten müssen. Aber dann war ein Seufzen aus sein Ohr gedrungen. Und als er zaghaft die Tiefe zur Wohnstube geklopft hatte, konnte er dem nächststehenden aller Anblicke nicht mehr ausweichen. Jenstoffs der Stube, durch die offenkundige Schlammschlüsse sichtbar, lag Anna auf dem zerwühlten Bett und mit ihr ein Mann, den er nicht kannte. So stark hatte ihn der Schreck gemacht, dass die beiden den Unbeweglichen gar nicht bemerkten. Töten, morden, zertragen, in freiem Fleische wünschen — das war der erste Gedanke gewesen, der ihm die Bestrafung wiedergab. Dann erinnerte er sich der Kinder — es war ja die Mutter und — es war ja die, die er so sehr liebte, nach der er sich so unendlich gefehlt hatte. In allen Schmach des Krieges war sie der Ruhepunkt gewesen, wo er Ruhe wählte. Bis hierher kann sich Hubert auf jeden Schritt, auf jeden Gedanken befinden, ja, die alzuscharfe Deutlichkeit quält ihn. Dann zeigt die Erinnerung klaffende Lücken. Natürlich weiß er noch, dass

Feuilleton

Freitag, 12. Februar 1926

Theorien und Tänzerinnen.

Die Tanzkunst hat seit dem Kriege recht sonderbare Kulturschicksale gehabt. Man hatte in damals, weil die „große Zeit“ eben eine erneute Zeit war, den Untertanen das Sterben zwar im weitesten Umfange erlaubt, das Tanzvergnügen aber sehr eingeschränkt oder durchaus verboten. Wer nun selber nicht hüpfen durfte, aber gehen wollte, wurde schließlich geradezu begierig, zu tanzen, wie es wenigstens andre auf dem Podium taten, was ja in jedem Falle als Kunst, oft sogar mit Recht als eine sehr ernste oder geradezu sanftweilige Kunst galt, und deshalb nicht verboten war. In jenen Jahren ließen sich zumal die jungen Mädchen aus den „besseren Kreisen“, gern aufs Hüpfen drängen, und wenn ein neuer, recht interessant klingender Name auf irgendeinem Programm stand, so konnte man ziemlich sicher sein, nachher im Saale einem Elefantensüßen oder einer süßlichen älteren Jungfrau zu begegnen. Als dann später das Geld nicht mehr ganz so billig war, verbot sich derartiges Unzug allmählich wieder auf Grund der ökonomischen Tatjachen.

Das Tanzen selber musste schließlich doch denen überlassen bleiben, denen irgend jemand dabei zuwischen kam die Dauer bereit sein konnte. Der Dilettantismus lobte sich nun mehr in der wohlseiteren Kunstbetrachtung aus. Es ist bekannt, dass die Kunstrichtung der ersten Nachkriegsjahre als Expressionismus nannte; es kam also im Gegenseitig zu allen mehr kontrollierbaren Naturindrücken theoretisch darauf an, die eigenen Gedanken und Geühle nach außen zu stellen. Die Kunst sollte Ausdruck des geistig sinnlichen Innenselbstes der Menschen sein. Das war sie nun zwar von eh und je. Aber als neue Theorie hat diese alte Weisheit doch eine wunderschöne Aussrede für den Mangel an Gestaltungskraft und auch für jede Unfähigkeit, mit klaren Worten zu sagen, was man eigentlich meint.

Es wurde nun nicht etwa nur expressionistisch getanzt, wobei ja wenigstens der menschliche Körper als zuverlässige konkrete Grundlage immer gegeben war, sondern es wurde vor allem expressionistisch darüber philosophiert. Die Tänzer selber schrieben Bücher, die ohne gründlichen Kommentar nicht sehr genießbar waren. Junge Literaten, die irgendeiner Tänzerin nahestanden, oder nahezu stehenden, gaben ihren Gedanken in tiefgründigen Untersuchungen Ausdruck und wirkten mit dahin, dass man allmählich geneigt war, im fernreisenden Publikum den Tanz für eine zwar äußerst schwierige, aber auch äußerst schwermütige und geistige philosophisch trockne Angelegenheit zu halten.

Dass er das Gegenteil davon ist, wissen aber alle, die etwa zum Besuch ihres eigenen Körpers und zum Besuch künftiger Generationen rhythmische Gymnastik betreiben, wissen alle Kinder, die im Zimmer herumtanzen, und alle jungen Menschen, denen ein paar fernher klingende Musiknoten einen Tanzschwung in die Glieder legen. Dass der Tanz als Kunst zwar schwierig, aber heiter und fröhlig ist, konnte man durch einen glücklichen Zufall an zwei Abenden in Leipzig erleben, da auf einem Tanzabend der noch nicht 25-jährige Riddi Impeloven ein Gastspiel der Tanzgruppe des Neujahrlichen Theaters im Schauspielhaus folgte, die von der etwa gleichaltrigen Yvonne Georgi geleitet wird.

Es ist wahrscheinlich, dass Riddi Impeloven niemals eine Gruppe leiten oder einer Schule vorstellen wird. Sie ist heute die vollkommenste Tänzerin, die wir kennen. Aber sie ist in jolchem Maße nur Ausdruck der Melodie, wenn sie durch ihren Körper geht, nur Ausdruck eines ganz ursprünglichen, beinahe noch kindlichen Gesühlslebens von allerhöchster Einmaligkeit, das zwar jeder, der ihr zusieht, erfahren muss, was große Tanzkunst eigentlich ist, dass man ihr über die Aufgaben der Unterweisung und Erziehung, dass man ihr alles dies zuliebt doch Sekundär und in keinen Ergebnissen aussieht vom Material Abhängige, weniger zumutbar mag, als eine Aufführung, die nichts anderes sein will, als reiner Ausdruck ihrer selbst. In gar keinem philosophischen Sinn, sondern ganz einfach so, wie ein spielendes Kind sich selbst bei seinem vermeintlich unbedachten Tun vollkommenster ausdrückt, als alle sogenannte Ausdrucks Kunst erwähneter Darsteller das vermag.

Wie sehr sie etwas durch eine langjährige Arbeit hindurchgegangen sein muss, um den Betrachter als solche leichte Selbstverständlichkeit zu erfreuen, das braucht man niemandem erst zu erläutern, der schon oft mit Unlust empfunden hat, wie die meisten Tänzerinnen hinter der Musik her oder an der Musik entlang tanzen, anstatt eine Musik, die nebenbei gefiebert, hervorzuholen aus sich selbst noch einmal herauszuheben. So tanzt Riddi Impeloven heute mit Vorliebe Bach und Schumann, tanzt Mozart, Brahms und Humperdinck.

Das ausgeprägte Belustigungsteil, gewissermaßen die Unterhaltungsstätte, hat sie schenbar betriebe lassen; die Gliedersuppe oder den Kassewärmer, die sie in sehr lächerlichen Kostümen und mit technischer Bravour vor einigen Jahren hier zeigte. Sie hat ihre Heiterkeit noch mehr nach verlegt und zeigt so die Seele eines kleinen Tanzes von Bach in irgendeiner kurzen, drossigen Tanzgebärde. Ihr Körper singt das Wiegenlied von Brahms mit einem Kind im Arme, das man nicht sieht, aber beinahe fühlt. Und sie tanzt das Märchen von Schumann so, dass fast alle Stimmungen und Gestalten der deutschen Volksmärchen als losbarer kleiner Bewegungsaugenblick von einem genialen Zeichner festgehalten werden können.

Wenn solcher Ansehen deutscher Märchenhaftigkeit dem blonden Mädchentum der Riddi Impeloven besonders angemessen ist, so war eine Arabische Suite der gegebene Einlach für Yvonne Georgi, die, obwohl ein Leipziger Kind, von mütterlicher Seite her aus transjordanischem und arabischem Blut stammt und mit ihrer feindlichen schwärzlichen Schönheit auch wirklich nicht an Amiras Tanz vor dem Propheten als am Soloeinsatz nordisches Lied aus Juhns Peer Gogni erinnert. Sie ist aus Marx Wigmanns Dresden-Schule hervorgegangen, war erst in Münster unter Niedenfeld-Gebhard und ist jetzt am Neujahrlichen Theater in Hera Leiterin der Tanzgruppe. An lächerlichem Können ist ihre Gruppe der des Dessauer Theaters, die mit ihrem Leiter Schede im November in Leipzig war, noch überlegen und sie stellt sich auch schon über den Einzel- und den kleineren Gruppentanz hinweg die größeren Aufgaben des eigentlichen Balletts, wie sie die Russen (Diaghilew-Ballett) vorbildlich üben. In den Brasilianischen Volkstänzen von Milhand, die in weißen Gewändern vor einem aus einfachen Formelementen gebildeten weißleuchtenden Stadtbild (Entwurf von Hans Blanke) von zwei Tänzern und fünf Tänzerinnen gezeigt wurden, steht noch manches von den türkischen Abstraktionen der Wigmannschule. Aber schon das Temperament und das lächerliche Tempo der Georgi hebt sie über das bloß gesonne komplizierter Bewegungsspiele in die Welt des fröhlichen Tanzes um, sofern selbst willen hinein und überträgt sich auch auf manches Mitglied der Gruppe.

Wie sehr aber wirklich Tanzkunst auch als Pantomime jedem musikalischen Theater — also auch der Oper in Leipzig — zu Gewinn werden könnte, erlebte man laut lachend vor dem Tanzspiel Barabau von dem Italiener Rieti, das mit unendlich somischen Chören in allen Tonlagen an einen reichen Bauern, der bei einem ländlich-städtischen Zusammenstoß mit Militärsoldaten tödlich verunglückt zu sein scheint, die heitere Krise richtet: „Barabau, warum

denn tot sein?“ Woran er natürlich keineswegs tot ist, sondern unter ebenso lustigen Gehängen wieder aufersteht.

Hier steht in den grössten Figuren manches, was Tito offensichtlich im Großen-Großen ähnlich vorgemacht hat. Über die ganze Durchführung ist so reich an guten lächerlichen Einfällen, so stark auch in der Regie bewegter Gruppen, dass man allen Antak hat, die phantastische Eigenleistung einer so jungen Tänzerin wie Yvonne Georgi noch ist, uneingeschrankt zu bewundern. Es bemächtigt sich denn auch der Zuschauer eine so ausgelassene Fröhlichkeit, wie man selten in unsern Theatern erlebt. Ich spreche nicht von dem Lospruch bei Schwankwesen, sondern von einer gespannten Heiterkeit des Gemüts, von solcher Lächerlichkeit einer Darbietung also, die wirklich dem Erhabenen mehr als dem Stumpfnuss verwandt ist.

Raum ist es nötig, besonders daran hinzuzweisen, dass unser Arbeitsergebnisinstinct sich wirklich um seine Nachfolger verdient machen würde, wenn es die Tanzkunst der Impeloven, die Tänze und Pantomimen der Georgi ihnen zugänglich mache. Beides müsse bei richtiger Vorbereitung ökonomisch durchaus möglich sein. Die Tänzerinnen aber würden ein empfänglicheres Publikum finden, als sie es bisher schon in Leipzig hatten, und könnten auf eine große Menge gerade auch von jungen Menschen wirken, die selber gern rhythmisches Bewegungsspiel betreiben, um sich und anderen damit Freude zu machen.

Heimkehr.

Von José Frances.

Pachin war allein geblieben.

Er muhte sogar noch aufzuhören und zur Tür humpeln, die sie schlecht geschlossen hielten, als sie lärmend fortgegangen waren. Er blieb in die schwarze Nacht und auf das weiße Feld; zur Linken erhob sich der mit Kastanienbäumen überseete Berg und spiegelte sich im Kastanienbächen Meer wider. Die „Seinen“ entfernen sich; schwiegend verloren die Holzschuhe im knirschenden Schnee; aber ihr Mund plapperte munter und ihre kleinen Hände führten über die Schellentrommeln, denen sie die alten bekannten Weisen entlockten.

Er niste und hatte dabei in seinem rechten Lungenflügel die Empfindung, als ob sie sich dort ein Nagel mit scharfer Spieß ein-

Dann schlief er die Tür und schrie humpelnd zum Herzen des Herdes zurück.

Draußen erklangen die Schellentrommeln, miaute der Dudelsack, piekten rauh und wie Kriegsgeschrei die flühen „Juhus“ und die langgezogenen, trübsinnigen Gejänge empor; Kinder des Nebels, die durch die Eichenhaine und die unter dem Schnee begrabenen Apfelbäume tauchten, aus den einsamen Farnen ein wehmütiges Echo auslösten oder aus den durchbrochenen Spiegel der Weihenriederstufen. Lieder in der „lügen asturischen Mundart“, gesungen von den beiden Baucenstimmen, deren Klang einem durch und durch geist und mit dem Knallen der Wagen sich reimt, die von den ersten Kindern gezogen werden.

Pachin rückte näher ans Feuer. Räte in seinem Körper und Kälte in seiner Seele. Er wäre gerne mit den Seinen zur Mitternachtsmesse gegangen. Aber ebenso wie er während des Gelages, als dem es sogar Anklider und Marzipanbrezeln gegeben hatte, still eingehalten musste, hätte er sich auch daran ergeben müssen, allein, frisch und schwach zurückzubleiben. Und lächelnd erinnerte er sich an den Vers:

Alle Rahmen nach Sanlana ziehn.

Dort will auch ich mit meiner geputzten Photo hin. Ach nein, ihm, dem Gleichbrüdigen, erlaubten seine „geputzte Photo“, welche von der Tuberkulose angestraffte Lunge und sein schwärzender Magen nur eins: den Tod auf dem Gehöft abzuwarten, wo er gesessen war.

Wie in einem märterlichen Traumspiel zogen mit einemmal Episoden aus einem früheren Leben an ihm vorbei; aus jener Zeit, wo der Ereignis ihm noch nicht über den Ocean getrieben und er noch nicht der „Amerikaner“ war, der mit Geld und ohne Gesundheit zurückkehrte.

Das lag alles so weit zurück; die Männer trugen damals noch die annualigen Barett mit der Feder und kurze Hosen mit Knöpfen über den Baden; dazu Sammelkappen mit vergoldeten Schnüren; und die Mädel, in ihren stattlichen Mänteln, banden sich seidene Tücher über den Kopf; und wenn die altemütlichen Tänze angingen, dann blitzten die weißen Strümpfe bei den prächtigen Durchzügen. Die Burschen rauschten sich damals noch mit Stößen und fausteten die Messer nicht, tranken herben, starlen Apfelwein, rauschten dazu ihre Weise und lagen schwermüdig ihre Liebesleder. Das Gebürg war noch nicht, wie jetzt, von Bergwerken durchsiebt, und bei den Wallfahrten errichteten noch nicht Leute aus fernen Ländern mit Anzügen aus blauer Leinwand, schwärzenden Händen und Füßen, auf denen die Spuren des Alkohols lagen.

O, wie schön waren doch die Herbstabende, wenn er langsam an der Seite Marius, Carminas, Olvidos und Mariangeles' heimkehrte!

Einen feuchten Teppich boten ihnen die Blätter, die zu faulen anstanden; eine Augenweide waren die Weien mit ihrem Immergrün und die Apfelbäume, welche die goldrote Frucht so läppig trugen, dass die Zweige sich unter der Last der runden Apfel bogen und fast brachen.

Und mit den ersten Schatten der Nacht traten ihnen auch die gehörnissvollen Gefassten aus den alten Märchen näher. Dann redeten sie von den Rixen, die verborgen tief unten in den Quellen lagen, wo man sie erreichen kann, wenn man das hohe Farngras entfernt und aus den schlüpfrigen Boden stampft; von den Dryaden, die in den Bäumen leben und auf die Hand des Befreiers warten, von den Hexen mit dem bösen Blick.

Im Schuh des Schaffens nähere Pachin seine Lippen auch den Wangen Carminas, Marius, Olvidos, die gefund und so fröhlich wie die Apfel waren; und er lächelte sie, worauf das Mädel ihm einen Schubs gab und sagte:

„Willst du das mal mein lassen, du verdammter Bengel! Was sollt dir denn eigentlich ein!“

Und dann war die Unruhe über ihn gekommen, die Sehnsucht nach der Ferne, nach Reichthum; der Wunsch mit einem Panamakoffer zurückzufahren, der ein kleines Vermögen kostete, Anzüge aus seinem Stoff zu tragen und eine Kette zu besitzen, die eine Linze wag; dann wollte er sich mit Doldo oder mit Carmina oder mit Mariangela verheißen.

Aber nie hätte er gedacht, dass er so zurückkommen würde, wie er zurückgekommen war. Der Traum vom Brautgemach war verlogen, aber dafür stand er einem Ende in Grabe. Ledebries waren die gleichaltrigen Mädel schon Mütter geworden und manche auch schon vorzeitig zur Großmutter; und die jetzt hörfähigen Mädeln hatten nichts für einen Mann übrig, aus dessen Atem schon ein Todesschlag strotzte, dessen Hände feucht und warm waren, der sich auf den Arm eines andern führen musste, um zwei Schritte zu machen.

Weihnachtsnacht, die er am warmen Herd und innen in den jubelnden Familien hatte begehen wollen; die ihn in seiner freiwiligen Verherrnung als der Preis aller der Entbehrungen und Kühlen erschienen waren, die er dreißig Jahre lang erduldet hatte, um Geld zu sparen und sein Konto bei der Bank von Argentinien zu vergroßern! Weihnachtsnacht, die er mit zitternder Angst erwartete, in bitterster Qual, die sich dann in lauter Freuden verwandeln sollte!

Und trotzdem saß er hier allein in der Nähe des Herdes. Alle,

sogar die alte Mutter, die ihr ausgetrocknetes Gesicht unter dem schwarzen Schleier versteckt hatte, sogar der Kleine, der Sohn der ältesten Schwester, welches geboren war, als er in Chile war (zwanzig Jahre sind es jetzt her!), waren in die Mitternachtsmesse gegangen.

Einsam und verlassen fühlte er nichts als Schweigen um sich und draußen unter dem dunklen Himmel, über der weißen Erde erklangen die Schellentrommeln, die Dudelsäcke und die jauzenden Auze... (Aus dem Spanischen von Ernst Lewy.)

Kleine Chronik.

Leipziger Konzerte.

Für den Leiter eines Konzervatoriums-Orchesters, der immerwährend mit Abwechslung von gutem und schlechtem Material zu rechnen hat, ist es vor jeder eine schwierige Aufgabe gewesen, etwas Gutes zu leisten. Walter Davison hat sein letztes Konzert (während es ihm gegen letztes Jahr etwas verschlechtert hat) wunderbar zum künstlerischen Musizieren herangebildet. Das bewies wieder mit dem zweiten Orchesterstück. Schumanns Ouvertüre „Genoveva“, op. 81, brachte Prof. Davison im echten Geist des Meisters. In der zweiten Sinfonie A-Moll, op. 55, von Saint-Saëns (die den Charakter einer Tanzsuite trägt) wurde jeder Satz lauber und mit unten Schattierungen herangebracht. Unter Konzervatorium kann an seine zwei jungen Zöglinge Ruth Meister (Violin) und Antonia Butler (Cello) recht stolz sein; denn Ruth Meisters Spiel und Technik hat sich seit vorigem Jahre zum Künstlerum ausgereift. Auch die Engländerin Antonia Butler besitzt eine ausgeglichene Technik, Ton und Cantilen sind weich, gleichmäßig und im Spiel zeigt sie klassische Ruhe. Die beiden jungen Künstlerinnen bewiesen sich in Brahms Konzert A-Moll, op. 102, für Violin, Cello und Orchester sehr gut. — Wenn auch zwischen beiden Instrumenten manche Trübung vorlag, so hörte das doch nicht die Aussöhnung des Werkes. — Es war eine Leistung, die auch ihren Lehrern Davison und Julius Anger alle Ehre machte. Die Schweizerin Gertrud Swoboda hat sich mit den sinfonischen Variationen für Klavier und Orchester von Csárdi Ákos einen schönen Erfolg geholt. Ihre Technik ist edel und gleichmäßig, die Behandlung klug behandelt, manche Höhepunkte im Spiel kommen hässlich und temperamentvoller hin.

Nur eine erstaunliche Vereinigung wie das böhmische Streichquartett: Karl Hoffmann (1. Violin), Joseph Sul (2. Violin), Georg Herold (Viola), Ladislav Jelenka (Violoncello) kann Werke in solcher Rollendung bringen, wie wir es im letzten Kammermusikabend erlebten. Die zwei Werke, die ich hörte, Streichquartett C-Dur, op. 41, Nr. 3 von Schumann und Streichquintett C-Dur, op. 161 von Schubert wurden auch dem Kritiker einigermaßen zum Erlebnis. Bei ihrem Musizieren fühlte man sich allen Leids und aller Sorge entzogen und schwelgte nur im Reich der Töne. Jammerstade, das die Künstler vor einem halbdreifachen Saal spielen müssten. Wie die Urtüche etwa darin zu suchen, dass die Herren Tischen sind?

Das 8. Philharmonische Konzert brachte die Legende von der heiligen Elisabeth von Lisszt. Der Riedelverein, der sich für Liszts Werk schon unter Riedel und Göhler stark eingesetzt hat, hatte leider bei der Aufführung des Werkes keinen guten Tag. Die Urtüche muss man wohl darin suchen, dass in seinem Jahr fünf bis sechs große Werke herangereichten zu sein ist. Wenn auch die Werke für den Chor nicht neu sind, so müssen sie doch gründlich reviviert werden, und dazu werden die Proben nicht ausreichen. Es wäre zu raten, weniger Konzerte zu veranstalten, damit der Chor länger an einem Werk studieren kann, um es so herauszubringen, wie es der Riedelverein seinem Namen schuldig ist. — Max Ludwig brachte im Vorpiel die Themen klar heraus. Dem ersten Chor „Willkommen die Braut“ fehlte das Lebendige, und der Mädchensatz „Fröhliche Spiele“ entbehrt jeder Gleichmäßigkeit. Im zweiten Aufzug der Kreuzritter (Verstärkung durch den Neuen Leipziger Männerchor) fanden viele Einfälle nicht präzise, das beeinträchtigte die Stimmung sehr. Dagegen sind die Thore der Krieger und Engel sehr gut gelungen worden. Von den Solisten waren die Damen Margarete Bielefeld-Schmidley (Elisabeth), Margarete Krämer-Bergau (Sophie) in ihren Partien vollkommen auf der Höhe, was man von den Herren nicht sagen kann. Paul Lohmann (Landgraf), der noch Ansänger ist, besitzt keinen ausgewachsenen Bass, sondern weigt mehr zum Bassiton; seine Stimmbildung könnte er farbiger ausgleichen. Er gab den Landgrafen im Vortrag intelligent und mit mancher guten Pointe. Albin Entschel, der einen leichten Bassiton besitzt, doch mehr Schulung braucht, löste seinen ungarischen Magnaten leidlich. In der Aufführung des Werkes verunsicherte man bei Max Ludwig den pomposen Stil eines Liszt. Das Sinfonie-Orchester bewährte sich in der Aufführung recht gut.

Eine keine Übung. Aus Berlin N., der Gegend, wo nicht gerade die reichen Leute wohnen, und wo natürlich auch unter den Schülern eine wohlbekannte volkstümliche und hässliche berolinische Ausdrucksweise üblich ist, wird im Berliner Börse-Courtier etwas sehr schändliches erzählt:

Der Herr Schulrat kommt zur Visitation des Turnunterrichtes in eine Volksschule des Berliner Norden. Er ist mit dem Gelehrten zufrieden, aber er fragt, wie denn die Atemübung, die die Kinder machen, hieße.

Allgemeine Stille. Der Herr Schulrat entschließt sich dann, selbst vorzuüben und er holt tief Atem, stöhnt ihn aus, holt wieder Atem usw.

„Na, Kinder, wisst ihr nun noch nicht, wie man das nennt, was ich euch vormach?“

Langes verlegenes Schweigen.

Endlich meldet sich lächelnd ein kleines Mädchen und meint: „Herr Schulrat, Sie ziehn die Rose in die Rose.“

Mitteilungen des Städtischen Theaterintendanten. „Rumpelstilzchen“ wird Sonntag, den 14. Februar, zum fünfzigsten Male gespielt. Anfang 3½ Uhr. Kleine Preise. — Die Erstaufführung des mit dem Kleist-Preis gekrönten Lustspiels „Der törichte Weinberg“ von Karl Juchmayer findet Sonnabend, den 20. Februar, unter Leitung von Kronacher statt.

Schauspielhaus. „Michel Auclair“ von Charles Vildé, ein Schauspiel, das am Sonnabend, dem 20. Februar, im Schauspielhaus seine deutsche Uraufführung erlebt, ist bereits in Spanische und Englische übersetzt worden. Es hat sowohl in Barcelona und New York Erfolg gehabt, wie bei der Uraufführung in Paris, die vor drei Jahren stattfand.

Eingelaufene Schriften.

Ulrich Wolf, Zur Erhaltung und Erweiterung des deutschen Volksliedes. Westdeutsche Verlag, Berlin-Tiergarten.

Walter Ullrich, Geschichte der Künste im neuen Deutschland. Westdeutsche Verlag, Berlin-Tiergarten.

Zeitschrift für Musik, 22. Jahrgang, Heft 1. Verlag Leipzig.

Reuter-Archiv, Nachträge. G. v. d. H. Hanover.